Wörterbuch der Verleumdung Seite 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 15 – 15. April 2016

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Nichts Gutes zu vermelden von der EU: Kommissionspräsident Juncker im Gespräch mit Kanzlerin Merkel

Bild: action press

Die EU kippt

Die Europäische Union versinkt in Streit und Krisen – Rettung unwahrscheinlich

Ist 2016 das letzte Jahr der Europäischen Union? Die Krisen eskalieren, die Verantwortlichen aber kleben an den alten Rezepten.

Was haben die anhaltenden Ausschreitungen in Frankreich, die hässlichen Bilder von Idomeni, das Nein der Niederländer zum EU-Abkommen mit der Ukraine, die unmittelbar bevorstehende Gefahr eines britischen EU-Austritts, die immer noch horrende Jugendarbeitslosigkeit in Spanien und Italien oder die Renaissance des Nationalen in Mittelosteuropa gemeinsam? Sie sind die Ergebnisse einer dramatisch verfehlten Europa-Politik, die teils schon vor Jahrzehnten eingeleitet wurde und nun schubartig ihre giftigen Früchte hervorbringt.

Frankreich sitzt in der Klemme, die Arbeits- und Sozialkosten sind viel zu hoch. Das Land verliert fortwährend an Wettbewerbsfähigkeit. In früheren Jahren hätte Paris den Franc abgewertet, um seine Wettbewerbsfähigkeit wieder herzustellen. Dieser Weg ist seit der Euro-Einführung blockiert.

Nun bleiben nur drastische Lohnkürzungen, längere Arbeitszeiten, weniger soziale Leistungen – oder aber der Marsch in die Schuldenkatastrophe. In derselben Falle zappeln Spanien und Italien. Zarte Aufhellungstendenzen in Spanien können darüber nicht hinwegtäuschen.

> Jetzt treibt eine seit Jahrzehnten verfehlte Politik ihre Früchte

Die hässlichen Szenen von Idomeni, die Asylflut also, und die Unfähigkeit der EU und Deutschlands zumal, darauf eine verantwortbare Antwort zu finden, haben wesentlich zum holländischen Nein beigetragen und beflügeln die britischen Ausstiegs-Befürworter ebenso wie die EU-Kritiker in Mittelosteuropa.

Ursprung dieser Abspaltungsbewegungen aber war eine selbstherrliche EU-Elite, die sich in die Vorstellung verstiegen hatte, sie könne alle Völker nach ihrer Pfeife tanzen lassen. Die jede Kritik an ihren „Projekten“ als „europafeindlich“, „nationalistisch“, „rückwärtsgewandt“ und neuerdings „rechtspopulistisch“ vom Tisch wischte. Die wie eine sture Dampfwalze arrogant weiterrollte, wo längst Kurskorrekturen angezeigt gewesen wären – ob beim Euro oder bei der immer weiter voranschreitenden „Integration“ der europäischen Staaten.

Bei der Asylfrage sind die Akteure auf einen fadenscheinigen Formelkompromiss ausgewichen, wie sie es nur zu oft getan haben. Der Unterschied: Hier hat die Wirklichkeit eine solche Wucht und Schnelligkeit entfaltet, dass die Fadenscheinigkeit schon nach wenigen Tagen ins Gesicht sprang.

Erfahrene Beobachter fabulieren bereits von 2016 als einem „historischen Jahr“, in dem sechs Jahrzehnte europäischer Integration mit einem Male an ihr Ende kommen und der Kontinent eine völlig neue Richtung einschlägt. Werden sie Recht behalten?

Die Frage ist, ob die EU-Verantwortlichen die Kraft und die Phantasie aufbringen, um eine radikale Korrektur zu vollziehen. Die bisherige Erfahrung lehrt leider, dass sie stattdessen an ihrem verheerenden Kurs festhalten dürften bis zum bitteren Ende. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Ende des Weges

Das, was Hans-Georg Maaßen über die von der islamistischen Terrororganisation IS ausgehenden Gefahren von sich gibt, muss man schon mehrmals lesen, um sicher zu sein, dass man sich nicht verlesen hat: Der IS sei zwar „die am schnellsten wachsende Bedrohung in Deutschland“, aber die habe man eben unterschätzt, bekundet er fast fröhlich (siehe Beitrag unten). Frei nach dem Motto „macht ja nichts, schließlich kann sich jeder mal irren“. Das Irren des Herrn Maaßen geht weiter, denn die Tatsache, dass die IS-Mörder ihren Nachwuchs auch unter den nach Europa strömenden Immigranten rekrutieren, ist seiner Wahrnehmung ebenfalls lange entgangen: „Dass der IS den Flüchtlingsstrom nutzt, haben wir sehr wohl von Anfang an für eine Option gehalten, hielten es aber für weniger wahrscheinlich.“

Derjenige, der sich so seine Inkompetenz auf überzeugende Weise selbst bescheinigt, ist nicht irgendwer, sondern der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Er und seine Mitarbeiter sind nicht einfach blauäugig oder nachlässig, sondern unfähig, wenn sie nicht das erkannt haben – oder erkennen wollten –, worauf das Bundeskriminalamt und die US-Dienste sie schon lange hingewiesen hatten. Dass Maaßen dieses sträfliche Versagen mit wenigen unbekümmerten Worten einfach abtut, gerade so, als handele es sich um eine Nebensächlichkeit, ist ungeheuerlich.

Der seit 2012 als Verfassungsschutzpräsident amtierende Jurist Maaßen ist für diese Position schlicht ungeeignet. Seinen Berufsweg als Ministerialbeamter und Behördenchef markieren Fehlleistungen und Skandale. Die Kanzlerin sollte dafür sorgen, dass er dessen Ende erreicht hat.

»Flüchtlingsstau« als Chance für Europol-Fahnder

Neues europäisches Polizeizentrum soll islamische Terroristen unter den in Griechenland Gestrandeten identifizieren

Fahnder des neuen „Europäischen Zentrums zur Bekämpfung der Migrantenschleusung“ von Europol suchen jetzt in Griechenland nach Dschihadisten, die sich in größerer Zahl unter die dort gestauten Immigranten mischen. Die stärkere Regulierung des Zustromes infolge der Schließung der Balkanroute hat dazu geführt, dass sich auch bessere Möglichkeiten für die Strafverfolgung ergeben. So wurde jetzt bekannt, dass zehn Fahnder der europäischen Polizeibehörde Europol in verschiedenen Asylsucherunterkünften bereits in Griechenland auf der Suche nach Dschihadisten und IS-Rückkehrern sind. Das sagte Robert Crepinko, Leiter des im Februar eingerichteten Europol-Zentrums, der Athener Tageszeitung „Kathimerini“. Demnach sind die Fahnder inkognito auf den Inseln Lesbos, Samos, Chios und Leros sowie am Hafen von Piräus unterwegs. Ihre Aufgabe sei es, Schleuser und Islamisten mit Kontakt zum IS zu enttarnen.

Europol-Direktor Rob Wainwright sagte, der IS habe „neue gefechtsartige Möglichkeiten entwickelt, um weltweit eine Reihe ‚groß angelegter Terroranschläge‘ zu verüben. Insbesondere Europa ist im Visier der Islamisten. Deshalb ist das „Europäische Zentrum zur Bekämpfung der Migrantenschleusung“ gegründet worden. 40 bis 50 Experten sollen neben ihrer Aufklärungsarbeit in Griechenland insbesondere einen besseren Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten ermöglichen. Das Zentrum soll sich auf die Identifizierung von rund 5000 ausländischen Kämpfern des IS konzentrieren und gegen Propaganda aus dem Internet vorgehen. Gefahr geht vor allem vom IS als Organisation aus. Aber auch Einzeltäter dürften nicht unterschätzt werden, sagte Wainwright. Die Anschläge von Paris hätten gezeigt, dass der IS eine internationale Dimension bekommen habe. Nach Schätzung von Europol sind inzwischen 3000 bis 5000 Europäer, die in einem Terrorcamp Kampferfahrung gesammelt haben, nach Europa zurückgekehrt.

> 5000 nach Ausbildung in Terrorcamps nach Europa zurückgekehrt

Die wachsende Zahl dieser zurückkehrenden Kämpfer stellt die EU-Staaten vor völlig neue Herausforderungen. Die Bundesanwaltschaft führt derzeit rund 130 Verfahren gegen knapp 200 Beschuldigte durch – meist gegen Mitglieder und Unterstützer ausländischer Terrorgruppen. Ihre Zahl wird ansteigen, je mehr sich Meldungen über Niederlagen des IS häufen und sich der Traum eines Gottesstaates zerschlägt. Die eine Hälfte der Dschihadisten kommt desillusioniert, die andere, um neue Mitglieder für den IS zu rekrutieren oder Anschläge zu verüben.

Für den deutschen Verfassungsschutz ist laut Hans-Georg Maaßen, Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln, der Messerangriff einer 15-jährigen Schülerin marokkanischer Herkunft auf einen Polizisten in Hannover der zweite erfolgreiche islamistische Terrorangriff in Deutschland nach der Ermordung zweier US-Soldaten im Jahre 2011. Das Mädchen hatte seit Jahren Kontakt zum Salafistenprediger Pierre Vogel und zu IS-nahen Kreisen. Der IS habe eine enorme Anziehungskraft auf junge Islamisten, sagte Maaßen bei einer Veranstaltung in Herford. „Beim IS zu sein hat Event-Charakter“, meinte er weiter und berichtete von einem muslimischen Medizinstudenten aus Rostock, der seine Semesterferien beim IS verbracht habe: „Nach seiner Rückkehr wurde er hier als Held gefeiert.“ Der IS sei die am schnellsten wachsende Bedrohung in Deutschland, man habe diese Bedrohung jedoch am Anfang völlig unterschätzt. „Der IS versteht es hervorragend, junge Islamisten anzusprechen. Seine Propagandavideos sind hochprofessionell“, meint Maaßen. *Bodo Bost*

MELDUNGEN

Orden für Kampf gegen den IS

Washington/Moskau – Um die Bedeutung des Kampfes gegen die IS-Terroristen zu unterstreichen, haben die US-amerikanischen und die russischen Streitkräfte dafür eine Einsatzmedaille gestiftet. Voraussetzung für die Verleihung der US-Medaille ist die Teilnahme an der Operation „Inherent Resolve“ an 30 aufeinanderfolgenden Tagen oder 60 Tagen insgesamt. Der Einsatz muss in Syrien, im Irak, in deren Luftraum oder in den angrenzenden Gewässern absolviert werden. Die zunächst auf 10300 Exemplare limitierte russische Medaille ist für „Teilnehmer der Militäroperation in Syrien“ der Luftwaffe und der Marine bestimmt. Weiteres ist nicht bekannt. *J.H.*

Tastatur statt Sturmgewehr

Berlin – Mit Slogans wie „Gegen virtuellen Terror hilft kein Dislike-Button“ und „Deutschlands Freiheit wird auch im Cyberraum verteidigt“ versucht die Bundeswehr, sich im IT-Bereich als Arbeitgeber zu positionieren. Dazu hat sie das „Projekt Digitale Kräfte“ als Teil der Arbeitgeberkampagne „Mach, was wirklich zählt“ gestartet. Mit rund 21000 entsprechenden Dienstposten ist die Bundeswehr schon heute einer der größten IT-Arbeitgeber Deutschlands. Derzeit hat sie in diesem Bereich 700 offene Stellen. Gesucht werden militärische und zivile Fachkräfte auf allen Ebenen, besonders IT-Administratoren. Die neue Kampagne stellt Berufsbilder vor, die die große Vielfalt an IT-Aufgaben in der Bundeswehr bewirbt, vom sogenannten IT-Soldaten über den Administrator bis hin zu Forschung und Entwicklung. Moderne Waffensysteme sind durch komplexe Netzstrukturen verbunden, in Gefechtsständen und Feldlagern sind hunderte Kilometer Kabel verlegt. Groß ist der Personalbedarf daher auch bei den IT-Soldaten. Sie sorgen in einem Feldlager, bei einer Übung oder im Auslandseinsatz für die Kommunikation. Alle Computer und technischen Geräte müssen aufgebaut, verkabelt und angeschlossen werden. *J.H.*

Migration als Studienfach

Salzburg – Die Universität Salzburg bietet einen neuen Studiengang „Migrationsmanagement“ an. Das berufsbegleitende Angebot, das nach sechs Semestern zum Masterabschluss führt, richtet sich insbesondere an Mitarbeiter sozialwirtschaftlicher Organisationen, Sozialarbeiter, Lehrkräfte, Erzieher und Krankenpflegepersonal, die „Kompetenzen für eine erfolgreiche Führungs-, Leitungs- und Organisationstätigkeit in den Handlungsfeldern von Migration und Integration“ erwerben wollen. Auf dem Lehrplan der angehenden Migrationsmanager stehen Fächer wie Recht, Personalentwicklung, budgetäres Controlling, Finanzierung, Religionswissenschaft und kulturelle Konflikte. Die Ausbildung erfolgt in Zusammenarbeit mit der Erwachsenenbildungseinrichtung Bildungshaus St. Virgil und dem österreichischen Integrationsfonds. Zur „Notwendigkeit des Managements von Migrationsprozessen“ heißt es in einem „Mission Statement“ der Universität, Migration sei eine „unhintergehbare Tatsache“. Die „Migrations- und darauf folgenden Integrationsprozesse“ seien jedoch so komplex, dass sie einer „integrierten Steuerung (Management)“ bedürften. *J.H.*

»Wahrheit jenseits der Fakten«

Programmiertes Scheitern der Fernsehfilm-Trilogie »Mitten in Deutschland: NSU«

Mit Produktionskosten von rund zehn Millionen Euro war die Fernsehfilm-Trilogie „Mitten in Deutschland: NSU“ eine der teuersten ARD-Produktionen der letzten Jahre. Der Versuch einer Aufarbeitung der NSU-Thematik muss trotz des hohen Aufwands allerdings als gescheitert angesehen werden. Ein Scheitern war sogar programmiert.

Abgedreht wurde der aufwendig produzierte Dreiteiler nämlich zwischen dem Frühling und dem Dezember 2015, während vor dem Münchner Oberlandesgericht der sogenannte NSU-Prozess noch in vollem Gange war. Folge dieser Herangehensweise ist, dass die Verantwortlichen bei der ARD sich den Vorwurf gefallen lassen müssen, bestehende Erkenntnislücken mit Fiktionen aufgefüllt zu haben. Auch störende Informationen, die nicht in das gezeichnete Bild passten, wurden weggelassen.

Aus den mittlerweile öffentlich gewordenen NSU-Ermittlungsakten ergibt sich zum Beispiel, dass alle Opfer der sogenannten Döner-Mordserie bedroht worden waren. Die Tatsache, dass zunächst Ermittlungen in Richtung organisierter Kriminalität aufgenommen wurden, war vor diesem Hintergrund naheliegend und keineswegs „strukturellem Rassismus“ oder Unwilligkeit und Unfähigkeit der Ermittler zuzuschreiben. Genau dieser Eindruck wurde allerdings im zweiten Teil der Filmreihe, die sich mit den Opfern der Mordserien beschäftigte, suggeriert.

Wie problematisch insgesamt das Unterfangen einer Verfilmung der NSU-Problematik zum jetzigen Zeitpunkt ist, wurde am Abspann des Films „Die Täter – Heute ist nicht alle Tage“ deutlich. Offenbar um juristische Auseinandersetzungen zu vermeiden, wurde darauf hingewiesen, dass der Film mehrere Punkte enthält, bei denen es sich um eine fiktive Darstellung handelt.

Auch mündliche Äußerungen von Programmverantwortlichen bei der ARD machen deutlich, dass man sich durchaus bewusst war, auf welches Risiko man sich mit einer Darstellung der NSU-Thematik in der Form von Fernsehfilmen eingelassen hat. „Bis heute sind die Taten noch nicht hinreichend aufgeklärt. Und das in einem Land, das bei Kapitalverbrechen eine Aufklärungsquote von 95 Prozent aufweist“, so etwa der ARD-Programmdirektor Volker Herres im Vorfeld der Ausstrahlung.

> Statt einer Darstellung, die sich streng an gesicherte Erkenntnisse hält, war eine Emotionalisierung der Zuschauer das Ziel

Der Befund wirft die Frage auf, warum sich die Verantwortlichen bei der ARD bereits jetzt auf den Versuch einer künstlerischen Aufarbeitung eingelassen haben. Verfolgt wurde offenbar ein sehr spezielles Anliegen: „Mit unserer NSU-Trilogie wollen wir Menschen emotional so erreichen, dass sie bereit sind, sich mit dem braunen Schandfleck in dieser Gesellschaft auseinanderzusetzen“, so nochmals ARD-Programmdirektor Herres. Noch eindeutiger in der Intention ist eine Äußerung von Jörg Schönenborn, dem WDR-Fernsehdirektor. Ihm zufolge soll der Dreiteiler „Wahrheit jenseits der Fakten“ vermitteln. Angestrebt war somit keine Darstellung, die sich streng an gesicherte Erkenntnisse hält, sondern eine Emotionalisierung, die direkt auf die Gefühlswelt der Zuschauer abzielt.

Zumindest beim Fernsehpublikum hat sich dieser Versuch als Quotenflop erwiesen. Zur besten Sendezeit ausgestrahlt, sahen gerade einmal 9,3 Prozent aller TV-Zuschauer den ersten Teil von „Mitten in Deutschland: NSU“. Auch mit dem zweiten Teil „Die Opfer – Vergesst mich nicht“ und dem abschließenden Film „Die Ermittler – Nur für den Dienstgebrauch“ taten sich die Zuschauer schwer. Eine nachfolgende Dokumentation unter dem Titel „Der NSU-Komplex – Die Rekonstruktion einer beispiellosen Jagd“ bröckelten dann sogar auf einen Marktanteil von nur noch 6,5 Prozent ab. Gerade diese rund einstündige Dokumentation machte deutlich, wie problematisch insgesamt das Vorhaben der ARD war, eine voreilige Geschichtsschreibung zu versuchen. Den Zuschauern musste nämlich spätestens jetzt klar werden, wie groß die Wissenslücken in Sachen NSU immer noch sind.

Als vermeintliche Sensation präsentiert wurde da nämlich der Hinweis, dass Uwe Mundlos von 2000 bis 2002, und damit zu Beginn der NSU-Mordserie, in einer Baufirma gearbeitet haben soll, die von einem V-Mann des Bundesamtes für Verfassungsschutzes geführt wurde. Im Raum steht damit erneut der Verdacht, dass der Aufenthaltsort des untergetauchten NSU-Trios zumindest dem Verfassungsschutz bekannt gewesen sein müsste. Die Hinweise, dass Böhnhardt und Mundlos in der Zeit ihres Untertauchens bei Firmen beschäftigt waren, sind indes nicht neu. Der nun aufgetauchte Verdacht wirft allerdings nicht nur erneut Zweifel an der Rolle des Verfassungsschutzes im NSU-Komplex auf. Naheliegend ist auch die Frage, weshalb Uwe Mundlos eigentlich als Hilfsarbeiter auf dem Bau gearbeitet haben soll, wenn nach gängiger Darstellung diverse Banküberfälle auf das Konto des NSU gehen. *Norman Hanert*



Wie an Geld wurde auch an Stars nicht gespart: Ulrich Noethen (M.) als Landesverfassungsschutzpräsident Helmut Roewer Bild: ARD

China will Blackwater-Söldner für Afrika

USA versuchen, das Geschäft mit Ermittlungsverfahren gegen den Firmengründer Erik Prince zu sabotieren

Gleichgültig, wie sich die größte und wohl auch brutalste Söldnertruppe der Welt gerade nennt, „Xe“ oder „Academi“ – man kennt sie am besten unter ihrem ursprünglichen Namen „Blackwater“ aus den Zeiten, als Eric Prince die Truppe in Virginia gründete. Jenen Namen aber legte sie offiziell ab, als eines ihrer Verbrechen bekannt wurde, das sogar unter Auftragsmördern Aufsehen erregt hatte, ein Massaker unter Zivilisten in Bagdad.

Bleibenden Schaden hat Blackwater davon nicht genommen, insbesondere blieb der Truppe ihr bester Kunde treu, die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika. Für diese haben die vertrauensvollen Geschäftsbeziehungen zu einem Dienstleister, der Krieg und Tod im Sortiment führt, eindeutige Vorteile. Private Armeen entziehen sich der Kontrolle durch den US-Kongress, und weder ihre Einsätze noch ihre Verluste werden Gegenstand peinlicher Diskussionen in der Öffentlichkeit.

Kein Wunder, dass seit 2010 die USA mehr Söldner aus Firmen wie Blackwater überall auf der Welt für sich kämpfen lassen als eigene, reguläre Truppen. Schon damals waren im Ausland im Auftrag der US-Regierung rund 207000 private Söldner im Einsatz, ihnen standen 175000 reguläre Truppen der US-Armee zur Seite. Dieses relativiert Aussagen des Pentagon oder des Weißes Hauses, man beabsichtige nicht, Militär nach X oder Y zu schikken, respektive, man wolle von Y oder Z Militär abziehen. Es gibt keinen Krisenherd auf dem Globus, an dem nicht die USA zumindest via Blackwater beteiligt sind.

Die USA sind zwar der wichtigste, aber nicht der einzige Kunde von Blackwater. So schickt Blackwater sich an, mit China einen Vertrag über Aktivitäten in Afrika abzuschließen. Das könnte dazu führen, dass Blackwater-Söldner im chinesischen Dienst Firmenkollegen im US-Dienst bekämpfen, denn die USA sind nicht nur in Afrika militärisch präsent, sondern das wohl auch noch mit Söldnern von Blackwater. Im Jahr 2007 stellten die Vereinigten Staaten das United States Africa Command (Africom) auf, das sechste und jüngste Regionalkommando der US-Streitkräfte. Seitdem 2008 die volle Operationsfähigkeit hergestellt wurde, ist Africom das Oberkommando über US-amerikanische Militäroperationen auf dem gesamten afrikanischen Kontinent mit Ausnahme von Ägypten, das weiterhin zum US Central Command (Centcom) gehört. Africom unterstehen mehr als 3600 Mann. Das ist die offiziell angegebene Zahl. Wahrscheinlich ist, dass es mehr als zehnmal so viele sind und dass dazu noch ein paar weitere Einheiten von Blackwater kommen.

> Sollten Blackwater-Söldner in den Diensten Chinas und der USA aufeinander schießen, könnte das zu Verwicklungen führen

Die Lösung des Problems, dass Blackwater-Söldner in US-amerikanischen und chinesischen Diensten einander bekriegen könnten, was zu bisher nicht dagewesenen Verwicklungen führen könnte, scheint das Pentagon darin zu sehen, dass Blackwater den Chinesen die Zusammenarbeit aufkündigt. Damit hätten die Chinesen zudem eine militärische Niederlage zu erleiden, ohne dass ein Schuss fiele.

Um ihren Standpunkt zu verdeutlichen, führen die US-Behörden gegen Blackwater, nach der dritten Umbenennung nun unter dem Firmenschild „Frontier Services Group“ firmierend, einige Argumente ins Feld. Dabei kommt ihnen entgegen, dass nach einem Bericht des Magazins „The Intercept“ Blackwater wieder einen Einsatz in Libyen plant, was in den USA insofern auf Interesse stoßen muss, als sie selbst es gewesen sind, die im Februar 2011 dieselbe Truppe damit beauftragt hatten, im östlichen Libyen einen Aufstand gegen Muammar al-Gaddafi anzuheizen.

Jetzt soll Erik Prince für seine China-Kontakte zahlen. Bislang genoss er stets die Unterstützung durch die US-Geheimdienste. Damit ist es nun vorbei. Gegen den Söldner-Chef sind nun verschiedene Ermittlungsverfahren des US-Justizministeriums anhängig. Der Vorwurf lautet, er versuche, militärische Dienstleistungen an ausländische Regierungen zu verkaufen. Um Geldwäsche geht es auch, das darf nie fehlen. Tatsächlich scheinen die zwei Ärgernisse, an denen sich die US-Regierung abarbeitet, miteinander zusammenzuhängen. Prince wird nämlich auch vorgeworfen, er habe für sein Libyen-Projekt bei der Bank of China ein Konto eingerichtet. *Florian Stumfall*

Krokodile im Wasser

Wie viele IS-Terroristen sind wirklich unter den hiesigen Asylbewerbern? – Es könnten Hunderte sein

Solange Politiker den Zusammenhang von deutscher Asylpolitik und blutigem IS-Terror leugnen, riskieren sie das Leben unschuldiger Menschen in ganz Europa.

Reden wir also über den Terror. Das heißt, zunächst sollten wir über Baumärkte sprechen. Davon gibt es 2134 Läden in Deutschland. „Wenn es gut werden soll“, ist Obi laut Eigenwerbung die beste Adresse. Die Konkurrenz von Hornbach weiß, dass „es immer etwas zu tun gibt“. Die Mörder des Islamischen Staates wissen genau, was sie zu tun haben, wenn sie die Heimwerker-Paradiese auf dem Weg ins eigene Nirwana betreten. Praktisch alle Bestandteile, um eine Bombe mit tödlicher Sprengkraft zu bauen, sind hier erhältlich: das Desinfektionsmittel Wasserstoffperoxyd zum Beispiel, aus dem sich Dynamit herstellen lässt, oder Ammoniumnitrat, das in Düngemitteln enthalten ist und von Anders Breivik in Norwegen eingesetzt wurde. Natürlich lassen sich im Baumarkt auch Nägel erstehen. Jede Menge Nägel, denn sie reißen schreckliche Wunden.

Für die Terrorstrategen im syrischen Mossul ist die Gelegenheit, tödliche Sprengsätze zu basteln, nur eine Voraussetzung, um den Krieg ins Land der Ungläubigen zu tragen. Es braucht außerdem „Kämpfer“ vor Ort und ein geeignetes Umfeld, in dem sie sich weitgehend ungestört bewegen können. Aber – gepriesen sei Allah! – die Christenhunde scheinen mit Blindheit geschlagen zu sein. Seit Sommer letzten Jahres haben sie beste Voraussetzungen geschaffen, um, so eine beliebte IS-Floskel, „in ihrem eigenen Blut zu ertrinken“. Deutschland hat seine Grenzen geöffnet und über eine Million nicht oder nur nachlässig registrierter Zuwanderer ins Land gelassen. „Der Revolutionär schwimmt im Volk wie ein Fisch im Wasser“, hat Mao Tsetung einst die Strategie seines Guerilla-Kampfes gegen die Kuomintang erklärt.

Man weiß nicht, ob IS-Chef Abu Bakr al-Baghdadi und sein Führungspersonal außer dem Koran auch Maos Schriften schätzen, aber sie werden Ähnliches feststellen. Ihre Terroristen können im Strom der Asylsucher wie Krokodile im Wasser mitschwimmen. Was mögen sie denken, wenn Deutschlands Politiker dann auch noch unverdrossen behaupten, dass Terror und Flüchtlinge nicht das Geringste miteinander zu tun hätten. So wie jüngst noch Bundesjustizminister Heiko Maas. Zwei Tage nach den Brüsseler Attentaten, die 35 Tote und hunderte Verletzte forderten, schwadronierte er in einem Interview: „Die meisten Männer, die in den vergangenen Monaten diese grauenhaften Anschläge verübt haben, sind bei uns in Europa zu einer terroristischen Bedrohung herangewachsen. Sie sind keine Flüchtlinge.“

Er sollte es besser wissen. Zumindest drei der Brüssel-Verbrecher sind als Flüchtlinge getarnt über die Balkanroute in die EU eingereist. Zwei IS-Terroristen kamen direkt aus Syrien – Osama K., der unter dem Decknamen Naim Al Hamed einreiste, und Sofaine Ayari, der sich auch Monir Ahmed Alaaj nennt. Sie erreichten am

> Drei der Attentäter von Brüssel kamen über die Balkan-Route

20. September vergangenen Jahres mit einem Schlauchboot die griechische Insel Leros. Bei ihrer Registrierung benutzten sie syrische Pässe, rekonstruierten die griechischen Behörden später.

Auf Leros trafen sie dann Khalid El Bakraoui, der sich später in der Brüsseler U-Bahn in die Luft sprengen sollte. Er kam nicht aus Syrien, sondern per Fähre aus Italien. Offensichtlich hat er die beiden Männer auf Leros abgeholt. Gemeinsam machte sich das Trio auf den Weg via Balkanroute in Richtung Österreich. Über Nickelsdorf reisten sie ein und nutzten das Chaos, das damals an der ungarisch-österreichischen Grenze herrschte. Im Burgenland haben die drei wohl auch den späteren Paris-Attentäter Salah Abdeslam getroffen.

Wer angesichts dieser Fakten allen Ernstes den Zusammenhang zwischen der deutschen Asylpolitik und den Terroranschlägen in Europa leugnet, weil dies nicht in sein politisches Weltbild passt, macht sich quasi der fahrlässigen Tötung schuldig. Er riskiert das Leben zahlloser unschuldiger Bürger in Deutschland und anderswo. Immerhin scheint zumindest der Verfassungsschutz umzudenken. Dessen Präsident, Hans-Georg Maaßen, gab letzte Woche kleinlaut zu, dass man den IS falsch eingeschätzt habe. Die Terrororganisation habe „Kämpfer mit Kampfauftrag“ offensichtlich doch unter den Asylsucherstrom gemischt. Als großes Problem nennt Maaßen, dass etwa 70 Prozent der einreisenden Asylsucher keine gültigen Pässe vorlegen. Sie werden nur aufgrund eigener Angaben registriert. Hinzu kommen Zuwanderer, die überhaupt nicht erfasst wurden. Die „Bild“-Zeitung nennt die bestürzende Zahl von 500000. Niemand weiß, wo sie sich derzeit aufhalten und was sie antreibt. Hunderte sogar tausende Terroristen im Wartemodus könnten darunter sein.

Gut möglich auch, dass viele der Asylbewerber selbst noch nicht einmal wissen, dass sie oder ihre Kinder irgendwann unter der schwarzen Fahne des IS marschieren werden. Bereits in Deutschland lebende Islamisten aus der Salafisten-Szene versuchen fleißig, Nachwuchs unter ihnen zu rekrutieren. Es wird ihnen umso leichter fallen, wenn die Frischangereisten später als frustrierte Arbeitslose die Parallelgesellschaften und Islam-Ghettos in Berlin, Duisburg, Hamburg und anderswo auffüllen werden. Auch von dort ist der Weg zum nächsten Baumarkt nicht weit.

Frank Horns



Asylsucherunterkunft in Berlin: 70 Prozent der Einreisenden legen keine gültigen Pässe vor — Bild: action press

MELDUNGEN

Vielfalt bei der Bundespolizei

Berlin – Bei der Bundespolizei arbeiten zahlreiche Beamte „mit Migrationshintergrund“. Diese stammen aus 63 verschiedenen Staaten. Die häufigsten Herkunftsländer sind Polen (187), Kasachstan (79), Russland (71), Rumänien (42) und die Türkei (34). In der Personalstatistik wird zwischen „ausländischen Mitarbeitern“ ohne deutsche Staatsbürgerschaft, „deutschen Mitarbeitern ausländischer Herkunft“, die inzwischen die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, sowie „Doppel- und Mehrstaatlern“ mit mindestens einer weiteren zu der deutschen Staatsbürgerschaft unterschieden. Laut Bundesregierung vermittelt die Statistik „einen Eindruck von der kulturellen Vielfalt und möglichen Sprachkenntnissen in der Bundespolizei“. *U.M.*

Saar-AfD darf weitermachen

Berlin – Das Bundesschiedsgericht der AfD hat entschieden, die Auflösung des saarländischen Landesverbandes zunächst aufzuschieben. Im März hätte der Bundesvorstand beschlossen, die Saar-AfD aufzulösen und gegen den entmachteten Landeschef Josef Dörr und dessen Stellvertreter Lutz Hecker ein Parteiausschlussverfahren einzuleiten. Seine Entscheidung begründete der Bundesvorstand damit, dass es „schwerwiegende Verstöße gegen die politische Zielsetzung und die innere Ordnung der Partei“ gegeben habe. Konkret war von angeblichen Kontakten zu Rechtsextremen die Rede. Daraufhin hatte der Landesverband das Schiedsgericht angerufen (siehe *PAZ* 14/2016). AfD-Chefin Frauke Petry will auch nach dessen Entscheidung „konsequent“ bleiben. Nun muss der Bundesparteitag am 30. April über die Strafmaßnahme entscheiden. *J.H.*

Mikrochip unter der Haut

Schweden ist Vorreiter bei implantierten Datenträgern

Was bisher nur zur Kennzeichnung von Haustieren bekannt war, soll in Zukunft auch Arbeit und Alltag der Menschen revolutionieren. Zumindest technisch kein Problem mehr ist es, dass durch Implementierung eines nur reiskorngroßen Mikrochips unter der Haut Menschen mit ihrer bloßen Hand Schlösser öffnen oder beim Einkauf bezahlen können. Bei den Implantaten handelt es sich um Chips mit RFID- und NFC-Technologie, dem gleichen System, das es ermöglicht, an Supermarktkassen durch das bloße Auflegen von Bankkarten bezahlen zu können. Geschätzt wird, dass mittlerweile schon rund 50000 Chips bei Menschen implantiert wurden.

Vorreiter der Entwicklung ist mal wieder Schweden. Dort haben sich inzwischen mindestens 300 Menschen einen RFID-Chip implantieren lassen, der mit der sogenannten Nahfeldkommunikationstechnik ausgerüstet ist. In einem Bürokomplex im Stockholmer Stadtzentrum können Angestellte über RFID-Chips Türen öffnen, Kopierer oder das Rabattsystem in der Kantine nutzen. Die skandinavische Airline SAS wiederum ließ versuchsweise einen Passagier ein Flugzeug boarden, der die nötige Flugkarte in einem Chip in seiner Hand gespeichert hatte. Geplant ist bei der Fluggesellschaft, eine derartige Lösung künftig auch für Kunden des Vielflieger-Programms anzubieten.

Ein kalifornisches Unternehmen wiederum will die Technologie mit der digitalen Währung Bitcoin kombinieren, so dass Kunden beim Einkaufen mit Mikrochips in ihren Körpern bezahlen können. Auch die persönliche Visitenkarte könnte in Zukunft per Chip unter

> Personen könnten auch unbemerkt »ausgelesen« werden

der Haut getragen werden und bei Bedarf über ein Smartphone ausgelesen werden. Naheliegend ist der Gedanke, dass in der Zukunft auch amtliche Identifikationsdokumente wie Ausweise oder Reisepässe per Chip implementiert werden könnten. Rein technisch wären heute schon smarte Hirnimplantate möglich, die Menschen untereinander vernetzten können.

Inzwischen wächst allerdings nicht nur die Liste der Anwendungsmöglichkeiten für die neue Technik, sondern auch die Sorge wegen der Folgen für die Gesellschaft. Von den technischen Möglichkeiten her besteht die Gefahr, dass die implementierten Chips staatliche Überwachungsmaßnahmen völlig neuer Dimensionen erschließen. Auch großen Internetkonzernen könnte die Technik bislang ungeahnte Möglichkeiten eröffnen, detaillierte Kundenprofile zu erstellen. Zumindest bislang gilt die Technik als sicher, wenn es um Missbrauch durch Kriminelle geht.

Um den Chip auszulesen und sensible Daten zu stehlen, müsste ein Krimineller das Lesegerät direkt an die Hand des Implantierten halten – das gehe nicht, ohne dass dieser es bemerkt, so ein Befürworter des sogenannten Biohacking. Prognosen, wann das Einpflanzen von Chips Einzug in den Alltag halten wird, sind bislang schwer abzugeben. Alexander Krützfeldt, der sich als Autor des Buchs „Wir sind Cyborgs“ intensiv mit dem Thema Biohacking beschäftigt hat, geht davon aus, dass sich die Technik dann durchsetzen wird, wenn es dem Kunden mehr Nutzen bietet. Bislang verfügen die Implantat allerdings erst über sehr beschränkte Einsatzmöglichkeiten, wie etwa das Öffnen einer Haustür. *Norman Hanert*

Jäger erneut unter Druck

Kölner Exzesse: Wollte Innenministerium Tatsachen vertuschen?

Der treueste Verbündete des nordrhein-westfälischen Innenministers Ralf Jäger ist seine eigene Dickfälligkeit. Der SPD-Politiker lässt nach wie vor alle Vorwürfe im Zusammenhang mit den Kölner Silvester-Exzessen an sich abprallen.

Dabei häufen sich weiterhin die Ungereimtheiten. Dieser Tage bekam der Verdacht neue Nahrung, dass aus Jägers Ministerium direkt versucht worden ist, die massenhaften Sex-Übergriffe und Diebstahlsdelikte in der Silvesternacht und vor allem die nordafrikanische Herkunft der Täter zu vertuschen. Ein Mob von Hunderten junger Männer, von den etliche als „Flüchtlinge“ getarnt nach Deutschland eingesickert waren, hatten sich an mehr als tausend Frauen vergriffen, so der derzeitige Stand der Ermittlungen.

Laut Kölner „Express“ hat der Polizeibeamte Jürgen H., der am 1. Januar gegen 13.30 Uhr den Kriminalhauptkommissar Joachim H. als Dienstgruppenleiter im Spätdienst auf der Kölner Kriminalwache ablösen wollte, noch das Ende eines brisanten Telefonats mitbekommen. Jürgen H. hörte nach eigenen Angaben, wie Joachim H. sich gegen einen Mann aus dem Innenministerium wehrte, der offenkundig das Ziel verfolgte, wichtige Details aus der Polizeimeldung zu streichen oder gar die ganze Meldung zu „stornieren“.

So habe er gehört, wie sein Kollege am Telefon gesagt habe: Nein, man werde nichts stornieren und auch die Vergewaltigung bleibe drin. Schließlich sei das vaginale und anale Einführen von Fingern, wie bei Sandra S. geschehen, genau das.

Rund zehn Minuten zuvor war bei Jägers Ministerium eine „WE-

> Beamter berichtet von brisantem Telefongespräch

Meldung“ der Kölner Polizei eingegangen. „WE“ steht für „Wichtiges Ereignis“. Damit war dem Hause Jäger schon am Mittag des 1. Januar bekannt, was sich in Köln Stunden zuvor abgespielt hatte. Jäger besteht jedoch nach wie vor darauf, erst am 4. Januar Kenntnis vom Ausmaß der Vorfälle erhalten zu haben.

Laut „FAZ“ wurde Jäger jedoch bereits am frühen Nachmittag des 1. Januar über die „WE-Meldung“ informiert. Da sollte ihm schon klar gewesen sein, dass sich in Köln etwas ereignet hatte, was es so in Deutschland zu Friedenszeiten noch nicht gegeben hatte. Und dass der Exzess von Nordafrikanern ausgegangen war.

Als die Empörung immer höhere Wellen schlug, kündigte der SPD-Politiker vollmundig an, bei der Aufklärung „keine Tabus“ zuzulassen, „falsch verstandene Political Correctness ist fehl am Platze“. Am 14. Januar zitierte Jäger denn auch aus der brisanten „WE-Meldung“ im Düsseldorfer Landtag.

Kurz vor der Stelle aber, an welcher die Vergewaltigung erwähnt wird, brach Jäger sein Zitat damals ab. Auch ließ er ausgerechnet den Teil der Meldung weg, in dem es heißt, die Tätergruppe sei „einheitlich von den Opfern als Nordafrikaner“ beschrieben worden. Zudem ging der Minister mit keinem Wort auf den ominösen Anruf aus seinem Ministerium bei der Kölner Kriminalpolizei ein. Als ihn die Opposition kürzlich zu den Weglassungen befragte, zog Jäger es vor, gar nicht zu antworten.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hält sich auffällig im Hintergrund. Der skandalträchtige Abgang Jägers käme ihr rund ein Jahr vor der nächsten Landtagswahl ungelegen. *Hans Heckel*

Zeitzeugen



Antifa-Prügler – Zuerst kommt die Verleumdung, dann die Gewalt. 2015 verübten militante Linke 1100 Anschläge mit mindestens 883 Verletzten. Sorge bereitet dem Verfassungsschutz, dass sich die selbsternannten Kämpfer gegen vermeintlich rechtsextreme Personen und Gruppen zunehmend radikalisieren.

Carl I. Hovland (1912–1962) – Der US-amerikanische Psychologe war einer der ersten Wissenschaftler, der die persuasive Kommunikation erforschte. Schon während des Zweiten Weltkrieges untersuchte er für die US-Armee die Wirkung von Militärfilmen. Nach der Rückkehr an die Yale-Universität beschäftigte er sich in Laborexperimenten damit, wie Einstellungen von Menschen durch mediale Aussagen geändert werden können.



Judith Rakers (40) – Was die „Tagesschau"-Frontfrau und ihre Sprecherkollegen verkünden, hat Gewicht. 71 Prozent der Deutschen vertrauen den Nachrichtensendungen in ARD und ZDF. Verkündet Rakers, dass eine Partei rechtspopulistisch sei, dann wird es so wohl auch so sein. Als „Augentier" ist der Mensch zudem jederzeit geneigt zu glauben, was ihm Bilder nahelegen. Fängt die Kamera eine rechtsradikale Gruppe bei einer Demonstration ein, scheint offensichtlich dass hier vorwiegend Nazis aufmarschiert sind, auch wenn die gezeigten Personen in Wirklichkeit nur einen Bruchteil der Menschenmenge ausmachen.

Akif Pirinçci (56) – Auch der türkischstämmige Schriftsteller wurde ein Verleumdungsopfer. Nach einer Rede auf einer Pegida-Kundgebung unterstellten ihm Medien fälschlicherweise, dass er gefordert habe, Flüchtlinge in KZ zu stecken. Daraufhin kündigten Verlage die Zusammenarbeit mit ihm auf. Der Buchhandel weigerte sich, seine Werke zu vertreiben. Jüngst verübten Linksradikale einen Farbanschlag auf sein Wohnhaus in Bonn.



Ralf Stegner (57) – „Roter Rambo" nennt ihn die Presse. Der stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende pöbelt sich besonders grobschlächtig durch die Medienlandschaft. Die AfD beschimpft er als demokratiefeindliche Partei von Idioten. Horst Seehofer ist für ihn ein deutscher Donald Trump.

Ab in die rechte Ecke

Wie Politik und Medien die Bürger manipulieren

Geben Sie es zu, Sie sind ein Nazi! Die enorme Anzahl vorwiegend männlicher Asylanten in Ihrer Stadt bereitet Ihnen Sorgen. Sie fragen sich, wer das alles finanzieren soll. In den lokalen Medien und im Freundeskreis haben Sie von Übergriffen, Einbrüchen und Schlimmerem gehört. Sie haben langsam einen richtiggehenden Zorn auf manche dieser Fremden. Dabei sind Sie doch höchstwahrscheinlich nur traumatisiert. Mit unendlichem Verständnis müsste man Ihnen begegnen. Stattdessen haben Sie sich dabei ertappt, dass Sie Positionen der AfD eigentlich ganz Okay fanden. Begrenzung der Zuwanderung zum Beispiel. Dabei ist diese Partei doch – sie haben es oft genug in den Medien gehört – nichts weiter als eine Bande rechtspopulistischer Unruhestifter. Als ob Ihre unbotmäßigen Gedanken nicht schon weit genug in die falsche Richtung galoppiert wären, halten Sie jetzt auch noch eine Zeitung in der Hand, die jeden Willkommenskultur-Anhänger hyperventilieren lässt.

Bevor Sie die *PAZ* weglegen und sich einem „harmlosen" Druckerzeugnis zuwenden, sei daraufhin gewiesen, dass Sie nicht alleine sind. Mehr als Hälfte aller Deutschen lehnt Angela Merkels Asylpolitik ab. All diese besorgten Bürger in die rechte Ecke zu drängen, ist eine Unverschämtheit. Aber es gehört zur Methode der herrschenden Parteien. Ihre Vertreter heften Andersdenkenden konsequent, abwertende und rufschädigende Etiketten an. Werden sie nur oft genug widerholt, bleibt ihre Wirkung nicht aus, selbst wenn sie noch so unsinnig klingen. So funktioniert der menschliche Verstand (siehe rechts). Gleiches gilt für die wohlklingenden Schlagwörter mit denen die Machthabenden ihre eigene Politik verbrämen. Sie sind meist ebenso griffig wie falsch.

Hier eine kleine Auswahl aus dem Wörterbuch der Verleumdung und Verschleierung. Die *PAZ* bemüht sich übrigens im Gegensatz zu anderen Medien in jeder Ausgabe um ehrliche und zutreffende Begriffe. *Frank Horns*



Lügennase und zwielichtiger Blick: Wenn Manipulationen nur so einfach zu erkennen wären Bild: Masterfile

Populistisch

Die Moderatorin im TV lässt das Wort fallen, als sei es eine schimmelige Frucht: „rechtspopulistisch" sei die AfD. Auch ausländischen Parteien wird das Wort bei Nichtgefallen gerne umgehängt. Das abwertende Etikett soll belegen, dass beim Stimmenfang mit Bauernfänger-Methoden an niedrigste Instinkte appelliert wird. Die Vorsilbe „Rechts" weckt Assoziationen an die Propaganda-Maschinerie des Dritten Reiches. Tatsächlich zeugt der Begriff von einer tiefen Verachtung für das Volk (lateinisch: populus). Wird ihm doch eine Art Schoßhündchen-Mentalität unterstellt. Winkt irgendwo ein Leckerchen, rennt es eilig dorthin. Als „Rechtspopulistisch" verleumdete Parteien berufen sich oft auf ein bürgerliches nationalkonservatives oder nationalliberales Wertefundament. Dass sich diese Parteien der Sorgen ihrer Wähler annehmen, ist keine Bauernfängerei, sondern gehört zu den Grundsätzen der Demokratie.

Flüchtlinge

Mitgefühl weckt der Begriff Flüchtlinge. Irgendjemand ist diesen armen Menschen auf den Fersen. Wer brächte es über das Herz, ihnen die Tür zu weisen. Was aber treibt die Zuwanderer etwa aus Syrien tatsächlich ins ferne Deutschland? Sieben Länder mussten sie durchqueren, um über die mittlerweile gesperrte Balkanroute ins gelobte „Mama-Merkel-Reich" zu gelangen. Ein Verfolger war ihnen da schon längst nicht mehr auf den Fersen. Sie kommen daher allein als Menschen, die sich eine bessere wirtschaftliche Zukunft erhoffen. Auch das ist verständlich. Eine ehrliche Bezeichnung für sie ist aber Asylbewerber, Asylsuchender oder einfach Zuwanderer.

Die bereichernde Vielfalt

Herzerfrischend und bereichernd ist die gesellschaftliche Vielfalt. Das positiv besetzte Wort duftet nach Weihrauch, zergeht auf der Zunge wie ein reifer Granatapfel und schimmert in den bunten Farben eines orientalischen Marktes, wo sympathische Menschen uns allen ein herzliches Salem Aleikum darbieten.

Nichts von alldem trifft zu. Dies belegen zum Beispiel die wissenschaftlichen Untersuchungen von Robert Putnam (75), einem Soziologen, Politologen und Harvard-professor, sowie von Frank Salter (62), einem australischen Verhaltensforscher, der am dortigen Max-Planck-Institut lehrt.

Putnam wertete Befragungen von 30 000 Menschen in den USA aus. Sein Ergebnis: Das soziale Kapital einer Gesellschaft schwindet dahin, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur auf vergleichsweise engem Raum nebeneinander leben. Werte wie Vertrauen, Solidarität und Zusammenhalten brechen ein. Das ließ sich konkret nachweisen: In Multi-Kulti-Vierteln gab es weniger Fahrgemeinschaften, weniger Nachbarschaftsprojekte und eine geringe Wahlbeteiligung. Putnam fand atomisierte, vereinzelte Menschen vor, die ihre Freizeit weitgehend vor dem Fernseher verbrachten.

Salter verglich für seine Forschungen verschiedene westliche Länder: solche, in denen die „bereichernde Vielfalt" zur Staatsräson gehört, und solche, die Masseneinwanderungen ablehnen. Auch hier fiel das Ergebnis eindeutig aus. In Ländern mit hohem Migrantenanteil bröckelte das Sozialsystem. Der Wohlfahrtsstaat kam an seine Grenzen. Die Stabilität der Verwaltung schwand dahin. Fassungslos machte Salter die Erkenntnis, dass in den europäischen Ländern mit Multi-Kulti-Ideologie die Minderheiten zwar streng geschützt werden, nicht aber die Mehrheit.

Hass ...

... auf Fremde ist in Deutschland wieder salonfähig geworden", weiß „Spiegel"-Kolumnist Markus Feldenkirchen. „Wir müssen den Rassisten und Demokratieverächtern entgegentreten. In der Freizeit, bei der Arbeit, in den sozialen Netzwerken, auf der Straße", ereifert er sich drohend und weiß sich damit wohl einig mit allen anderen Anhängern einer verblendeten Willkommenskultur. Nur: Es ist weder fremdenfeindlich, noch demokratieverachtend, noch rassistisch, sich zu fragen, wie es einem Gemeinwesen ergeht, das plötzlich und ungebremst mehrere hunderttausend schlecht ausgebildete junge Männer aus einem kulturfremden Raum – mit einer potenziell frauenfeindlichen Religion – aufnimmt. „Sozialstaat und offene Grenzen schließen sich aus", hat der verblichene Wirtschaftsnobelpreisträger Milton Friedman festgestellt. Auch ihm kann man wohl kaum Fremdenhass unterstellen.

Der IS ...

... also der Islamische Staat wird von Politik und Mainstreampresse nicht erwähnt, ohne das ein „sogenannter" vorangestellt wird. Es soll verdeutlichen, dass die blutrünstigen Zauselbärte in Mossul und den anderen zusammengeraubten Gebieten rein gar nichts mit dem wirklichen Islam zu tun hätten. Ein sympathischer Gedanke, der aber auf Wunschdenken beruht. Tatsächlich können sich die religiösen Fanatiker in allem, was sie tun, problemlos auf das Vorbild des Propheten Mohammed berufen. Sie sind dessen „legitimes Kind", urteilt zum Beispiel der ägyptisch-deutsche Politikwissenschaftler und Bestseller-Autor („Der islamische Faschismus") Hamed Abdel-Samad. Der reichweitenstärkste arabische Fernsehsender Al Jazeera befragte auf seiner Internetseite die Zuschauer, ob sie „die Siege des islamischen Staates gutheißen." 81 Prozent der Antwortenden stimmten dieser Aussage zu.

Nazis ...

... verachten die Demokratie. Sie sehnen einen starken Führer herbei. Ihre eigene (arische) Abstammung halten sie für unübertroffen. Minderwertig sind alle anderen Rassen. Politische Ziele setzen sie ohne Zögern mit Gewalt durch.

Nichts von alledem dürfte wohl auf 99 Prozent der Pegida-Anhänger zutreffen. Deren Normalität und Verwurzelung in der Demokratie hat gerade der *PAZ*-Autor Sebastian Hennig in seiner Pegida-Chronik „Spaziergänge über dem Horizont" aufgezeigt. In keiner Weise gilt der Nazi-Vorwurf für die AfD. Ein Blick auf deren politische Leitlinien, wie sie etwa im Internet nachzulesen sind, zeigt es. Ebenso wenig lässt sich nationalsozialistisches Gedankengut aus Reden, Interviews oder Talkshow-Auftritten herleiten. Dennoch: Die Nazi-Keule liegt wohl einfach zu griffig in der Hand, um sie in der Steinzeithöhle liegen zu lassen.

Die Macht der Worte

Ich bin total gestresst", erklärt der eine. Ein anderer lässt in der gleichen Situation verlauten, er sei „sehr beschäftigt". Auch wenn beide Aussagen inhaltlich etwa das gleiche beschreiben, kommen sie beim Zuhörer unterschiedlich an. Wer vom Stress redet, wirkt passiv und überfordert. Wer sich als „sehr beschäftigt" bezeichnet, erscheint aktiv und muss noch dazu über besonders gefragte Fähigkeiten verfügen.

Wörter und Redewendungen transportieren nicht nur Informationen. Sie können Gefühl und Verstand auf geradezu unheimliche Weise in eine bestimmte Richtung drängen. Das geschieht über unser Unterbewusstsein. Es enthält unzählige abgespeicherte Informationen, die auf unser Denken und Handeln einwirken. Sie tun es so dezent, dass es den meisten Menschen nicht bewusst wird. Autofans, die irgendwo die Zahl „911" lesen, verbinden damit sofort etwas Positives und Herausragendes, denn so heißt ein weltberühmtes Fahrzeugmodell aus dem Hause Porsche. Den umgekehrten Effekt bewirkt bei fast allen Menschen das Wort „Nazi".

Wie die Zahl »911« wirkt

Bereits ein einziges Wort, richtig platziert, mit positiven oder negativen Emotionen belegt und ständig wiederholt, kann extrem manipulierend wirken. Institutionell und strategisch gelenkt, können Menschen dadurch im Prinzip praktisch ferngesteuert werden. Fachleute wie der US-amerikanische Psychologe Carl I. Hovland sprechen von persuasiver (lateinisch persuadere = überreden) Kommunikation. Rein intuitiv setzen sie viele Menschen auch im privaten Umfeld ein. Zielgerichtet und kalkuliert angewandt wird sie beispielsweise in der Werbung, in der Psychotherapie und in der Politik. Gerade dort ist sie ein mächtiges und gefährliches Instrument. Sie könne Einstellungen und Verhaltensweisen so stark ändern, dass sie kaum mehr revidierbar seien, meinen Psychologen. Einen gewissen Schutz bietet einzig das Wissen darüber, wie unendlich manipulierbar wir Menschen sind.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Billiges Wohnen ist vorbei

Berlin: Wohnungen werden zum Luxusgut – Politik reagiert spät, falsch oder gar nicht



Alltägliches Bild in Berlin: Wer nach bezahlbarem Wohnraum sucht, muss viel Geduld mitbringen

Bild: Vario

Das Ende billiger Mieten in Berlin ist nicht mehr aufzuhalten. Der Zustrom junger Menschen, die Zuwanderer, mehr Ein-Personen-Haushalte und der verschleppte Sanierungsbedarf sowie fehlender sozialer Wohnungsbau treiben die Preise in die Höhe.

Berlins Wohnungsmarkt ist angespannt, Wohnraum teuer. Selbst Studenten haben es in der Hauptstadt schwer, eine bescheidene Bleibe zu finden. Das hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ermittelt. Dessen „Studentenpreisindex“ zeigt an der Spree einen Wohnpreisanstieg von 28 Prozent binnen fünf Jahren für die Hochschüler.

Verantwortlich ist der massive Andrang junger Menschen in die Metropole. Junge Alleinstehende und Senioren konkurrieren um kleine Wohnungen. Insgesamt gibt es aber viele Faktoren, die Berlins Wohnraum teurer machen, einige davon beruhen auf politischen Entscheidungen, das gilt insbesondere für den Sanierungsbedarf.

Eine Studie der Bauforschungseinrichtung Arge Kiel und des Pestel-Instituts Hannover verzeichnet in Berlin rund 175 000 Wohnungen, die für einen Abriss in Betracht kommen. Bauverbände haben die Studie angeregt. Modernisierungen lohnen sich demnach oft nicht. Besonders Bauten aus den 50er bis 70er Jahren seien betroffen. Doch wo neu gebaut wird, steigen in der Regel die Preise für das Wohnen.

Wegen seiner Brisanz erntet das Papier Widerspruch. Der Berliner Mieterverein ist nicht überzeugt, dass rund zehn Prozent des Wohnhausbestands nur noch für den Abriss tauge. Es sollten lieber Lösungen gefunden werden, günstiges Wohnen zu erhalten, und begleitend sollten bezahlbare Wohnungen durch sozialverträglichen Neubau bereitgestellt werden. Letzteres ist eine Forderung an die Politik.

Ausschlaggebend für die privatwirtschaftliche Entscheidung zum Abriss ist insbesondere der politisch über Jahre geförderte Verschleiß in Berlin, auch das legt die Studie nahe. Der hohe Neubaubedarf hängt zudem mit der politisch geforderten Energieeffizienz zusammen. Aktuelle Untersuchungen zeigen somit: Die Zeit des für Großstadtverhältnisse günstigen Wohnens geht in Berlin zu Ende.

> Energie-Gesetze verteuern Neubau sowie Sanierung

Allgemein wuchs die Zahl der Single-Haushalte allein von 2012 bis 2014 um fünf Prozent. Doch Zuzug, Landflucht und Konkurrenz um beliebte Wohnungen sind nur Teile des Berliner Wohnproblems, das von der Politik zuletzt vor allem als Umgestaltung ganzer Viertel thematisiert und auf den Begriff „Gentrifizierung“ verkürzt wurde. Die Kieler Studie sagt, dass in Berlin viele Häuser vom Abriss bedroht sind. Sie sagt zwar nicht genau, welche, legt aber nahe, dass es auch über Jahre vernachlässigte Wohnbauten aus einstigen staatlichen Bauprogrammen treffen muss. Hier haben Berlins Politiker gekürzt, privatisiert und beim Neubau günstigen Wohnraums allein auf die Kräfte des Marktes gesetzt.

Da viele betroffene Bauten aus der Zeit von 1950 bis 1980 bisher nicht modernisiert seien, sei der Bestand schlicht „weder energieeffizient, noch barrierearm – und jetzt abgewohnt“. Es gehe nicht um kulturell relevante Bauten, so die Macher der Kieler Studie, die, die von Organisationen der deutschen Bau- und Immobilienbranche in Auftrag gegeben wurde.

Für die Berliner heißt der zu befürchtende Substanzverlust, dass sie um bezahlbare Mieten noch stärker bangen müssen. Liegt der Mietspiegel im Schnitt bei 5,84 Euro je Quadratmeter Wohnfläche (kalt), sind im Neubau selten Preise unter zehn Euro je Quadratmeter (kalt) zu erwarten.

Die Verfasser der Studie haben die Sprengkraft ihrer Aussage im Blick und fordern, die KfW-Bank solle einspringen und den Unterschied abfedern helfen. Der Abriss mit anschließendem Neubau sei der Förderung der Modernisierung endlich gleichzustellen – hier bestehe klar eine Diskriminierung, sagte der Studienleiter des Pestel-Instituts, Matthias Günther.

Der Senat kontert: „Wir reißen in Berlin ohne Not keine Wohnhäuser ab.“ Bestandssicherung habe Vorrang, so ein Behördensprecher. Ob Berlin überhaupt noch die politischen Steuerungsmöglichkeiten hat, das durchzusetzen, bleibt fraglich. Allein 2012 und 2013 verkaufte der Senat 1500 Wohnungen, meist nicht an die Mieter. Der Senat steht auf dem Standpunkt, in Berlin gebe es noch freie Flächen für 200 000 neue Wohnungen, ganz ohne Abriss.

Das Neubauprojekt Uhland 103 im wohlhabenden Stadtteil Wilmersdorf hingegen konnte im Oktober gerichtlich nicht verhindert werden – bis zu 600 000 Euro teure Einzelwohnungen ersetzen dort einen günstig vermieteten Altbau. Laut Investor sei ein solcher Abriss bewohnter Mietbauten die Ausnahme. Das Gericht urteilte: Erst wenn „Wohnungen im Luxussegment“ alte Substanz verdrängten, liege eine Zweckentfremdung vor.

Der Fall zeigt: Die Hürden für den Abriss und die Umwandlung in teurere Wohnmodelle sind keineswegs so hoch, wie die Politik vermitteln will. Das Vorkaufsrecht bei drohender teurerer Sanierung bremst kaum. Das meldete im April 2015 erstmals ein Berliner Bezirk an: Tempelhof-Schöneberg will für 48 Wohnungen aber weniger als den bisher ermittelten Verkehrswert zahlen. Ein Streit um die Abfindung für den Investor droht. Auch der Fall zeigt: Bezirke und Senat reagieren spät und wenn, dann sind ihre Mittel begrenzt. *Sverre Gutschmidt*

Wohlfeile Ratschläge

Von Theo Maass

Die Leute sollen nicht so viel Auto fahren. Das sagen die Grünen, die Linkspartei und die SPD. Von der CDU ist in der Frage keine echte Oppositionsposition zu hören und zu sehen. Ja, ja – zu Fuß gehen oder Fahrrad fahren, heißt es da von der „Frosch und Lurch“-Fraktion. Na und? Für längere Wege gibt es ja den öffentlichen Nahverkehr.

In Berlin gibt es S- und U-Bahn sowie, vornehmlich im Ostteil der Stadt, auch Straßenbahnen. Von besonderer Bedeutung ist die S-Bahn-Verbindung zwischen Berlin und Potsdam. Sie ist eine der wichtigsten Pendlerstrecken der Region. Rund 14 000 Potsdamer arbeiten in Berlin. Umgekehrt zieht es etwa die gleiche Zahl Berliner zum Arbeiten nach Potsdam. Hinzu kommen zahlreiche Studenten. Etwa jeder zweite Potsdamer Student wohnt in Berlin.

Seit der Wiederaufnahme der S-Bahn-Verbindung zwischen Berlin und Potsdam 1989 wird diese Strecke – provisorisch – eingleisig betrieben. Der Ausbau sollte „irgendwann“ erfolgen. Nun müssen diverse Brücken erneuert werden. Aber statt diese Baumaßnahmen zu nutzen, um auch den Vorkriegszustand wieder herzustellen (bis 1945 war die Verbindung zweigleisig), sollen nur Arbeiten ausgeführt werden, um den unzureichenden Jetztzustand fortzuschreiben.

Eines schönen Tages „entdeckt“ dann ein Landesverkehrspolitiker die Defizite der eingleisigen Verbindung und lässt sich dann von der Presse dafür feiern, dass er dem Übelstand abzuhelfen verspricht. Stattdessen wäre jetzt die Gelegenheit gekommen, mit den Sanierungsarbeiten gleichzeitig auch eine deutliche Verbesserung der Verkehrsanbindung zu ermöglichen. Seit dem 30. März 2016 haben die Gleisbauarbeiten zwischen den Bahnhöfen Griebnitzsee und Potsdam Hauptbahnhof begonnen. Deshalb fahren auf diesem Streckenabschnitt voraussichtlich bis zum 29. April 2016 Busse statt Bahnen.

So so, Busverkehr. Und dafür aufs Auto verzichten und umsteigen? Irgendwie wird man das Gefühl nicht los, dass die verantwortlichen Politiker nicht nur unfähig sind, sondern dass ihnen die Bedürfnisse der Steuern zahlenden Bürger wurscht sind. Schon seit Monaten fällt Fahrgästen auf, dass sich die Reparatur von Rolltreppen auf den Bahnhöfen teilweise wochenlang hinzieht. Ist dafür kein Geld da?

Die Einschränkungen im Verkehr zwischen Berlin und Potsdam werden bis Ende April keineswegs zu Ende sein. In Babelsberg sollen fünf Brücken saniert werden. Deshalb soll in den Jahren 2021 und 2022 entweder nur die S-Bahn oder nur die Regionalbahn nach Berlin fahren.

Linke Doppelmoral

Alternative Wagenburgbewohner wollen keine Asylbewerber

Pläne des Berliner Senats, auf einem landeseigenen Grundstück an der Neuköllner Kiefholzstraße Asylbewerber unterzubringen, stoßen auf Ablehnung der jetzigen Nutzer. Auf dem Gelände steht die Wagenburg „Schwarzer Kanal“, ein linksalternatives Wohnprojekt.

Seit 2010 leben etwa 20 Bewohner dort. Geht es nach dem Senat, dann sollen sich die Wagenburgbewohner das 8000 Quadratmeter große Gelände künftig mit 500 Asylbewerbern teilen. Für diese soll auf 5000 Quadratmetern eine modulare Unterkunft entstehen. Übrig bliebe somit immer noch eine reichlich bemessene Fläche für die jetzigen Nutzer.

Diese lehnen die Pläne allerdings komplett ab. Die Bewohner bestehen auf ihrer „Selbstverwaltung“: „Wir wollen nicht unter uns bleiben, weil wir Bock darauf haben, sondern weil wir einen Raum brauchen ohne tägliches Rassismus und Sexismus“, wird etwa eine Bewohnerin von der „Welt“ zitiert. Zu hören war inzwischen ebenso, mit einer Intervention durch die Politik „würde der selbst organisierte Charakter des Platzes verloren gehen“. Tatsächlich würde es allerdings ohne ein Einmischen der Politik das Wohnprojekt „Schwarzer Kanal“ überhaupt nicht geben.

> Auf landeseigenem Gelände für eine vergünstigte Miete

Es ist immerhin ein landeseigenes Areal. Medienberichten zufolge zahlen die Bewohner eine vergünstigte Miete. Zudem ist der Vertrag des „Kanals“ mit der Stadt bereits 2013 ausgelaufen. Einen angebotenen Anschlussvertrag wollten die Bewohner nicht unterzeichnen, da er eine Verbotsklausel für die Aufnahme von Flüchtlingen beinhaltete. Da diese „rassistische Klausel“ auf Ablehnung im linken Wohnprojekt stieß und der Vertrag nicht unterschrieben wurde, sind diese auf dem Gelände eigentlich nur noch geduldete Bewohner.

Die Reaktionen der Politik sind gespalten: CDU-Fraktionschef Gerrit Kringel kritisiert eine Doppelmoral bei den Linksalternativen: „Flüchtlinge willkommen heißen und ihnen den roten Teppich auskehren, aber protestieren, wenn es vor der eigenen Haustür geschieht, ist mehr als bedenklich.“

Unterstützung haben die Wagenburgbewohner dagegen bei der „Linken“ gefunden. Landeschef Klaus Lederer, fordert, der Senat solle seine Entscheidung zurücknehmen oder der Wagenburg einen Ersatzstandort zur Verfügung stellen. Es gehe nicht an, dass „subkulturelle Projekte und geflüchtete Menschen gegeneinander ausgespielt werden“, so Lederer. *Norman Hanert*

Kampf für Tegel

Flughafen soll trotz BER am Netz bleiben

Wir haben 30 000 Unterschriften in vier Monaten gesammelt“, erklärt Sebastian Czaja, Generalsekretär der Berliner FDP und Bruder von Sozialsenator Mario Czaja (CDU), „das macht uns stolz.“ Nur 20 000 gültige Unterschriften waren nötig. Ja, die FDP in Berlin ist wieder da. Möglicherweise hat das Institut Forsa da ein bisschen nachgeholfen bei den ermittelten sechs Prozent Zustimmung für die Partei.

> Die FDP hat endlich wieder ein Thema

Mit dem Volksbegehren „Berlin braucht Tegel“ hat die FDP aber im Gegensatz zur CDU eine inhaltliche Position, mit der sie künftig in Verbindung gebracht wird. Das Ziel, um das es hier geht: Der Flughafen Tegel darf nicht schließen, selbst wenn der BER in Schönefeld irgendwann in Betrieb gehen sollte. Für das eigentliche Volksbegehren müssen dann allerdings 174 000 Unterschriften zusammenkommen. Auf der Internetseite der Initiative sind die Argumente pro Tegel zusammengefasst: Der BER mit einer maximalen Kapazität von 27 Millionen Passagieren im Jahr werde schon bei seiner Eröffnung zu klein sein. Außerdem verteilten zwei Flughäfen den Zubringerverkehr besser über die Stadt, ein Zweitflughafen biete einer Metropole mehr Sicherheit „in Notfällen“.

Nun prüft die Innenverwaltung die Gültigkeit der Unterschriften. Dann kann das Volksbegehren beginnen. Die FDP will zwar nicht als „Flughafenpartei“ wahrgenommen werden, aber sie hat in Berlin jetzt ein politisches Thema und will wie die AfD (neun Prozent Umfragewert) die Stimmen der CDU-Abwanderer (19 Prozent Umfragewert) „aufsammeln“. *Hans Lody*

Millionen für Garnisonkirche

Die Frühjahrssynode der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz hat einem Darlehen an die kirchliche Stiftung Garnisonkirche Potsdam zugestimmt. Mit insgesamt 3,25 Millionen Euro will die Landeskirche eine Starthilfe für den Wiederaufbau des Kirchturmes geben – unter der Voraussetzung, dass die Finanzierung des ersten Bauabschnittes gesichert ist. Das zinsfreie Darlehen wird aus den Einnahmen des laufenden Betriebs des Turmes zurückgezahlt. Die Gesamtkosten für dessen Wiederaufbau werden mit 37,8 Millionen Euro veranschlagt. Dafür sagte der Bund bereits zwölf Millionen Euro zu. Die Garnisonkirchen-Stiftung will für den ersten Bauabschnitt weitere 7,8 Millionen Euro durch Spenden und kirchliche Mittel aufbringen. Dazu gehört auch das nun genehmigte Darlehen. Die Landeskirche will den Kirchturm künftig als einen „exponierten Lernort deutscher Geschichte“ nutzen. *J.H.*

MELDUNGEN

Keine Flugblätter nach Nordkorea

Seoul – Das Oberste Gericht Südkoreas hat entschieden, es sei das Recht der Regierung, die Verbreitung von Flugblättern im kommunistischen Nordkorea zu verbieten. Die Regierung hatte ihr Verbot damit begründet, die Propagandaaktionen könnten Vergeltungsmaßnahmen des Regimes in Pjöngjang provozieren. Geklagt hatte ein nordkoreanischer Flüchtling. Gemeinsam mit Schicksalsgefährten hatte er von 2009 bis 2013 insgesamt 5708 Ballons mit durchschnittlich 20000 Flugblättern – insgesamt also über 100 Millionen – über den 38. Breitengrad geschickt. In seiner Klageschrift hatte er sich auf den Verfassungsgrundsatz der Meinungsfreiheit berufen. *F.W.S.*

Ministerin geht, der Kurs bleibt

Wien – Österreichs Innenministerin Johanna Mikl-Leitner von der Österreichischen Volkspartei kehrt der Bundespolitik den Rücken und wird niederösterreichische Finanzlandesrätin und Stellvertreterin des Landeshauptmanns. Damit tauscht sie die Ämter mit ihrem Parteikollegen Wolfgang Sobotka. Dieser gehört wie Mikl-Leitner zum Arbeitnehmerflügel der ÖVP und betonte, im Innenministerium „keine Experimente“ riskieren zu wollen. Seine Vorgängerin habe „entscheidende Weichenstellungen“ gesetzt, an denen es nichts „zu rütteln“ gebe. Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer lobt den unter Mikl-Leitner eingeschlagenen Kurs in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Mit der Einführung einer Obergrenze für Asylanträge und dem Einsatz für das Schließen der sogenannten Balkanroute habe man nämlich genau das getan, „was ich mir von unserer Politik in Berlin wünschen würde“. Seehofer fordert, dass sich die deutsche Politik an der österreichischen orientieren solle. *J.H.*

(siehe auch Artikel unten)

Kampf um die Rolle einer Schutzmacht

Russland sieht Obamas Lateinamerika-Reise gelassen – Befriedung der Kaukasus-Unruhen wichtiger

Mit seiner Lateinamerika-Reise versucht Barack Obama, den Schutzmacht-Status der USA auf verloren gegangenem Terrain wiederherzustellen. Russland reagiert gelassen und sieht seine strategische Partnerschaft mit lateinamerikanischen Staaten nicht gefährdet. Mehr Sorge bereiten Moskau die Nato-Osterweiterung und die Unruhen im Kaukasus.



Was Obama verwehrt blieb, ist für Wladimir Putin selbstverständlich: Raul Castro umarmt den russischen Präsidenten bei dessem Besuch in Havanna 2014 Bild: Reuters

Eine Umarmung zur Begrüßung, ein freundschaftliches Schulterklopfen: Was unter Vertretern befreundeter Länder als angemessen gilt, blieb Obama während seines Kuba-Besuchs verwehrt. Als er während einer Pressekonferenz Raul Castro auf die Schulter klopfen wollte, stieß dieser Obamas Hand nach oben weg. Zur Begrüßung am Flughafen hatte Castro seinen Ministerpräsidenten geschickt, was in den USA kritisch kommentiert wurde.

Sollte Obamas Kuba-Besuch als neue Herausforderung Russlands gedacht sein, so überrascht die gelassene Reaktion aus Russland. Regierungssprecher Dmitrij Peskow begrüßte offiziell die Normalisierung der Beziehungen.

Dass Obamas Kuba-Besuch viel bewegen wird, bezweifeln neben russischen auch US-amerikanische Beobachter. Eine Normalisierung der Beziehungen mit den USA werde nur langsam vonstatten gehen. Zunächst wurde eine Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen, eine direkte Telefonverbindung und die Einrichtung eines Luftverkehrs vereinbart.

Russland hält sich auf dem kubanischen Markt für durchaus konkurrenzfähig gegenüber China, Europa, Korea und den USA. Obamas Reise nach Havanna habe eher symbolische Bedeutung. Washington erwarte Initiativen im Wirtschaftsbereich. 400 amerikanische Geschäftsleute und Banker hatten Obama begleitet. Die kubanische Regierung, so ein Beobachter, werde allerdings nur die notwendigsten Veränderungen einführen, die dem Land zusätzlichen Gewinn brächten. Mit Argwohn werde der globale Aspekt der Lateinamerika-Tour des US-amerikanischen Präsidenten gewertet, denn Obama besuchte im Anschluss auch Argentinien. Der Dialog mit Havanna sei ein Element einer Strategie der USA in Lateinamerika, wo Washingtons Stellung unter dem Druck von China und Russland erodiere. Die Mehrheit der von linken Regierungen geführten lateinamerikanischen Länder hätte in dem Konflikt aufseiten Kubas gestanden.

Moskau hatte in der Vergangenheit mit einer Reihe lateinamerikanischer Länder eine strategische Partnerschaft vereinbart, darunter Argentinien, Brasilien, Venezuela, Kuba und Äquador, was Washington als ein Eindringen in seine nationale Interessensphäre betrachtete.

Die USA befürchteten neben der „russischen Aggression“ die Militarisierung Chinas. Dieser Blickwinkel bestimme die US-amerikanischen geopolitischen Ziele und Aufgaben: Es gehe um die Sicherung eines zuverlässigen strategischen Hinterlandes, die Verdrängung von Konkurrenten im lateinamerikanischen Raum und dessen Rückführung ins Glied der globalen US-amerikanischen Dominanz. So sieht es Pjotr Jakowlew, Professor an der Moskauer Staatlichen Universität für die Lateinamerika-Forschung. Für ihn ist Obamas Besuch in Argentinien ein Versuch, den faktischen Einflussverlust der USA in Lateinamerika zu korrigieren.

> Moskau hofft auf ein baldiges Ende der Sanktionen

Es fällt auf, dass die USA seit einigen Jahren bemüht sind, die russische Einflusssphäre an gleich mehreren Fronten zurückzudrängen. Insofern stellt auch die Annäherung an Kuba einen erneuten Seitenhieb auf Russland dar. Für den Kreml stellt sich durchaus die Frage, ob die USA ihm einen langjährigen Verbündeten abjagen wollen. Von 1960 bis 1990 hatte die Sowjetunion als Bruderhilfe ganze Industriezweige aufgebaut. Mit dem Zerfall der Sowjetunion ließ die Handels- und Wirtschaftskooperation zwar deutlich nach, aber spätestens seit Putins Besuch 2014 in Havanna wurde die wirtschaftliche Zusammenarbeit reaktiviert. Zuletzt hat Moskau Kuba Schulden im Wert von 30 Milliarden US-Dollar erlassen sowie einen Kredit für den gemeinsamen Bau eines Stromkraftwerks über umgerechnet 1,2 Millionen Euro und einen Kredit von 100 Millionen Dollar für die Modernisierung einer Metallfabrik gewährt. Vielleicht hat auch Fidel Castros Aussage, man dürfe die feindlichen Handlungen seitens der USA in den vergangenen 60 Jahren nicht vergessen, im Kreml zur Beruhigung beigetragen.

Glaubt Putin auch, in Lateinamerika den USA eine Nasenlänge voraus zu sein, so bereitet ihm die Situation in den Ländern, die Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion in die Unabhängigkeit entlassen hat, größte Sorgen. Ob Georgien, die Ukraine, Moldau oder jüngst das Wiederaufflammen des Berg-Karabach-Konflikts: Überall dort, wo Staaten sich vom einstigen Bruder losgesagt und sich nach Westen orientiert haben, stehen die Länder vor dem politischen oder wirtschaftlichen Kollaps. Ein militärisches Eingreifen im Kaukasus kann und will Mos-kau sich nicht leisten.

Stattdessen ist Russland bemüht, ein weiteres Vorrücken der Nato an seine unmittelbaren Grenzen aufzuhalten. Der Stellvertreterkrieg in Syrien kommt ihm gelegen, verdeutlicht die russische Waffenschau dort doch, dass mit Russland als Militärmacht zu rechnen ist. Zu dieser Erkenntnis scheint auch der Westen gelangt zu sein. Kürzlich erst kündigte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg eine Wiederaufnahme des Nato-Russland-Rates an. Dass Putin sich mit Kritik an Obama zurückhält, ist vermutlich der Tatsache geschuldet, dass er auf ein baldiges Ende der Sanktionen hofft. Deshalb auch die Kooperation mit den USA zur Bekämpfung des IS in Syrien.

Mit verschiedenen europäischen Vertretern, darunter auch deutschen, wurde bei Treffen in Moskau zumindest bereits über eine Lockerung der Sanktionen gesprochen. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Österreich legt nach

Wien erschwert nochmals die Immigration von Asylsuchern

Ab Mitte Mai soll die Zahl der Asylanträge in Österreich stark reduziert werden. Das haben die Innenministerin Johanna Mikl-Leitner von der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) und der sozialdemokratische Verteidigungsminister Hans Peter Doskozil vergangene Woche bekanntgegeben. Entsprechend einem Rechtsgutachten sollen künftig vor allem jene Asylwerber noch zum Verfahren zugelassen werden, deren Kernfamilien bereits in Österreich leben.

Hintergrund dieser Entscheidung ist die Tatsache, dass sich Österreich – im Vorjahr noch eines der Hauptziele der Immigranten in Europa – am Rand seiner Leistungsfähigkeit sieht. Seit Jahresbeginn haben bereits 14000 Asylsucher Asyl in der Alpenrepublik beantragt. Erst im Januar hatte die österreichische Bundesregierung beschlossen, die Zahl der Asylplätze für dieses Jahr auf 37500 festzulegen und in den kommenden Jahren sukzessive weiter zu reduzieren; 2019 soll sie nur noch 25000 betragen.

Das Regierungspapier zeigt einige Maßnahmen auf, welche die Koalition im Asylbereich ergreifen kann.

Nur noch an kontrollierten Grenzübergängen, wo auch Registrierzentren eingerichtet werden, dürfen Asylanträge gestellt werden. Diese können direkt an der Staatsgrenze und ohne weitere Überprüfung abgewiesen werden.

Gutachter haben die rechtliche Deckung einer solchen Abweisung bestätigt. Zwar begründete die Beantragung von Asyl in Österreich bisher das Recht auf ein Asylverfahren. Doch eine Notstandsklausel (Artikel 72) des EU-Vertrags beinhaltet, dass Staaten „zum Schutz der inneren Sicherheit und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung“ von den Asylregeln abweichen dürfen.

> Mikl-Leitner: »Es ist kein Grund zur Entwarnung«

Die österreichische Regierung will nun den Notfallmechanismus im Asylgesetz verankern. Dieser soll festlegen, dass künftig nur noch in Ausnahmefällen Asylsucher aufgenommen werden. Dabei wird in einem Schnellverfahren geprüft, auf welche Asylsucher dies zutrifft und ob ein Asylantrag laut Menschenrechtskonvention angenommen werden muss.

Die Gesetzesnovelle ermöglicht eine Rückführung in ein sicheres Nachbarland auch, wenn bereits ein Asylantrag gestellt wurde. Nur Personen, deren Kernfamilie bereits in Österreich lebt, müssten zum Verfahren zugelassen werden.

Andernfalls ist nach einer strengen Auslegung des Asylrechts ein Asylantrag nur noch möglich, wenn der Asylsucher im Inland aufgegriffen wird und man nicht nachweisen kann, aus welchem Land der Europäischen Union er eingereist ist. Dieser Notfallmechanismus soll zumindest für die Dauer von Grenzkontrollen gelten.

Nach dem Schließen der Balkanroute im Vormonat drängen immer mehr Asylsucher auf Ausweichrouten wie vor allem über Italien. „Es ist kein Grund zur Entwarnung“, sagte Mikl-Leitner mit Bezug auf Hunderttausende Menschen, die alternative Wege nach Mitteleuropa suchen.

„In den nächsten Wochen wird sich die Polizei auf Ausweichrouten vorbereiten, insbesondere an der ungarischen Grenze“, kündigte Mikl-Leitner an. Auch die Grenze zu Italien werde verstärkt gesichert. Allerdings müsse auch Italien seiner Verantwortung nachkommen und die Politik des Durchwinkens beenden. *Michael Link*

Rekord bei Todesstrafen

Vergangenes Jahr sollen 1634 Menschen hingerichtet worden sein

Das Jahr 2015 war kein gutes für Menschenrechtsaktivisten. Wie die Organisation Amnesty International in der vergangenen Woche in ihrem Jahresbericht mitteilte, wurden in dem genannten Zeitraum so viele Menschen hingerichtet wie noch nie in den letzten 25 Jahren. Amnesty International spricht von 1634 vollstreckten Todesurteilen, und da sind die Vollstreckungen in der Volksrepublik China noch nicht mitgezählt. Die tatsächliche Zahl an Hinrichtungen weltweit liegt vermutlich mehr als doppelt so hoch, sogar eine wesentlich höhere Dunkelziffer scheint möglich. Dass die Zahl der Hinrichtungen wieder angestiegen ist, führen Experten auf den islamistischen Terror zurück. Selbst in zivilisierten Industriestaaten gebe es gesellschaftliche Gruppen, die für eine Rückkehr zur härtestmöglichen Strafe plädieren würden.

Pakistan hatte im Dezember 2014 eine insgesamt sechs Jahre währende Pause für die Todesstrafe aufgehoben, nachdem Taliban-Truppen beim Angriff auf eine Schule 150 Menschen ermordet hatten. Zunächst wurden nur mutmaßliche Terroristen wieder gehenkt, dann auch andere Verurteilte. Im Laufe des vergangenen Jahres waren dies 325 weitere Menschen, unter anderem ein 1992 verurteilter Mörder.

In der Volksrepublik China soll die Zahl der Hingerichteten noch wesentlich höher liegen. Amnesty-International-Experte Oliver Hendrich sagte gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa): „Wir vermuten, dass China wieder mehr hinrichten ließ als der gesamte Rest der Welt zusammen.“

Die Todesstrafe wird in manchen Ländern neben Kapitalverbrechen wie Mord auch wegen Korruption (China), Ehebruch (Malediven) oder Beleidigung des Propheten (Iran) verhängt. Im Iran wurden 2015 fast 2000 Menschen gehenkt, enthauptet oder erschossen, die meisten davon wegen Drogendelikten.

> Die meisten Exekutionen soll es in China geben

Aus anderen Diktaturen liegen keine verlässlichen Zahlen vor. Nordkorea hat für den Zeitraum der vergangenen drei Jahre lediglich 70 Hinrichtungen eingeräumt, nachprüfbar ist dies nicht. Oftmals sollen standrechtliche Urteile ohne Begründung vollstreckt werden, Diktator Kim Jong Un soll Regime-Gegner auch schon von Hunden habe zerfleischen lassen.

Die gestiegene Zahl der Hinrichtungen bezeichnete Hendrich gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ als „Besorgnis erregend und verstörend“. Viele Todesurteile wurden nach Prozessen verhängt, die rechtsstaatlichen Kriterien nicht genügten. Im Irak wurden Geständnisse vor Prozessbeginn im Fernsehen gezeigt. Zahlreiche Urteile basierten auf erfolterten Aussagen, etwa in Bahrain, Nordkorea und Saudi-Arabien. Zudem würden teilweise auch Minderjährige getötet. Mit Japan und den USA gebe es derzeit aber nur noch zwei Industriestaaten, welche die Todesstrafe durchführen würden.

In Frankreich sorgte Marine Le Pen, die Vorsitzende des Front National, nach den Terroranschlägen von Paris für Aufsehen, als sie die Wiedereinführung der Guillotine durch eine Volksabstimmung prüfen lassen wollte. Und Xavier Bertrand von Nicolas Sarkozys Partei Les Républicains (Die Republikaner), von 2007 bis 2009 und von 2010 bis 2012 Minister unter François Fillon sowie seit 2016 Präsident des Regionalrats von Nord-Pas-de-Calais-Picardie, erklärte, er habe seine Meinung revidiert und halte die Abschaffung der Todesstrafe durch Frankreich im Jahre 1981 heute für einen Irrtum. *Peter Entinger*

Werden die USA zur »neuen Schweiz«?

Durch Informationslecks in anderen Steueroasen steigt die Attraktivität der US-amerikanischen

In den Papieren der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca zu Schwarzgeldern in Panama, die jüngst an die Öffentlichkeit gelangt sind, sollen auffällig wenige US-Bürger auftauchen. Das hat inzwischen zu den verschiedensten Nachforschungen und Spekulationen geführt.

Relativ schnell wurde unter die Lupe genommen, wer die aufwendige Recherchearbeit zu den Briefkastenfirmen in Panama überhaupt finanziert hat. Immerhin haben 376 Journalisten aus 76 Ländern über einen längeren Zeitraum 11,5 Millionen Akten ausgewertet. Misstrauen war bereits aufgekommen, kurz nachdem erste Details der sogenannten Panama-Papiere bekannt geworden waren. Einer der ersten, die Skepsis an der Arbeit des „International Consortium of Investigative Journalists" anmeldeten, war der britische Ex-Diplomat Graig Murray. Nach seinen Angaben wird das Konsortium, dass die Aufarbeitung der Unterlagen organisiert hatte, vom „Center for Public Integrity" finanziert. Zu dessen Gründer zählen laut Murray die Ford Foundation, Carnegie Endowment, der Rockefeller Family Fund oder die Open Society Foundation von George Soros.

Von der Enthüllungsplattform Wikileaks ist zudem der Vorwurf erhoben worden, dass auch die US-Entwicklungshilfeagentur USAID sowie die von ihr subventionierte-Organisation „Organized Crime and Corruption Reporting Project" die Enthüllungen finanziert und organisiert haben. Es sei „kein Beispiel an Integrität", wenn gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin gerichtete Enthüllungen von der US-Regierung finanziert werden, so Wikileaks in einer Mitteilung.

Auch anderen Beobachtern war bereits aufgefallen, dass viele der Enthüllungen Staaten betreffen, mit denen die USA in keinem besonders guten Einvernehmen stehen wie etwa Russland oder China. Von Wikileaks wurde zudem die Weigerung kritisiert, alle Unterlagen öffentlich zu machen. „Wenn man mehr als 99 Prozent der Dokumente zensiert, betreibt man Ein-Prozent-Journalismus", so der Vorwurf. Wikileaks selbst hat sich seit 2007 mit der Veröffentlichung geheimer Dokumente aus Wirtschaft, Politik und Diplomatie einen Namen gemacht. Dabei wurden die Datensätze meist vollständig online gestellt. Das Internationale Konsortium investigativer Journalisten (ICIJ) mit Sitz in Washington hat eine Veröffentlichung der gesamten Panama-Papiere unter Verweis auf den Schutz sensibler und persönlicher Daten allerdings abgelehnt.

> Ein Profiteur der Enthüllung der »Panama Papers« ist bereits erkennbar: Es sind die USA

Für weiteren Argwohn gesorgt hat, dass in den Papieren nur wenige Namen von US-Bürgern aufgetaucht sind. In den an die Medien weitergeleiteten „Panama Papers" werden nur 3500 Adressen aus den USA aufgeführt. Außerdem finden sich Kopien der Pässe von 200 US-Bürgern. Der Hintergrund für diese geringe Anzahl dürfte ziemlich banal sein. „Amerikaner können Briefkastenfirmen in Wyoming, Delaware oder Nevada gründen. Sie brauchen nicht nach Panama, um eine Briefkastenfirma für fragwürdige Gelder zu schaffen", so die Juraprofessorin Shima Baradaran Baughman. Die ganz großen Vermögen in den USA greifen zudem auch gern auf die Gründung von Stiftungen zurück. Zudem hat einer der Mitbegründer der panamaischen Anwaltskanzlei inzwischen mitgeteilt, es wäre grundsätzliche Geschäftspolitik gewesen, möglichst keine US-amerikanischen Klienten zu haben. „Mein Partner ist Deutscher, und ich habe in Europa gelebt und unser Fokus lag immer auf dem europäischen und lateinamerikanischem Markt", so Ramón Fonseca. Die wenigen US-Bürger unter den Klienten der Kanzlei sollen demzufolge größtenteils in Panama leben.

Unabhängig davon, ob die Auswertung der Panama-Papiere von gezielt von Akteuren in den USA organisiert wurde, ist ein Profiteur der Enthüllungsaktion bereits erkennbar: Es sind die USA. Diese haben sich laut Andrew Penney vom Bankhaus Rothschild & Co. in den vergangenen Jahren zur „größten Steueroase der Welt" entwickelt. Das Wirtschaftsmagazin „Bloomberg Businessweek" nennt die Vereinigten Staaten inzwischen sogar „die neue Schweiz". Während klassische Steueroasen durch immer mehr internationale Abkommen und Enthüllungen ausgetrocknet werden, werben ausgerechnet einige US-Bundesstaaten mit ihrer besonders strengen Auslegung des Bankgeheimnisses. Als Folge fließt bereits seit einiger Zeit immer mehr Geld aus klassischen Schwarzgeld-Finanzzentren wie den Cayman Islands und Bermudas in die USA.

Nach Einschätzung von Bloomberg ist die Verlagerung entsprechender Gelder in die USA sogar ein ganz neues Geschäftsmodell. Die beschriebene Entwicklung dürfte sich sogar noch verstärken: Ab 2017 wollen 100 Staaten der Welt Informationen über Konten austauschen – nicht beteiligen wollen sich dabei die USA. Diese oder zumindest einige ihrer Bundesstaaten erlangen damit zunehmend den globalen Status von letzten echten Steueroasen. *Norman Hanert*



Delaware: Der US-Bundesstaat ist zwar nicht unbedingt der erste, wenn es darum geht, Steuervermeider willkommen zu heißen, aber doch zumindest einer der führenden Bild: Colourbox

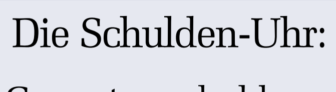
MELDUNGEN

Milliarden für Strukturwandel

Berlin – Die Bundesregierung stellt im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz" jährlich Fördermittel in Höhe von rund 600 Millionen Euro zur „Begleitung" des Strukturwandels in der Landwirtschaft zur Verfügung. Zusammen mit den bereitgestellten Mitteln der Bundesländer ergibt das rund eine Milliarde Euro pro Jahr. Zusätzlich stehen in der Förderperiode von 2014 bis 2020 über acht Milliarden Euro aus dem „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums" zur Verfügung. Zusammen mit zusätzlichen Fördergeldern stehen in der laufenden Förderperiode fast 18 Milliarden Euro zur Verfügung. *U.M.*

Ölpreis wird steigen

Berlin – Die Bundesregierung geht davon aus, dass der Ölpreis in den nächsten Jahren steigen wird. Für dieses Jahr rechnet sie mit einem durchschnittlichen Preis der Sorte Brent von 34 US-Dollar. Für 2017 wird mit 40 Dollar gerechnet, für 2018 mit 44, für 2019 mit 47 und für 2020 mit 49 Dollar. Bei den Angaben handelt es sich laut Bundesregierung um eine „technische Annahme" und keine Prognose. *U.M.*



Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
2.026.625.188.309 €
Vorwoche: 2.026.556.582.388 €

Verschuldung pro Kopf:
24.879 €
Vorwoche: 24.878 €

(Dienstag, 12 April 2016, Zahlen: www.steuerzahler.de)

IWF-Strategie abgehört

Wikileaks veröffentlicht internes Gespräch zur Griechenlandkrise

Die Enthüllungsplattform Wikileaks hat von bislang unbekannter Seite vorgenommene Aufzeichnungen einer wohl am 19. März dieses Jahres geführten internen Telefonkonferenz des Internationalen Währungsfonds (IWF) öffentlich gemacht. Dabei haben die für die Verwaltung der griechischen Schuldenkrise zuständigen IWF-Vertreter Poul Thomsen, Leiter der Europa-Abteilung des IWF, und Delia Velkouleskou, Chefin der IWF-Mission Griechenland, ihre Verhandlungstaktik beim Hilfsprogramm für Griechenland abgesprochen. Demnach plant Thomsen, einen Ausstieg des Währungsfonds aus der Troika als Druckmittel einzusetzen, falls Europa nicht zu einem neuen Schuldenschnitt für Griechenland bereit sei. Mit einer solchen Drohung, so die Überlegung, könne Druck auf die EU-Geldgeber und dabei vor allem auf Bundeskanzlerin Angela Merkel ausgeübt werden, noch im April zu einer Einigung zu kommen. Faktisch kann das besprochene Vorgehen des IWF als ein politischer Erpressungsversuch gewertet werden.

Das Hinzuziehen des Internationalen Währungsfonds im Fall Griechenlands war zu Beginn der „Griechenland-Rettung" quasi als Garantie an die deutschen Steuerzahler gedacht, dass mit ihren Geldern professionell umgegangen werde. Obendrein hatte Bundeskanzlerin Merkel bei den Deutschen den Eindruck zu erwecken versucht, dass sie die Maßnahmen für Griechenland „keinen Cent" kosten würden. Ein Ausstieg des IWF wäre vor diesem Hintergrund ein öffentlichkeitswirksames Signal, dass Merkels Strategie in Sachen Griechenland gescheitert ist.

> Berlin und Athen sollen unter Druck gesetzt werden

Laut den Aufzeichnungen plant der IWF, Deutschland mitzuteilen, dass man die Troika, bislang bestehend aus dem Internationalen Währungsfond (IWF), der EU-Kommission und der Europäischen Zentralbank, verlassen werde, wenn es keinen weiteren Schuldenschnitt gebe. „Schauen Sie, Frau Merkel, Sie stehen vor einer Frage, Sie müssen darüber nachdenken, was mehr kostet: Weiter vorangehen ohne den IWF würde den Bundestag sagen lassen, der IWF ist nicht an Bord? Oder Sie wählen den Schuldenerlass und damit das, was Griechenland nach unserer Meinung braucht, und behalten uns an Bord", so ein wörtliches Zitat aus der Telefonaufzeichnung, das Thomsen zugeschrieben wird.

Mit der Drohung, Griechenland in die Pleite zu schicken, sollte offenbar aber auch Athen unter Druck gesetzten werden. Das Land sollte nach den Vorstellungen des IWF dazu gebracht werden, weitere Auflagen ohne Abstriche zu akzeptieren.

Erstaunlicherweise sind die durchgestochenen Währungsfonds-Interna in Deutschland nur auf wenig öffentliches Interesse gestoßen. Anders sieht dies in Griechenland aus. Dort beherrschte das Wikileaks-Material über Tage die Berichterstattung der Medien.

Griechenlands Regierung hat nach Bekanntwerden des Gesprächsprotokolls vom Währungsfonds eine Aufklärung gefordert, ob es dessen offizielle Position sei, kurz vor dem EU-Referendum in Großbritannien Voraussetzungen für eine Pleite Griechenlands herbeiführen zu wollen. *Norman Hanert*

Rente erst mit 70?

Vorschlag des JU-Vorsitzenden löst kontroverse Diskussion aus

Die Junge Union stand schon zu Zeiten ihres im Vorjahr verstorbenen Chefs Philipp Mißfelder im Ruf, dicke Bretter zu bohren. So kamen aus den Reihen des CDU-Nachwuchses in den vergangenen Jahren häufiger Forderungen, die sich gegen die immer größer werdende Senioren-Schar im Land richteten. Bekannt wurde Mißfelder, als er eine Debatte darüber forderte, ob es denn Sinn mache, alten Menschen noch ein künstliches Hüftgelenkt zu zahlen.

Nun hat sein aktueller Nachfolger Paul Ziemiak ein weiteres heißes Eisen angepackt. Der Nachwuchspolitiker ist 30 Jahre alt und fordert, dass sich seine Mitbürger – darunter auch seine Generation – vom bisherigen Renteneintrittsalter verabschieden sollten. „Die Menschen leben immer länger, die Zahl der Alten steigt, die der Jungen sinkt", teilte er mit. Das Rentensystem sei so auf Dauer nicht bezahlbar.

Deshalb fordert der JU-Chef die Lebensarbeitszeit an die steigende Lebenserwartung zu koppeln. Dies bedeute auch, über eine Rente mit 70 nachzudenken. Diese Forderung wurde in den vergangenen Jahren bereits von führenden Rentenexperten und Ökonomen erhoben. Durch Ziemiaks Vorstoß erhielt die Diskussion neue Nahrung.

Hinzu kommt neben der demografischen Entwicklung auch die Niedrigzins-Politik der Europäischen Zentralbank. Angesichts dieser Politik rechnet Sparkassen-Chef Georg Fahrenschon mit einem Anstieg des Renteneintrittsalters auf 70 Jahre und darüber hinaus. Beschäftigte müssten entweder mehr in die private Vorsorge einzahlen oder „mehrere Jahre länger arbeiten", sagte der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands der „Bild"-Zeitung:

> Zustimmung vom GDV – Widerspruch von der SPD

„Sonst droht vielen Altersarmut." Als Ursache nannte Fahrenschon den Wegfall von Zinsen und Zinseszinsen. Dadurch entstehe bei der privaten Altersvorsorge bei vielen Arbeitnehmern eine große Lücke, die „krass unterschätzt" werde: „Viele Beschäftigte bekommen im Alter deutlich weniger raus, als ursprünglich erwartet wurde. Das ist eine echte Gefahr."

Auch der Präsident des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), Alexander Erdland, erklärte gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Stern", dass schon wegen der steigenden Lebenserwartung über eine Ausdehnung der durchschnittlichen Lebensarbeitszeit gesprochen werden müsse: „Die Folgen der längeren Lebenserwartung müssen frühzeitig diskutiert werden, da die Alterssicherung eine Angelegenheit von Jahrzehnten ist." Eine Rückkehr zur Rente mit 65 bezeichnete Erdland als „illusorisch". „Wer so etwas fordert, weckt falsche Hoffnungen bei den Menschen."

Deutlicher Widerspruch kam dagegen aus den Reihen der SPD. Deren Gesundheitsexperte Karl Lauterbach bezeichnete den Vorstoß von Fahrenschon im Gespräch mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger" als „völlig abwegig" und „aus der Zeit gefallen", weil er nicht die unterschiedlichen Lebenserwartung verschiedener Berufsgruppen berücksichtige: „Menschen, die von Altersarmut bedroht seien, muss man anders helfen." Bei einem Beruf, wie ihn Fahrenschon ausübe, liege die Lebenserwartung bei etwa 85 Jahren. „Wenn jemand sein Leben lang körperlich hart gearbeitet hat, beispielsweise in der Abfallwirtschaft, liegt die Lebenserwartung aber bei 73 Jahren. Diesen Unterschied scheint Fahrenschon nicht zu beachten." *Peter Entinger*

Enttäuscht

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Wladimir Putin dürfte sich freuen zu sehen, wie die EU die Ukraine fallen lässt, weil die sich nicht an die von ihr und den USA festgelegten Regeln halten will. Diese Erfahrung mussten auch schon andere Staaten machen, die Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion in die Unabhängigkeit entlassen hatte. Das beste Beispiel ist Georgien. Die Stellvertreterkriege in der Ukraine und in Syrien führen dem Westen nun vor Augen, dass die Sanktionen gegen Russland nicht zum Ziel führen und man auch künftig mit Russland als globalem Spieler rechnen muss. Die Ukraine ist ins Hintertreffen geraten. Die Wut über enttäuschte Erwartungen an EU und Nato dürfte sich in Kiew wohl in naher Zukunft entladen.

Putin hofft auf einen Wegfall der Sanktionen und eine Normalisierung der Beziehungen zum Westen. Doch es gibt auch in Russland enttäuschte Erwartungen an die EU. Ein Wiedererstarken von Strömungen aus dem 19. Jahrhundert könnte die Folge sein. Entsprechend setzen viele lieber auf die Eurasische Union und auf eine Orientierung Richtung Osten auf China und Indien, weil die „Partner“ im Westen in Russland bald wieder einen Feind sehen könnten.

Die CDU – Merkels Gefangene

Von Hans Heckel

Das politische Monatsmagazin „Cicero“ stellt in seiner Aprilnummer die Frage, ob Angela Merkel nach dem kommenden Sommer noch Kanzlerin sein wird. Aus den innersten Kreisen der CDU sei durchzuhören, dass die kommenden Monate entscheidend sein würden für die Zukunft der Parteichefin.

Wenn beispielsweise die Asylflut neue Höchststände erreiche, würde es ernst. Dann könnte die Panik vor der Selbstzerstörung der CDU stärker werden als die Furcht vor der (noch) übermächtigen Kanzlerin.

Als Beobachter fragt man sich jedoch, warum die (nicht zum ersten Mal) angekündigte Revolte nicht schon früher veranstaltet wurde. Etwa auf dem CDU-Bundesparteitag am 16. Dezember, als die Parteivorsitzende von gut 1000 Delegierten alle bis auf zwei hinter sich bringen konnte. Das war für viele eine Überraschung, nachdem auf allen Ebenen der Partei im Vorwege bereits heftiger Ärger über Merkel formuliert worden war – längst nicht mehr nur hinter vorgehaltener Hand.

> Der Sturz der Chefin könnte die Partei auf SPD-Niveau drücken

Die Erklärung für diese Treue liegt in einer trostlosen Diagnose: Die Parteichefin hat nicht nur personell fast alle Hoffnungsträger weggebissen, die ihr in der CDU das Wasser reichen konnten. An die Stelle der Hoffnungsträger sind Merkels blasse Wasserträger getreten.

Sie hat darüber hinaus die Partei auch inhaltlich gänzlich entkernt. Dies wird beim Blick auf einige Punkte des AfD-Programmentwurfs sichtbar: Von der Energiepolitik über die Ablehnung von Genderpolitik und Frauenquote bis zum Bekenntnis zur Wehrpflicht oder dem Nein zur massenhaften doppelten Staatsbürgerschaft – bei der neuen Partei finden sich lauter Dinge, die einst CDU-Positionen waren. Heute werden sie von der Merkel-Partei bekämpft, nachdem diese die Vorstellungen der Grünen übernommen hat.

Die Kanzlerin als Person genießt dagegen immer noch Rückhalt bei einem erheblichen Teil der Deutschen. Dieses Ansehen mag man unbegreiflich finden. Doch es existiert, wie nicht bloß Umfragen belegen, sondern auch Alltagserfahrungen bestätigen. Dieser Rückhalt könnte die Erklärung für den Abstand zur ebenfalls blassen SPD sein, der eine Figur wie Merkel fehlt.

So ist die CDU zur Gefangenen ihrer eigenen Vorsitzenden verkommen. Solange Merkel bleibt, schreitet der Verfall zwar immer weiter voran; doch könnte dieser Prozess noch eine Weile dauern, während derer man ja auf ein Wunder hoffen darf.

Wird Merkel von ihrer eigenen Partei aber gestürzt (nur die eigene Partei könnte es tun), droht der CDU der rabiate Liebesentzug der Merkelianer. Und dies, ohne dass sie noch über ihr inhaltliches Profil überzeugen und gegenhalten könnte, weil sie dieses Profil gar nicht mehr besitzt.



Wasserträger statt Hoffnungsträger: Merkel mit der CDU-Führungsriege auf dem Karlsruher Bundesparteitag vergangenen Dezember

Bild: action press

Kotau vor Erdogan

Von Harald Tews

Der zwischen der EU und der Türkei ausgehandelte Flüchtlings-Deal scheint ziemlich brüchig zu sein. Wie sonst ist es zu erklären, dass sich das Erdogan-Schmähgedicht eines zweitklassigen TV-Unterhalters zu einer Staatsaffäre ausweitet? Die Tatsache, dass die Kanzlerin nach der Verbreitung der Böhmermann-Satire höchstpersönlich zum Hörer griff und – vergeblich, es soll zur Anklage kommen – besänftigend auf den türkischen Ministerpräsidenten Ahmet Davutoglu einredete, zeigt, wie abhängig wir inzwischen von der Türkei geworden sind.

Mit dem Flüchtlingsabkommen hat die Türkei ein Druckmittel an der Hand, mit dem sich Europa gut erpressen lässt. Wären die Anti-Erdogan-Satire der NDR-Sendung „Extra 3“ und Böhmermanns unsägliche Verbalinjurien in ZDF-Neo ein paar Monate vorher ausgestrahlt worden, hätte kein Hahn danach gekräht. Erst jetzt, wo sie damit drohen kann, wieder tausende Syrer über die Ägäis zu schicken, fühlt sich Seine Majestät in Ankara beleidigt. Es ist damit zu rechnen, dass sie jede weitere Gelegenheit nutzen wird, damit Europas Politiker vor ihr – fast hätte ich gesagt „zu Kreuze“ – zum Halbmond kriechen.

Also, psst!, kein Wort mehr über Erdogan. Es herrscht Satireverbot. Jenseits des Bosporus macht man sich einen Spaß daraus, die freie Meinungsäußerung in Europa ähnlich zu kontrollieren wie im eigenen Land, wo regierungskritische Autoren und Journalisten verfolgt werden. Und – Achtung, Satire-Meinung!: In eine tolle Zukunft hat uns Merkels EU-Politik geritten. Dafür sei Dank an die Satiriker, die uns das ungewollt vor Augen geführt haben.

Frei gedacht



Unsere Hände sind leer

Von Eva Herman

Vieles wird in diesen Tagen berichtet, was für die Menschen hierzulande unglaublich klingt. Als da wären: exorbitanter Kriminalitätszuwachs, Vergewaltigungsgefahren am helllichten Tage, terroristische Religionskrieger, die sich und andere Menschen in die Luft jagen. Verwirrt schauen viele auf diese historische Entwicklung, hoffend, dass der Spuk bald wieder aufhören möge. Denn das alles passt doch nicht in unsere Welt, die, nach zwei schrecklichen Kriegen im vergangenen Jahrhundert, endlich zur Ruhe gekommen schien. Doch die Hoffnung ist vergebens. Alle diese üblen Erscheinungen, die unser Leben zunehmend belasten, werden uns erhalten bleiben, sie werden sich sogar weiter zuspitzen. Es wird keinen Ausweg mehr geben, außer, es geschieht ein Wunder.

Es ist eine Menge Post, die mich derzeit erreicht. Die Menschen haben Angst: „Was sollen wir tun? Warum unternehmen Sie denn nichts? Warum gründen Sie keine Partei? Wieso gehen Sie nicht mit uns auf die Straße? Es muss doch endlich etwas geschehen, so kann es nicht weitergehen. Sie, Frau Herman und Ihre Mitstreiter, wo sind Sie jetzt?“ Wie gerne würden wir den Menschen Mut machen, doch womit? Die Hände sind leer.

Ich erinnere mich, 2006, als mein Buch „Das Eva-Prinzip“ veröffentlicht wurde. In den Talkshows wies ich stets darauf hin, dass wir in Deutschland, in Europa aussterben werden, wenn nicht eine radikale Systemveränderung, ein Sinneswandel einträte. Die Frauen hatten sich zunehmend von eigenen Kinderwünschen abgewendet, die Männer folgten stumm. Nun war die moderne Frau mit den Lokkungen der Unabhängigkeit beschäftigt, mit vermeintlichem Karrierestreben. Es waren meist die Privilegierten in Medien und Öffentlichkeit, die den Ton angaben. Ja, sie, die Gutverdienenden, die ihre Stimme laut erheben konnten in den dressierten Medien, sie waren tatsächlich bevorzugt, hatten nur wenig mit der Masse zu tun, wo sich die meisten Frauen abmühen mussten, all die feministischen Forderungen ins alltägliche Leben umzusetzen. Nein, letztere hatten natürlich keine Chance, da ja auch die Gesetzeslage sich gegen sie verschwor, von Jahr zu Jahr mehr. Da war keine Lücke mehr, wodurch der Partner hätte schlüpfen können, um am Ende des Monats genügend Geld für die kleine Familie übrig zu haben. Nein, die Frau musste mit in die Erwerbstätigkeit, während der spärliche Nachwuchs in Masseaufbewahrungsanstalten verlagert wurde. Die Gesellschaft veränderte sich, die kleinste Gemeinschaft, der Familienkern, zerfiel. Deutschland hat nach wie vor die niedrigste Geburtenrate der Welt.

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Wenn heute Massen von Einwanderern unser Land fluten, unsere Sozialsysteme zum Erliegen bringen, unsere übriggebliebene Menschengemeinschaft täglich aufs Neue erschüttern, wenn das Fremde hier einzieht und sich immer mehr Raum nimmt, dann stehen wir also jetzt ratlos da, weil wir dem nichts entgegenzusetzen haben. Was sollen wir tun? Oder: Frau Herman, warum tun Sie und Ihre Mitstreiter nichts?

Die Vereinten Nationen hatten Anfang 2000 ihre Pläne für Europa veröffentlicht. Salopp gesagt, heißt es da: Europa stirbt aus, Deutschland stirbt aus. Damit die Wirtschaft nicht zusammenbricht, damit die Gesellschaft bestehen bleiben kann, braucht Europa, braucht Deutschland den Zuzug von Migranten. Letztes Jahr kamen mehrere Millionen Fremder in unser Land, offiziell zwei, inoffiziell über fünf Millionen. Über 50 Prozent von ihnen sind Analphabeten. Welch ein Plan. Die Kriminalitätsrate steigt nun von Tag zu Tag. Täglich kommen weitere tausende. Und während man versucht, die Zahlen herunterzureden wegen irgendwelcher Schein-Abkommen, weiß doch auch schon der Bundesinnenminister, dass in diesem Jahr viel mehr Fremde kommen werden, als offiziell angegeben.

Wir haben uns die Suppe selbst eingebrockt. Womöglich hätten wir vor zehn Jahren noch etwas ändern können, aber sicher ist das auch nicht. Sehen wir uns um: Wir sind tatsächlich keine Gesellschaft des Lebens mehr, sondern wir haben uns freiwillig zum Sterben entschieden. Als wir vor zehn Jahren über den angeblichen Nutzen der Emanzipation diskutierten, ging eine tiefe Kluft durchs Land: Da waren viele, die Mehrheit im Volk, die verstanden hatten, was falsch lief. Viele Frauen realisierten, dass sie vom Feminismus in eine üble Falle gelockt worden waren. Sie überlegten, wie sie sich daraus befreien konnten. Doch diese Freiheit hatten sie nicht mehr: Die Medienkraken warfen sich über sie und gaben den Ton an. Sie verurteilten diese Frauen als faul und unmodern. Wer sich diesem Sturm entgegenzustellen wagte, wurde mundtot gemacht. Es ging weiter mit Deutschland bergab, noch weniger Kinder erblickten das Licht der Welt. Und heute: Viele Menschen spüren längst, dass das, was hier derzeit unser Land dramatisch verändert, in den sicheren Tod von Kultur und Identität führen wird. Manche wagen, dagegen noch aufzubegehren, doch die meisten schweigen. Sie mussten lernen, dass sie nicht angehört werden, sondern, im Gegenteil, dass sie angefeindet und vernichtet werden, sobald sie ihre Stimme gegen den Strom erheben.

In den letzten Tagen gaben die deutschen Massenmedien bekannt, der Verfassungsschutz sei „ganz erstaunt“. Die Sicherheitslage hierzulande sei extrem gefährdet, so Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen: Deutschland stehe im Visier des Islamischen Staats. Seine Behörde habe die Terrormiliz falsch eingeschätzt, verkündete Maaßen. So habe man es zunächst für unwahrscheinlich gehalten, dass der IS den Flüchtlingsstrom nutzen werde, um Anhänger nach Deutschland zu bringen: „Wir dachten, das Risiko sei schlichtweg viel zu hoch. Mittlerweile wissen wir: Was den IS angeht, müssen wir eben auch dazulernen.“

Gleichzeitig warnte der höchste Beamte des Verfassungsschutzes erneut vor möglichen Attentaten in Deutschland. „Der IS will auch Anschläge gegen Deutschland und deutsche Interessen durchführen“, sagte er: „Deutsche Städte werden in einem Zusammenhang mit anderen Metropolen wie Paris, Brüssel oder London genannt.“ Die Sicherheitslage sei sehr ernst. Ein großes Problem sei zudem, dass etwa 70 Prozent der einreisenden Flüchtlinge keine gültigen Pässe vorlegten. Sie würden nur aufgrund ihrer eigenen Angaben registriert. In Worten: 70 Prozent! „Ich habe die Sorge, dass wir und unsere Partnerdienste in unseren Datenbanken zwar Informationen über gefährliche Personen gespeichert haben. Uns könnte jedoch entgangen sein, dass sie bereits bei uns sind, weil sie mit falschen Identitäten einreisten.“

Als ich im Sommer 2015 auf genau diese Terrorgefahren durch die Fremdlinge hingewiesen hatte, wurde mein Essay in den Massenmedien verrissen als „Verschwörungslektüre“. Neueste Nachricht des Entwicklungshilfeministers: 200000 Afrikaner warten in Libyen auf ihre Überfahrt nach Europa. Doch diese Schätzungen fegt Innenminister Thomas de Maizière vom Tisch: „Ich teile diese Schätzungen nicht, ich halte sie für zu niedrig.“ Vor allem in Subsahara-Afrika gebe es noch viel mehr „Menschen, die sich mit dem Gedanken tragen, nach Europa zu kommen“.

Europa heißt in diesem Fall Deutschland. Wir haben der Entwicklung nichts entgegenzusetzen. Denn unsere Hände sind leer.

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Kraft des Metaphysischen

Die Kunst der Irritation – Große Ausstellung mit Werken Giorgio de Chiricos in Stuttgart

Geheimnisvolle Objekte, merkwürdige Schneiderpuppen und verstörende Schatten: Die Bildwelt Giorgio de Chiricos sorgt für Verwunderung und Irritation. Seine erstaunlichsten Gemälde schuf er zwischen 1915 und 1918. Niemals zuvor waren diese in so großer Zahl versammelt wie nun in der Schau „Giorgio de Chirico – Magie der Moderne" der Staatsgalerie Stuttgart.

Mit seinen Werken übte der in Griechenland geborene Italiener enormen Einfluss auf das Schaffen von Künstlern des Dadaismus, Surrealismus und der Neuen Sachlichkeit aus. Das veranschaulicht die Ausstellung mit 100 Bildern und Objekten. Die Mehrzahl der Arbeiten stammt von de Chirico. Hinzu treten Werke von Carlo Carrà, Salvador Dalí, Max Ernst, Oskar Schlemmer und 14 weiteren Künstlern.

Giorgio kam 1888 als Sohn des Eisenbahningenieurs Evaristo de Chirico zur Welt. Ein Jahr nach dem Tod des Vaters 1905 nahm der von Mutter Gemma und Bruder Alberto begleitete Giorgio in München das Studium der Malerei an der Königlichen Akademie der Bildenden Künste auf. Das rastlose Trio zog weiter nach Mailand, dann nach Florenz und 1911 auf Initiative Albertos, der sich unter dem Pseudonym Savinio als Musiker und Schriftsteller hervortat, nach Paris.

Als Italien 1915 in den Ersten Weltkrieg eintrat, meldeten sich die Deserteure Giorgio und Alberto bei der Armee zurück. Sie wurden in der kleinen oberitalienischen Stadt Ferrara stationiert, wo dem mit Schreibtätigkeiten betrauten Giorgio ausreichend Zeit blieb, seine Malerei zu vervollkommnen. Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs lebte de Chirico zunächst in Rom, später in Paris, New York und von 1944 bis zum Tod 1978 wieder in Rom. Der zweimal verheiratete Künstler wechselte mehrfach die Malweise und kam zudem immer wieder mit Kopien und Variationen auf die Bilderfindungen seiner Ferrareser Glanzzeit zurück.

Dieser das Geheimnisvolle und Beunruhigende der Welt beschwörenden Kunst gab de Chirico den Namen „Metaphysische Malerei". In ihr ist die Alltagslogik außer Kraft gesetzt. Bild gewordene Visionen sollen das den Sinnen verborgene Leben der Dinge offenbaren. Obendrein beflügeln die Namen der Gemälde die Fantasie. Das Zusammentreffen des Castello Estense mit einem schlaff herabhängenden Lederhandschuh und Garnspulen trägt den Titel „Die Pläne eines jungen Mädchens" (1915). Im Gemälde „Die Sprache eines Kindes" (1916) stellt sich der Eindruck ein, das im Bildzentrum dargestellte X-förmige Brot sei in Wirklichkeit ein kopfloses Wesen, breitbeinig und mit erhobenen Armen.

Noch eigentümlicher ist das Leben, das sich in „Der Wiedergänger" (1917/1918) regt. Unser Blick fällt in ein Atelier. Eine Gliederpuppe, der Kopf und Arme fehlen, sitzt auf einem Schemel. Vor dem steht ein niedriger Sockel, auf den sich der rechte Fuß und das linke Knie des Torsos stützen. Als kniete er bequem vor seiner Angebeteten nieder, die für uns freilich unsichtbar bleibt. Neben dem verliebten Torso steht ein Mann, von dem man nicht weiß, ob er in Versteinerung begriffen ist – oder ob es sich um eine Statue handelt, die gerade zum Leben erwacht.

Insbesondere de Chiricos merkwürdig lebendig erscheinende Steinskulpturen sowie Gliederund Schneiderpuppen fanden in abgewandelter Form Aufnahme in die Bildwelten anderer Künstler. Bei René Magritte etwa ist aus ihnen im Gemälde „Die schwierige Überfahrt" (1926) ein gedrechseltes Tischbein geworden. Es ist in einem nur scheinbar Geborgenheit vermittelnden Raum aufgestellt, dessen Rückwand entfernt wurde. Das einäugige Tischbein starrt gebannt auf das sich so offenbarende Weltuntergangsszenario mit Gewitter, Sturmflut und zwei Segelschiffen in Seenot.



Rätselhaftes Werk: „Der große Metaphysiker", 1917

Bedrückende Stille herrscht hingegen in der von George Grosz gemalten „Konstruktion" (1920). Vor geometrischer Büro- und Fabrikarchitektur ist eine Art gesichtslose Schneiderpuppe ohne Unterleib auf einem quadratischen Brett abgestellt und präsentiert verstümmelte Arme. Dieser „halbe Mensch" steht für die Not und Isolation der verkrüppelt aus dem Weltkrieg zurückgekehrten Soldaten.

Ebenso bezieht sich eines der stärksten Werke de Chiricos auf den Weltkrieg. Der Titel „Hektor und Andromache" (1917) beschwört den von Homer besungenen Abschied des griechischen Heerführers von seiner Gemahlin herauf, bevor er in den Trojanischen Krieg zieht. Unzählige Male haben sich solche Abschiedsszenen vor dem Aufbruch von Soldaten an die Front wiederholt. De Chirico setzt ihnen ein anrührendes Denkmal, indem er zwei Schneiderpuppen auf einer am Abgrund stehenden Bühne präsentiert. Zärtlich schmiegen sie die Köpfe aneinander. Nie zuvor haben Gliederpuppen so offen ihre Gefühle gezeigt. Sowohl dieses Gemälde als auch de Chiricos „Großer Metaphysiker" (1917) wurden in der Kunstzeitschrift „Valori Plastici" abgedruckt und inspirierten so das Schaffen zahlreicher Künstler.

„Der große Metaphysiker" ist vermutlich als Denkmal zu verstehen, das sich Giorgio de Chirico selbst gesetzt hat. Auf einem von altertümlicher Architektur gesäumten Platz geben sich Licht und Schatten ein widersprüchliches Stelldichein. Im Vordergrund ragt das alles andere als standfest wirkende „Denkmal" auf. Es ist aus hochkant stehenden hölzernen Kisten, Linealen und Zeichendreiecken aufgetürmt. Obenauf sitzt eine weiße Büste. Sie kehrt uns den Hinterkopf zu und ist somit auf eine Gestalt orientiert, die am hinteren Ende des Platzes in der Sonne steht. Diese mysteriöse Erscheinung ist in eine Kutte gehüllt und hat die Kapuze über das im Schatten liegende Haupt gezogen. Steht da etwa Gevatter Tod? *Veit-Mario Thiede*

Bis 3. Juli in der Staatsgalerie Stuttgart, Konrad-Adenauer-Straße 30–32, geöffnet Dienstag bis Sonntag 10 bis 18 Uhr, Donnerstag bis 20 Uhr. Telefon (0711) 470400, Eintritt: 12 Euro. Der Katalog aus dem Sandstein Verlag kostet im Museum 29,90 Euro. www.dechirico-staatsgalerie.de

MELDUNGEN

Großes Kino mit Hans Zimmer

Berlin – Er ist Hollywoods begehrtester Filmmusikschreiber: Der Deutsche Hans Zimmer hat über 100 Filmmusiken geschrieben, so für „Rain Man", „Miss Daisy und ihr Chauffeur" oder „Fluch der Karibik". Jetzt präsentiert der Oscar-Gewinner selbst seine Filmmusik live auf der Bühne großer Veranstaltungsarenen und -hallen mit einem Orchester, bestehend aus 70 Musikern. Die Deutschland-Tour, bei der der Meister selbst am Keyboard und an der Gitarre spielt, startet am 16. April in Mannheim. Es folgen: Hamburg (18.4.), Berlin (20.4.), Oberhausen (22.4.) und München (26.4.). Tickets gibt es im Internet unter www.eventim.de *tws*

Ein Museum für den Film-Tramp

Corsier-sur-Vevey – Vom 16. April an steht allen Besuchern ein Museum offen, das einem der größten Filmkomiker aller Zeiten gewidmet ist: Charlie Chaplin. In der am Genfer See gelegenen Schweizer Gemeinde Corsier-sur-Vevey, wo Chaplin die letzten 25 Jahre seines Lebens verbracht hat, wird auf dem Landsitz des Filmstars dessen Leben und Wirken vorgestellt. Die offizielle Einweihung der „Chaplin's World By Grévin" getauften Ausstellung findet anlässlich des 127. Geburtstags des Filmgenies am 16. April statt. Besuchern steht das Museum täglich von 10 bis 18 Uhr offen. Der Eintritt beträgt 23 Schweizer Franken. Das Museum ist Teil der Marke „Grévin", die in Frankreich durch Freizeitparks und ein Pariser Wachsfigurenkabinett bekannt ist. Infos unter: www.chaplinsworld.com *tws*

Vorzeige-Gouvernante

»Jane Eyre«-Autorin Charlotte Brontë kam vor 200 Jahren zur Welt

Eines der wertvollsten Bilder der Londoner National Portrait Gallery ist auch eines der grobschlächtigsten. Es zeigt drei blasse Frauen, in deren Mitte eine geisterhafte Kontur durchschimmert. Es ist der Maler selbst, der sich recht unbeholfen nachträglich aus dem Bild getilgt hat. Bei dem Maler handelt es sich um Branwell Brontë, einem talentierten Anfänger, der mit dem Bildnis seiner drei Schwestern Anne, Emily und Charlotte das wohl berühmteste Gruppenporträt Englands geschaffen hat. Die Vorstellung, die sich bis heute von den drei „taubengrauen Schwestern" (Arno Schmidt) erhalten hat, ist diesem Bild zu verdanken.

Ganz rechts wacht mit gouvernantenhafter Strenge eine pausbäckige Charlotte Brontë über ihre beiden jüngeren Schwestern. Sie ähnelt schon äußerlich ihrer berühmtesten Romanfigur Jane Eyre, die es in dem gleichnamigen Roman zur bekanntesten Gouvernante der Literaturgeschichte gebracht hat. In den gut zwei Dutzend Verfilmungen, die dieser Roman erlebt hat, verkörperten unter anderem Joan Fontaine, Susannah York, Charlotte Gainsbourg und Samantha Morton dieses unscheinbare Aschenputtel, das sich in einen reichen Schlossbesitzer mit dunkler Vergangenheit verliebt. Die jüngste Adaption von 2011 mit Mia Wasikowska und Michael Fassbender zeigt Arte am 20. April um 20.15 Uhr.

In der Figur der Jane Eyre steckt viel von Charlotte selbst. Die vor 200 Jahren, am 21. April 1816, geborene Pfarrerstochter, hatte wie ihre Schwestern Träume, von denen klar war, dass sie diese als Frau aufgrund ihrer ärmlichen Herkunft in ihrer Heimat, der abgelegenen moorreichen Provinz von Yorkshire, in jener Zeit nicht verwirklichen konnten. Ihre Träume lebten die Geschwister in der Fantasiewelt von „Angria & Gondal" aus. Mit mehr als 2000 in winziger Schrift verfassten Seiten malten sie sich in Abenteuererzählungen und Gedichten ihr Idealreich aus. Es war zugleich eine ideale Fingerübung, die zu einer Art Wettbewerb unter den Schwestern führte. Die drei schrieben Romane, die sie unter den männlichen Pseudonymen Currer, Ellis und Acton Bell gleichzeitig im Jahr 1847 veröffentlichten: Anne, die jüngste, schrieb „Agnes Grey", Emily ihr einziges und das wohl bekannteste Werk der Brontë-Schwestern, „Sturmhöhe" („Wuthering Heights"), und Charlotte den Liebes-Klassiker „Jane Eyre".



Berühmtes Porträt: Die Brontë-Schwestern

Später legte Charlotte thematisch nach, schrieb den Sozialroman „Shirley" und verarbeitete in „Villette" ihre unerfüllte Liebe zum Direktor eines Brüsseler Internats, wo sie und Emily kurze Zeit unterrichteten.

Ähnlich wie ihre Romanfiguren fand auch Charlotte noch ihren Märchenprinzen – wenn auch nur für kurze Zeit. 1854 heiratete sie einen irischen Geistlichen, starb aber bereits am Karsonnabend des Jahres 1855 im Alter von 38 Jahren mitten in der Schwangerschaft an Tuberkulose. Die Krankheit hatte lange zuvor schon sämtliche anderen Geschwister dahingerafft. Patrick Brontë, der aus Irland stammende früh verwitwete Vater, überlebte alle seine Kinder. *Harald Tews*

Zum Jubiläum sind zwei neue gebundene „Jane Eyre"-Ausgaben im Manesse (608 Seiten, 26,95 Euro) und im Insel Verlag (652 Seiten, 29,95 Euro) erschienen.

Takt der Versöhnung

Wundergeiger mit Faible für Deutschland – Yehudi Menuhin

Nachdem er 1929 den jungen Yehudi Menuhin in einem später legendär gewordenen Konzert in Berlin gehört hatte, rief Albert Einstein aus: „Jetzt weiß ich, dass es einen Gott im Himmel gibt!" Der Geiger hatte gerade eine Leistung vollbracht, die jeden Kollegen an den Rand seiner Kräfte gebracht hätte: Er hatte die Violinkonzerte von Beethoven und Brahms und ein Konzert von Bach an einem Abend gespielt – zehn Tage vor seinem 13. Geburtstag. Bereits zwei Jahre zuvor hatte er Weltruhm mit Beethovens Violinkonzert in der New Yorker Carnegie Hall erlangt.

Dabei war der am 22. April 1916 in New York als Sohn russischjüdischer Einwanderer geborene Menuhin niemals ein Wunderkind im konventionellen Sinn, sondern, wie er selbst es sagte, ein Geiger, der zufällig ein Kind war. Die Reife und Einsicht, mit der er schon früh die großen Werke des Repertoires spielte, hatte die wichtigsten Dirigenten seiner Zeit überzeugt und Kritiker auf beiden Seiten des Atlantiks fasziniert.

Über die nächsten Jahrzehnte vertiefte sich Menuhins musikalische Gabe noch, nicht zuletzt durch die Einwirkung seiner großen Lehrer, und als er während des Zweiten Weltkrieges ausgedehnte Tourneen für die alliierten Truppen machte und insgesamt 500 Konzerte unter oft erbärmlichen Bedingungen spielte, schien er der unanfechtbare Liebling der Götter zu sein. Eine Geste der Versöhnung nach dem Krieg, ein Konzert in Berlin mit Wilhelm Furtwängler im Jahr 1947, als erster Jude mit einem als Kollaborateur angesehenen Dirigenten, brachte Menuhin für kurze Zeit in den Mittelpunkt einer Kontroverse besonders in jüdischen Kreisen, aber seine Integrität wurde schließlich allgemein anerkannt.



Wäre am 22. April 100 geworden: Yehudi Menuhin

In den 60er Jahren trat Menuhin – seit 1985 britischer Staatsbürger und zum Ritter geschlagen – verstärkt als Dirigent auf, leitete Festivals im englischen Bath und Windsor und gründete in Gstaad (Schweiz) ein Festival seines Namens. Doch seine künstlerische Entwicklung wurde auch von schweren Krisen erschüttert, aus denen ihm vor allem die Begegnung mit Yoga half. Er öffnete sich für außereuropäische Komponisten und überwand mit dem indischen Raga-Meister Ravi Shankar die Grenzen zwischen westlichen und östlichen Musiktraditionen.

Seine Beschäftigung mit verschiedenen musikalischen und insbesondere pädagogischen Projekten brachte ihm zahlreiche Auszeichnungen, unter anderem den höchsten deutschen Orden, das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik. Königin Elizabeth II. erhob ihn zum Lord und die Unesco ernannte ihn 1992 zum „Goodwill"-Botschafter. Als Philanthrop kämpfte Menuhin zudem für die Menschenrechte in der UdSSR und in China. Er starb während einer Deutschlandtournee am 12. März 1999 in Berlin im Alter von 82 Jahren an einer Lungenentzündung. *Andreas Guballa*

Zum Jahrestag ist die „Menuhin-Edition" mit 80 CDs, 11 DVDs und einem Buch erschienen (HMV/EMI). Stargeiger Daniel Hope hat die CD „My Tribute to Yehudi Menuhin" herausgebracht. Deutschlandfunk sendet am 23. April ab 23.05 Uhr „Die Lange Nacht zum 100. Geburtstag von Yehudi Menuhin".

War es wirklich eine *Zwangs*vereinigung?

Vor 70 Jahren schlossen sich die SPD und die KPD zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammen

Das Wort „Zwangsvereinigung" war ein vom damaligen SPD-Vorsitzenden West-Deutschlands Kurt Schumacher geprägter Kampfbegriff, der bis heute suggeriert, dass die damalige Vereinigung von SPD und KPD in der Ostzone lediglich durch massiven Druck und Brachialgewalt erfolgt sei. Aber wie viel Zwang steckt wirklich in der Vereinigung? Sogar laut dem Kurt-Schumacher-Kreis innerhalb der SPD werde dies „der bitteren Wahrheit nicht gerecht". Wolfgang Leonhard, ein sehr wichtiger Zeitzeuge, wollte diese Formulierung abschwächen, während der bekannte DDR-Forscher Professor Manfred Wilke sie sogar als „unzureichend" gewertet hat. Auch Walter Romberg, letzter Finanzminister der DDR (SPD), sprach sich gegen den Begriff aus.



Bild: akg

Alles nur gespielt? Der SPD- drückt dem KPD-Vorsitzenden die Hand auf dem Vereinigungsparteitag im Berliner Admiralspalast

Der Gründungsaufruf der Ost-SPD vom 15. Juni 1945 strebte die „organisierte Einheit der deutschen Arbeiterklasse" an; etliche führende Funktionäre nahmen Verbindung zu Walter Ulbricht auf, der mit dem Hinweis ablehnte, die Zeit dafür sei „noch nicht gekommen". Im Spätherbst 1945 indes trat die KPD-Führung für eine schnelle Einheit ein – wahrscheinlich um ähnliche Schlappen wie bei den Wahlen in Ungarn und Österreich zu vermeiden. Große Teile der Ostzonen-SPD, etwa Friedrich Ebert und Carl Moltmann vom SPD-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern, drängten sehr auf einen Zusammen-



Kurt Schumacher

schluss mit der KPD. In Sachsen betonte die Partei-Führung „das Ziel der Einheitspartei": „Wir als SPD müssen die Initiative zur Behandlung dieser Frage ergreifen."

Dass die sowjetische Besatzungsmacht den Zusammenschluss anstrebte, ist unstrittig. Die Behauptung aber, es seien „hunderte" Sozialdemokraten damals verhaftet worden, die sich gegen die Vereinigung sträubten, ist übertrieben: Das 1994 von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn herausgegebene Standardwerk von Dieter Rieke „Sozialdemokraten als Opfer im Kampf gegen die rote Diktatur" kann nur eine einzige Verhaftung 1945 nennen, für 1946 allerdings elf. Dass später Tausende Sozialdemokraten via Bautzen verschwanden, ist Tatsache; Ursache war aber nicht ihr Widerstand gegen den Zusammenschluss, sie waren Opfer der viel späteren „Säuberungskampagnen" der SED.



Bild: Bundesarchiv, Bild 183-15630-0026 / Quaschinsky, Hans-Günter / CC-BY-SA 3.0

Max Fechner Bild: xyz

Vergessen war, dass vor 1933 die Kommunisten die SPD als ihren Hauptfeind behandelten – nicht etwa die NSDAP – und diese als „Sozialfaschisten" beschimpfte. Nach 1918 lehnte die KPD echten Parlamentarismus wie die SPD ab, sie wollte die Macht durch revolutionären Umsturz und die „Diktatur des Proletariats". Das nunmehrige Motiv der SPD zur Verbrüderung mit der KPD dürfte primär ihre zahlenmäßige Überlegenheit gewesen sein, woraus sie ihre Überlegenheit ableiten zu können glaubte – verbunden mit der Illusion, eine freie, selbstständige Politik betreiben zu können. Am Vorabend des Zusammenschlusses zählte die Ostzonen-SPD rund 681 000 Mitglieder, die KPD hingegen nur 600 000. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielte die Korrumpierung durch die Sowjets: Als der Vorsitzende des Zentralausschusses der SPD, Otto Grotewohl, nach erfolgter Scheidung seine Sekretärin heiratete, war deren Funktion in der NS-Zeit ein Ansatzpunkt für die Russen. Max Fechner erhielt von der Sowjetischen Militäradministration einen BMW – in damaliger Zeit eine seltene Kostbarkeit – „als persönliches Geschenk". Dem SPD-Vorsitzenden Thüringens schob die Sowjet-Geheimpolizei eine sehr attraktive Sekretärin zu, die sehr großen politischen Einfluss auf ihn hatte. Auch Friedrich Ebert wurde korrumpiert durch ein schönes Haus nebst Auto. Moltmann erhielt sogar ein landwirtschaftliches Gut. Die untere SPD-Funktionärsebene drängte die Besatzungsmacht auf Verwaltungsposten und hofierte und korrumpierte sie zugleich. Andere erhielten von den Sowjets für ihre sofortige Zustimmung zur Einheit mit der KPD „Panjoks", große Lebensmittelpakete, die für die Begünstigten das Schlaraffenland bedeuteten. Selbst das Schicksal von Söhnen in sowjetischer Kriegsgefangenschaft wurde nicht nur einmal eingesetzt, wie beim Sohn des SPD-Spitzenfunktionärs Erich Walter Gniffke, der mit einem Sonderflugzeug nach Deutschland zurückkehren durfte, was zu einer – wenn auch unausgesprochenen – Dankesschuld seitens des Vaters führte.



Otto Grotewohl

Kritikern wurde oft von eigenen Funktionären das Wort entzogen. Es gab Vorladungen bei der Besatzungsmacht. Doch war es die ostzonale SPD selber, die gegen einheitsablehnende Mitglieder vorging und diese als „Spalter" diffamierte. Das im Zusammenhang mit der Frage der Freiwilligkeit der Vereinigung oft zu hörende Argument, es habe damals nie eine Abstimmung über die Vereinigung gegeben, trifft zu; diese wurde aber nicht nur von der Besatzungsmacht verhindert, sondern ebenso – was durchweg verschwiegen wird – von der eigenen SPD-Führung. Moltmann fiel dem noch etwas zögernden Grotewohl in den Rücken und drohte, den sofortigen Zusammenschluss in Mecklenburg herbeizuführen. Dass diesem Einpeitscher der angeblich total unfreiwilligen Fusion noch heute im seit über 25 Jahren SPD-regierten Schwerin eine Straße gewidmet ist, erscheint mehr als komisch. War es doch nach einem sozialdemokratischen Zeitzeugen „die SPD-Führung in Mecklenburg, die den kommunistischen Vorstellungen am weitesten entgegenkam". Nach 1989 fragte ein SPD-Historiker in einer Broschüre fast entschuldigend: „... war es das Unvermögen, die tiefen Zusammenhänge zu sehen oder der Glaube an die Kraft der Sozialdemokraten aus nostalgischer Sicht?" Man müsse ihnen das Recht auf Irrtum zubilligen. Wenn die Vereinigung zur SED unter Zwang und gegen den Willen der SPD-Mitglieder erfolgte, hätten diese bei den zonalen Landtagswahlen 1946 folgerichtig ihren angeblichen Widerstand durch eine Stimmabgabe zugunsten der bürgerlichen Parteien dokumentieren können; stattdessen entschieden sie sich nach der Broschüre „mit Mehrheit für die SED". Von den fünf SPD-Landesparteitagen in der Sowjetzone beschlossen vier die organisatorische Einheit mit der KPD einstimmig, lediglich in Sachsen gab es eine Gegenstimme. Angesichts der allgemeinen Hochstimmung auf diesen Parteitagen war, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" später einmal schrieb, „wenig davon zu spüren, dass hier angeblich vergrämte Sozialdemokraten mit Macht in die Arme der Kommunisten getrieben wurden". Der dann folgende Zonen-Parteitag der Sozialdemokraten nahm einstimmig die Grundsätze und Ziele der geplanten SED an.



Carl Moltmann

Auf dem SED-Gründungsparteitag am 21. und 22. April 1946 im Admiralspalast in Ost-Berlin erfolgte der Fusions-Beschluss ebenfalls einstimmig; es gab nicht einmal eine einzige Stimmenthaltung. Wolfgang Leonhard erinnert sich noch recht gut an die „echte, spontane Begeisterung unter den Delegierten".

Zur Unterstützung der These, die Verschmelzung mit der KPD in der Ostzone sei unter Zwang geschehen, wird von der SPD stets auf die Abstimmung im März 1946 in den Westsektoren Berlins hingewiesen: Hier hätten 82,8 Prozent aller abstimmenden Berliner SPD-Mitglieder gegen die Vereinigung mit der KPD gestimmt. Das ist eine Geschichtsverfälschung. Wohl votierten gegen die erste Frage der Abstimmung („Bist Du für den sofortigen Zusammenschluss beider Arbeiterparteien?") über 82 Prozent. Für die zweite erhobene Frage („Bist Du für das Bündnis beider Parteien, welche gemeinsame Arbeit sichert und den Bruderkampf ausschließt?") stimmten aber immerhin 62,1 Prozent – was indes stets verschwiegen wird. Lediglich 5559 Stimmten und damit 23,4 Prozent lehnten jede Verbindung mit den Kommunisten ab. Damit traten selbst im freien Teil Berlins mehr als drei Viertel der SPD-Mitglieder für ein Zusammengehen mit der KPD ein.

Willy Brandt selber hat zugegeben, „dass große Teile der alten Arbeiterbewegung von der Sehnsucht erfasst waren, die im Ersten Weltkrieg zerbrochene ‚Einheit' könnte sich vielleicht doch wieder herstellen lassen mit dem Ergebnis, dass die große Mehrheit durchaus für ‚Zusammenarbeit' votierte".

Wenn es in der sowjetischen Zone wirklich eine Vereinigung nur unter Druck und Zwang gegeben hätte, wäre logischerweise die SPD im freien Westteil Deutschlands geschlossen gegen eine solche Fusion gewesen. Doch schon die Tatsache, dass alle West-Delegierten auf jenem Vereinigungs-Parteitag dem Zusammenschluss zustimmten, deutet auf einen nicht geringen Wunsch nach der Einheit mit der KPD hin. Fritz Heine, langjähriges SPD-Vorstandsmitglied in West-Deutschland, kommt in seiner Schumacher-Biografie zu der Feststellung: „1946 war eine in ihrer Bedeutung schwer schätzbare Minderheit westdeutscher Sozialdemokraten für das ‚Zusammengehen der beiden Arbeiterparteien'." Der Politikwissenschaftler Konrad Löw zitiert in einem seiner Bücher einen Zeitzeugen. Ihm zufolge kam „es in nicht wenigen SPD-Bereichen des westlichen Deutschlands zu Sympathiekundgebungen für die SED". Ebenso muss jene Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung am Rhein eingestehen, „auch in den Westzonen trat der Gedanke der Einheitspartei auf Resonanz". Für eine Fusion traten damals die Sozialdemokraten besonders in Hamburg und in Frankfurt am Main ein; in Lübeck beteuerten sie: „Die von uns geschaffene Aktionseinheit mit unseren kommunistischen Brüdern lassen wir uns nicht zerschlagen." Gniffke behauptet in seinen Erinnerungen „Jahre mit Ulbricht" auf Seite 85, „dass nahezu 400 000 Westzonen-Bewohner sogleich eine Mitgliedschaft in der SED zu erwerben bereit waren". Die KPD zählte im Westen damals nur 160 000 Mitglieder. Das bedeutet, 240 000 Sozialdemokraten traten in freier Entscheidung für eine Vereinigung mit den Kommunisten ein.

All diese nachweisbaren Fakten verschwieg die bundesdeutsche SPD jahrelang, widersprachen sie doch ihrer These von der totalen Zwangsvereinigung. Während der

Erich Walter Gniffke

Entspannungspolitik und den folgenden äußerst engen Kontakten mit der SED war das Thema völlig tabu. Gleiches gilt ebenfalls für die etwa 1949 einsetzende, sehr aktive illegale Widerstandsarbeit des SPD-Ostbüros in West-Berlin gegen die SED, das dann sehr schnell jener Entspannungspolitik zum Opfer fiel – die politischen Häftlinge in Bautzen waren ohnehin vergessen. Jetzt, nach 70 Jahren des Zusammenschlusses der Ostzonen-SPD mit der KPD müsste die heutige Sozialdemokratische Partei Deutschlands eigentlich zu den damaligen Vorgängen dort und auch im Westen Stellung nehmen. Wird sie dabei die völlige Wahrheit sagen?

Friedrich-Wilhelm Schlomann

»Truppe schießt nicht auf Truppe«

Hans von Seeckt versuchte, die Reichswehr vom Zwist und Hader der Weimarer Zeit fernzuhalten

Die Reichswehr, der so gerne vorgeworfen wird, ein Staat im Staate gewesen zu sein, war primär sein Werk. Vor 150 Jahren, am 22. April 1866, kam Generaloberst Hans von Seeckt in Schleswig zur Welt.

In der maßgeblich durch Seeckt geformten Reichswehr lag der Anteil des Adels am Offizierskorps noch über dem in den Landstreitkräften des Kaiserreiches. Dieses ist gleich aus zwei Gründen bemerkenswert. Zum einen war die Reichswehr das Militär einer demokratischen Republik. Zum anderen war Seeckt zwar adelig sowie der Sohn und der Enkel eines Offiziers, er entstammte aber einer eher bürgerlichen Familie mit vielen Theologen und Kaufleuten.

Ähnlich wie sein Vorbild Helmuth von Moltke d. Ä., dem er 1931 die Biografie „Moltke, ein Vorbild“ widmete, war denn auch Seeckt kein sturer Kommisskopf, sondern durchaus intellektuell. Statt eine Kadettenanstalt zu besuchen, genoss er eine humanistische Ausbildung einschließlich Abitur an einem Gymnasium. Dank seiner vermögenden Ehefrau konnte er durch zahlreiche Reisen bis nach Nordafrika und Indien seinen Horizont zusätzlich erweitern. Auch als Offizier verkehrte er gerne mit Zivilisten. Mit dem Juristen und Politiker Walter Simons sowie dem Politiker und Diplomaten Wilhelm Solf bildete er sogar den Kern des sogenannten SeSiSo-Clubs. Der 1922 gegründete Kulturzirkel veranstaltete in regelmäßigen Abständen kulturelle Veranstaltungen für das liberale Bildungsbürgertum im Berliner Hotel Kaiserhof und hatte den Meinungsaustausch über Fragen der Zeit zum Ziel. Aus ihm ging der Solf-Kreis hervor, der im Dritten Reich Widerstand leistete. Außerdem gehörte Seeckt wie Solf der Deutschen Gesellschaft 1914 an, die einen pluralistischen Meinungsautausch im Geiste der Aufklärung und des Humanismus anstrebte. Seeckt fühlte sich also offenkundig wohl in einer zivilisierten Gesellschaft, die sich den Idealen von Weimar, denen die Weimarer Republik zumindest teilweise ihren Namen verdankte, verbunden fühlte.


Bild: akg

Ein Denker in Uniform: Generaloberst Hans von Seeckt

Vor diesem Hintergrund ist es umso bemerkenswerter, dass ausgerechnet unter seiner Führung das Offizierskorps einen starken Kastengeist entwickelte und das Militär zum sprichwörtlichen Staat im Staate wurde. Zu erklären ist dieses wohl weniger mit einer Ablehnung der pluralistischen Republik als mit der Sorge, dass der der Weimarer Republik eigene Zank und Hader in die Truppe Eingang finde. Diese versuchte er beisammen zu halten. Zwar war für Seeckt die Armee kein Selbstzweck, sondern hatte dem Staate zu dienen, doch dieser Staat fand in seinen Augen seinen Ausdruck nicht zuletzt in der Armee.

Vor diesem Hintergrund ist wohl auch das ihm zugeschriebenen Zitat „Truppe schießt nicht auf Truppe“ beziehungsweise „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr“ aus der Zeit des Kapp-Lüttwitz-Putsches zu sehen. Ihm zu unterstellen, er habe mit den Putschisten sympathisiert und nur eine Ausrede für Untätigkeit gesucht, wird seiner Motivlage wohl nicht gerecht. Ähnliches gilt für den Vorwurf der Befehlsverweigerung. So spricht Heinz Kürten in seinem Seeckt-Beitrag für die „Neue Deutsche Biographie“ von einem Rat, auf den Einsatz von Reichswehrverbänden gegen die auf Berlin marschierenden Truppenteile zu verzichten, mit dem Zusatz, „die Deutung dieses Rates als tatsächliche oder angedrohte Befehlsverweigerung lässt sich aus den Quellen nicht erhärten“.

Gegenüber Seeckts Bedeutung für die Reichswehr verblasst sein Wirken in der preußischen Armee während der Kaiserzeit. Nach dem Abitur begann seine Militärlaufbahn mit dem Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiment Nr. 1 gleich in einem der traditionsreichsten Regimenter der preußischen Armee. Die Generalstabsausbildung an der Kriegsakademie schloss er 1896 als einer der Besten seines Jahrganges ab. 1904 wurde er in den Generalstab versetzt. Im Weltkrieg leitete er nach mehrmonatigem Einsatz an der Westfront den Generalstab des legendären wie erfolgreichen Generalfeldmarschalls August von Mackensen. Für seine Stabsarbeit bei der Durchbruchsschlacht bei Gorlice-Tarnów im Mai 1915 erhielt er den Orden Pour le Mérite. Auf Veranlassung Mackensens wurde er noch im selben Jahr zum Generalmajor befördert. Nach Mackensens Feldzug gegen Serbien erhielt Seeckt auch noch das Eichenlaub zum Pour le Mérite. Dann trennten sich die Wege der beiden. Über eine Zwischenstation in den Reihen der Österreich-Ungarn landete er schließlich bei den Osmanen. 1917 wurde er in der Nachfolge von Friedrich Bronsart von Schellendorf Generalstabschef des türkischen Feldheeres, was er bis zum Kriegsende blieb.

> Die Reichswehr habe alleine dem Staate zu dienen, der seinerseits seinen wesentlichen Ausdruck in der Armee finde

Auch nach der Novemberrevolution diente er dem – nunmehr republikanischen – Staat. Selbstzerfleischung war ihm ein Gräuel, Ordnung ein Ideal, und so stellte er sich nun in den Dienst der neuen starken Männer in Berlin. Nachdem er die deutsche Friedensdelegation als deren oberster militärischer Sachverständiger nach Versailles begleitet hatte, wurde er 1919 wieder Stabschef, diesmal des Grenzschutzkommandos Nord in Königsberg. Seine Aufgabe war es, in Ostpreußen die Ordnung wieder herzustellen und nach innen wie außen zu verteidigen.

Bei der sich nun bildenden Reichswehr übernahm er die Rolle des Generalstabschefs. Da die Sieger des Ersten Weltkrieges jedoch einen solchen Generalstab verbaten, trug Seeckt den offiziellen Titel „Chef des Truppenamtes“. In dieser Funktion verhielt er sich während des Kapp-Lüttwitz-Putsches von 1920 neutral. In der Bundesrepublik, die sich ja durchaus in der Tradition der Weimarer Republik sieht, wird Seeckt gerne vorgeworfen, dass er während des Putsches die Truppe nicht der Regierung zur Verfügung gestellt habe. Der damaligen Regierung hingegen scheint es genügt zu haben, dass er die Putschisten nicht unterstützte. Jedenfalls rückte er nach dem Rücktritt Walther Reinhardts, der eine indirekte Folge des Putsches war, zum Chef der Heeresleitung auf.

Seeckt war nicht so elitär, dass er eine Wehrpflichtarmee abgelehnt hätte. Aber eine solche war dem Reich von seinen Bezwingern im Ersten Weltkrieg verboten, und so baute Seeckt nolens volens eine professionelle Elitetruppe auf.

Traditionell hatte der Soldat in Deutschland im Allgemeinen und in Preußen im Besonderen ein gutes Image. Anders als nach dem Zweiten hatte dieses Image nach dem Ersten noch nicht gelitten, war doch nach einhelliger Meinung das Heer im Felde unbesiegt geblieben. Ein Großteil der Bevölkerung hatte durch vorangegangene Wehrpflicht und Kriegsdienst eine militärische Grundausbildung und Kampferfahrung. Und die wirtschaftliche Lage war labil, während die Reichswehr einen sicheren Arbeitsplatz bot. Einer großen Zahl an Bewerbern standen im 100 000-Mann-Heer allerdings nur wenig Planstellen gegenüber. So konnte die Reichswehr sieben und es sich leisten, aus einer Vielzahl geeigneter Bewerber nur die Besten der Besten zu nehmen.

Das Ziel vor Augen, die Verteidigungsfähigkeit des deutschen Staates zu stärken, suchte Seeckt ganz pragmatisch und ideologiefrei bereits vor dem Vertrag von Rapallo die Zusammenarbeit mit Sowjetrussland bei der Umgehung der Fesseln von Versailles. 1926 wurde Seeckt von Reichskanzler Wilhelm Marx entlassen. Anlass war, dass er einem Hohenzollernprinzen die Teilnahme an einem Reichswehrmanöver erlaubt hatte.

Wie bei jedem deutschen Zeitgenossen des Dritten Reiches stellt sich auch bei Seeckt die Frage, wie er es mit dem Nationalsozialismus gehalten hat. Hinsichtlich Adolf Hitler, dem er im Weimarer Krisenjahr 1923 erstmals begegnete, wird er mit den Worten zitiert: „Im Ziel waren wir uns einig; nur in den Wegen dorthin unterschieden wir uns.“ Und nach seinem Tode wurde er durch ein Staatsbegräbnis im Beisein Hitlers geehrt. Nichtsdestotrotz bescheinigt ihm zumindest Hürten Distanz zum Nationalsozialismus. Dazu passt, dass Seeckt nach seiner Entlassung von 1930 bis 1932 für die rechtsliberale Deutsche Volkspartei im Reichstag saß, 1933 ein Buch mit dem Titel „Deutschland zwischen Ost und West“ veröffentlichte, in dem er die Notwendigkeit friedlicher Beziehungen zur Sowjetunion unterstrich, und ab 1933 bis zu seinem Tode am 27. Dezember 1936 dem prowestlichen Mao-Tse-tung-Gegenspieler Tschiang Kai Schek im fernen China als Militärberater zu Diensten war, statt am Ausbau der Reichswehr zur Wehrmacht mitzuarbeiten. *Manuel Ruoff*

Warum in Chiles Armee die Pickelhaube getragen wird

In den Streitkräften des Andenstaates werden preußisch-deutsche Traditionen gepflegt, die im Ursprungsland aufgegeben wurden

Junge Kadetten marschieren zu den zackigen Klängen einer Armeekapelle im perfekten Stechschritt an begeistert winkenden Menschenmassen vorbei. Ihre Beine in den makellosen weißen Hosen fliegen exakt 45 Grad in die Höhe. Danach folgen Reiter mit blauen Uniformen und Pickelhauben auf dem Kopf. Zu bewundern ist dieses Schauspiel nicht etwa in Berlin, die Zeiten sind vorbei, sondern in Santiago de Chile im geschichtsträchtigen Parque O'Higgins, wenn die Streitkräfte des Andenstaates alljährlich ihren traditionellen Ehrentag Día de las Glorias del Ejército begehen.

Nicht zuletzt in Lateinamerika hat das Heer Wilhelms I. durch seine bravourösen Leistungen in den deutschen Einigungskriegen großes Renommee erlangt. Das führte so weit, dass sich die Chilenen nach ihrem Sieg im blutigen Salpeterkrieg gegen Bolivien und Peru 1884 voller Stolz als die „Preußen Südamerikas“ bezeichneten. Doch waren während der zurückliegenden Kämpfe zahlreiche Defizite der chilenischen Armee zutage getreten, die einen massiven Reformbedarf signalisierten, so zum Beispiel beim Transport der Truppen und der Mechanisierung der Kriegführung. Deshalb versuchte die Armeespitze in Santiago de Chile mit tatkräftiger Unterstützung des Militärattachés in Berlin, Major Jorge Boonen Rivera, preußische Experten anzuwerben. Hieraus resultierte 1885 die Entsendung von Hauptmann Emil Körner, einem gebürtigen Sachsen, der 1866 in das 4. Artillerieregiment in Magdeburg eingetreten war und sich später unter anderem in der Sedanschlacht ausgezeichnet hatte. Dieses preußische Entgegenkommen war eine Folge des strategischen Interesses an guten Beziehungen zu Chile. Die Munitionsfabriken des Kaiserreichs benötigten die umfangreichen Salpeterlieferungen aus dem Andenstaat. Darüber hinaus galt es, dem auch nach dem Verlust Mexikos und des Deutsch-Französischen Krieges immer noch sehr starken Einfluss Frankreichs in Lateinamerika entgegenzuwirken.

> Preußens Heer erlangte großes Renommee durch Siege in den Einigungskriegen

Körner, Träger des Eisernen Kreuzes sowie Absolvent und vormaliger Dozent für Taktik, Militärgeschichte und Ballistik der preußischen Kriegsakademie, erarbeitete zunächst einen neuen Lehrplan für die chilenische Militärschule und initiierte dann 1887 die Gründung der Academia de Guerra del Ejército. Außerdem reformierte er die Dienstvorschriften und beschaffte moderne Waffen aus dem Ausland. Hierfür fand im März 1890 ein Wettschießen zwischen den Kanonen der Firmen de Bange aus Frankreich und Krupp statt, welches das deutsche Unternehmen haushoch gewann, woraus zahlreiche Aufträge resultierten. Auch andere deutsche Rüstungsfirmen machten damals glänzende Geschäfte, weil Körner eher zu viel als zu wenig Kriegsmaterial einkaufte, was in Chile nicht immer auf uneingeschränkte Begeisterung stieß. Trotzdem avancierte er bald zum Jefe de Estado Mayor, also Chef des Generalstabs (den er übrigens erst selbst schaffen musste), sowie schließlich 1900 zum Generalinspekteur der chilenischen Armee.

Bei seinem Wirken konnte sich Körner ab 1895 auf weitere Militärberater aus der Heimat stützen. Mit deren Hilfe gelang es ihm, das Heer seines Gastlandes in eine durchaus moderne schlagkräftige Truppe nach preußischem Vorbild zu verwandeln, die nicht nur dessen Ansehen im Inland verbesserte, sondern auch die außenpolitische Position Chiles nachhaltig stärkte. Dies wiederum weckte bei den Regierungen von Ecuador, Kolumbien, Venezuela und El Salvador den Wunsch, trotz akuten Geldmangels gleichfalls vom militärischen Erfahrungsschatz der Preußen zu profitieren. Deshalb verpflichteten sie chilenische Offiziere, die ihr neu erworbenes Wissen tatsächlich bereitwillig weitergaben.

> Auch der Wehrmachtshelm und das Feldgrau wurden übernommen

Im Zuge des Prozesses der sogenannten „Prusianización“ (Prussifizierung) der chilenischen Streitkräfte erfolgte im Jahre 1900 eine komplette Umstellung der Uniformierung: Danach glichen die Soldaten des Andenstaates denen des preußischen Heeres wie ein Ei dem anderen – bis hin zur Pickelhaube. Und die Offiziere präsentierten stolz ihre Kaiser-Wilhelm-Bärte und Monokel!

Die tiefgreifenden Veränderungen innerhalb der Armee Chiles spiegelten sich bald ebenso in den feierlichen Paraden nach preußischem Muster wieder, von denen die ersten 1896 im Parque Cousiño abgehalten wurden und deren Prozedere bis heute keine nennenswerten Veränderungen erfahren hat.

Infolge der zunehmenden Professionalisierung des chilenischen Militärs stieg dessen gesellschaftliches Ansehen so sehr, dass nun wie in Preußen der Offiziersberuf äußerst attraktiv wurde. Plötzlich wollten die Söhne wohlhabender Familien, die bislang ein gelangweiltes Müßiggängerdasein geführt hatten, Karriere in der Armee machen. Daraus resultierte ein komplett neues Standesbewusstsein und das Gefühl der Überlegenheit gegenüber der Zivilgesellschaft. Vor diesem Hintergrund werden dann auch die wiederholten Versuche der chilenischen Generalität verständlich, nationale Krisen durch Putsche und die nachfolgende Etablierung von Militärregierungen zu „bewältigen“.

Ebenso führte die starke Orientierung am preußischen Vorbild dazu, dass diverse Publikationen erschienen, in denen sich die Chilenen als „geborene Soldaten“ und „todesverachtende militärische Rasse“ feierten, die der „preußischen Rasse“ ebenbürtig sei – zu nennen wäre hier insbesondere das Buch „Raza Chilena“ des Amateurhistorikers Nicolás Palacios Navarro, das 1904 auf den Markt kam und erhebliche Popularität erlangte.

Der Einsatz der preußischen Militärberater in Chile endete im August 1914; Körner hatte das Land bereits 1910 nach seiner Pensionierung verlassen. Nichtsdestotrotz blieb die Armeeführung in Santiago weiterhin deutschfreundlich und sorgte dafür, dass das Land im Ersten Weltkrieg strikte Neutralität wahrte. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges versuchte die chilenische Seite, an die Vorkriegszeit anzuknüpfen. 1926/27 kamen dann tatsächlich wieder neue deutsche Militärberater ins Land, die unter der Führung des bayerischen Obersten Hans Edler von Kiesling standen. Im September 1937 wurden sie allesamt abgezogen. Zuvor übernahmen die Chilenen freilich noch die Helmform der Wehrmacht und die feldgraue Farbe von deren Waffenröcken, was man ebenfalls auf den Militärparaden am Día de las Glorias del Ejército sehen kann – und im Ausland immer wieder für reichlich Irritationen sorgt. *Wolfgang Kaufmann*

Sichere Quelle

Zu: Nicht nur Licht (Nr. 14)

Es ist authentisch, was ich wegen der sofort einsetzenden offiziellen Würdigungen von Herrn Hans-Dietrich Genscher anlässlich seines heutigen Ablebens mitteile. Es gilt zu relativieren.

Die folgende Info gab mir ein Cousin von Horst Teltschik, Günther Scholz-Paul in Königshain, Kreis Görlitz/Niederschlesien, als ich vor knapp vier Jahren in einem Dorflokal in Jauernick-Buschbach mit Herrn Scholz-Paul beim Kaffeetrinken auf einer Wiese zusammensaß:

Bei den (vorbereitenden) 2+4-Gesprächen zwischen dem russischen Präsidenten Michail Gorbatschow und den Herren Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher habe der russische Ministerpräsident die Rückgabe des russischen Teiles des früheren deutschen Teiles von Ostpreußen, genannt Kaliningradskaja Oblast (= Königsberger Gebiet), an die Bundesrepublik Deutschland angeboten. Hierauf habe der Berater, Horst Teltschik, zu Minister Genscher gesagt, da müssten doch sofort die tschechische und polnische Regierung informiert oder angerufen werden. Hierauf habe Genscher mit erhobenem Zeigefinger Teltschik scharf angewiesen: „Teltschik, Sie halten den Mund!“ Gorbatschow soll irritiert gewesen sein.

Da Günther Scholz-Paul – inzwischen ist er im Juni 2015 verstorben – sein Vetter war und authentisch berichtete, liegt der Wahrheitsgehalt mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit bei 100 Prozent. Seine Witwe, Marianne Scholz-Paul, lebt heute noch und könnte sicher über diese Aussage ihres Mannes Auskunft geben. Das ist aber gar nicht nötig, denn ein Mann, wie der als Vertriebener aus Geibsdorf, östlich Görlitz/Neiße, stammende Scholz-Paul sagte nichts als die ihm bekannte Wahrheit.

Vor zwei Jahren noch hatte Scholz-Paul im Versöhnen mit Polen in Geibsdorf einen alten (restaurierten) Gedenkstein für die insgesamt 71 im Ersten Weltkrieg gefallenen deutschen Soldaten des Dorfes mit Teilnahme des polnischen Bürgermeisters und des katholischen Geistlichen sowie fast 100 Dorfbewohnern mit Gebet und würdigender Ansprache sowie Dank an die Zuständigen feierlich enthüllen lassen.

Wolfgang Liebehenschel, Berlin

Asylbewerber sind von Arbeit befreit

Zu: So dumm sind wir nun nicht! (Nr. 12)

Aus meiner beruflichen Sphäre ist mir bekannt, dass Asylbewerber im Regelfall nicht arbeiten dürfen, also die Anstellung der Damen und Herren durch den Betreiber ausscheidet. Die (mögliche) Überlegung der Verfasserin, dass Asylbewerber eigentlich ihren Dreck selbst – ohne Entgelt – entsorgen sollten, ist zwar nachvollziehenswert, würde aber an der Praxis scheitern: In kurzer Zeit sähen Heim und (eingezäunte) Umgebung wie eine Müllhalde aus. Es gibt keine juristische Handhabe, einen Asylbewerber seitens des Betreibers zu irgendetwas zu zwingen. Dass man diese Hilflosigkeit auf Asylbewerberseite kennt, muss wohl nicht zusätzlich dargelegt werden.

Im Übrigen muss man dem Artikel eigentlich nichts hinzusetzen, um die Wirklichkeit zu schildern. Vielleicht doch noch eins: Dass überwiegend junge Männer in Deutschland aus Syrien landen, hängt auch (zusätzlich) damit zusammen, dass man auf diese Weise irgendwelchen Versuchen, zum Wehrdienst eingezogen zu werden, entgeht.

Etwa die Hälfte der Asylbewerber erscheint ohne Papiere, kann also schon aus diesen Gründen aus europarechtlichen Gründen nicht mehr abgeschoben werden.

Dr. Horstdieter Niejahr, Hofheim am Taunus

Sie fürchtete nichts

Zu: Stern von Bloomsbury (Nr. 12)

Ein großartiger Artikel über Virginia Woolf! Eine kleine Ergänzung: 1910 blamierte Woolf die britische Marine, als sie und ihre Bloomsbury-Freunde sich in dunkler Schminke und als abessinische Diplomaten verkleidet Zugang zum streng geheimen Schlachtschiff „Dreadnought“ verschafften. Mit dem Coup legte sie die britische Kriegstreiberei bloß.

Matthias Schöne, Hannover



Die Lichtgestalt mit dem gelben Pullunder hatte auch ihre Schattenseiten: Hans-Dietrich Genscher (*1927, †2016)

Bild: action press

Ein Grund für schwere Depression

Zu: Terrorquelle Islam (Nr. 14)

Allmählich beginnt es sich zu rächen, dass der Islam „zu Deutschland gehört“, wie Ex-Bundespräsident Wulff meinte. Es war ein unverzeihlicher Fehler, Moslems in unbegrenzter Menge und ungeprüft in unser Land zu lassen. Typische Einwandererstaaten regeln das ganz anders.

Was den Türken mit Krieg und Belagerung 1683 nicht gelang, erreichen sie nun mühelos mit sukzessivem Eindringen und Erpressung (Erdogan). Und die Deutschen sind dumm genug, ihnen bei der Kapitulation ihres Landes vor dem Islam auf jedwede Art zu helfen. Auch die „Verteidigung Deutschlands am Hindukusch“ erübrigte sich, wenn wir nicht das Islamproblem hätten. Es ist für uns ein Problem, weil deutsche Bundeswehrsoldaten ihre Haut in islamischen Ländern zu Markte tragen müssen.

Außerdem zieht die Armen der Welt unser Wohlstand an wie die Motten das Licht. Aber so neu ist das nicht: Schon im alten Rom gab es den Spruch „Ubi bene, ibi patria“ (Wo es mir gut geht, da ist mein Vaterland). Wir wissen heute, woran Rom untergegangen ist (allerdings nicht ausschließlich daran). Auch für Deutschland wird das ein unbeherrschbares Problem, und unsere sogenannte Führungselite ist unfähig oder nicht willens, das zu erkennen, geschweige denn, etwas dagegen zu unternehmen.

Wenn sich unser Land – von unseren Politikern auch noch begrüßt – bis zur Unkenntlichkeit und Selbstaufgabe verändert, ist aufkommender Hass bei denen, die ihr Land nach ihrem Verständnis erhalten wissen wollen, die einzig angemessene und verständliche Reaktion. Diese Feststellung schließt selbstverständlich nicht Empathie für die echten Flüchtlinge aus und die unbedingt zu verwerfende Billigung von Gewalt gegen Asylanten oder Asylbewerberheime ein; aber bei Veränderungen dieses Ausmaßes sollte Hass auf Eindringlinge – Kriegsflüchtlinge aus Syrien machen nur einen kleinen Anteil von allen aus, was geflissentlich verschwiegen wird – menschlich verständlich und tolerabel sein. Natürlich birgt das auch die Gefahr, zum Michael Kohlhaas zu werden; aber ist das etwa nur die Schuld des Kohlhaas?

Was ging es dem Dichter Heinrich Heine doch noch gut, wenn er in den 1840er Jahren bei dem Gedanken an Deutschland nur um seinen Schlaf gebracht wurde. Die heutige Situation unseres Landes mit ihrem Untergangsszenario ist geeignet, uns in schwere Depression verfallen zu lassen.

Dr. Hans-Joachim Kucharski, Mühlheim

Vorbei mit Witzen

Zu: Die Empörungsmaschine läuft (Nr. 13)

Der überspitzen Prognose von Erika Steinbach (Deutschland im Jahre 2030) gingen mindestens zwei ähnlich gelagerte Fälle voraus, die hier erwähnt seien: Anfang Oktober 2010 löste der damalige MDR-Intendant Udo Reiter mit einem Witz über türkische Migranten Entrüstung aus, als er auf Twitter schrieb: „Einheitstag 2030: Bundespräsident Mohammed Mustafa ruft die Muslime auf, die Rechte der deutschen Minderheit zu wahren.“ Viele Internet-Nutzer bedachten den Scherz mit wütenden Kommentaren. Reiter entschuldigte sich.

Dabei war schon am 5. Juli 2001 in der „Kornwestheimer Zeitung“ eine Karikatur ähnlichen Inhalts veröffentlicht, in der ein muslimischer Nachrichtensprecher vorliest: „Bundeskanzler Achmet Syleyman legt heute ein Programm zur Förderung der deutschstämmigen Minderheit vor!“ Ich kann mich jedoch nicht erinnern, dass sie damals ein öffentliches Ärgernis hervorgerufen hätte, und ich kann deshalb auch nicht nachvollziehen, warum 2010 die Äußerung des Intendanten des Mitteldeutschen Rundfunks und jetzt die Satire von Frau Steinbach zu Empörungen geführt haben. Gilt denn die grundgesetzlich verankerte Meinungsfreiheit für so ein Thema nicht (mehr)?

2001 hat man darüber noch geschmunzelt, doch inzwischen versucht man, die Urheber solcher Karikaturen als „Rassisten“ zu diskreditieren. Wo bleibt da die Toleranz? Hat sich die politische und gesellschaftliche Situation in den letzten Jahren so verändert, dass man bestimmte Themen nicht mehr satirisch, sondern nur noch „politisch korrekt“ publizieren darf? Das wäre in der Tat der Anfang vom Ende unserer Pressefreiheit!

Wolfgang Reith, Neuss

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 15 – 15. April 2016

MELDUNGEN

US-Soldaten in Schiemanen

Schiemanen – Auf dem Flughafen „Olsztyn-Mazury" ist vor Kurzem ein amerikanischer „Chinook"-Hubschrauber angekommen. Der Flughafen erwartet weitere Flüge aus der Bundesrepublik und die Ankunft US-amerikanischer „Black Hawk"-Transporthubschrauber. Weitere US-Soldaten sollten in Schiemanen landen, aber wegen Wetter-Problemen hat sich der Termin verschoben. Wie Radio Allenstein in Erfahrung brachte, dient die Ankunft der US-amerikanischen Soldaten der Erkundung des für Juni vorgesehenen Manövers „Anakonda", an dem, gemäß einer früheren Ankündigung, über 20000 Soldaten aus mehr als 20 Ländern teilnehmen sollen. *PAZ*

Groß angelegte Aufforstung

Allenstein – 22 Millionen neue Bäume wollen die Förster der Regional-Direktion für Staatliche Wälder im südlichen Ostpreußen pflanzen. Allein acht Millionen Eichen sollen gesetzt werden mit dem Ziel, dass sich Laubbäume weiter verbreiten. In den Wäldern des südlichen Ostpreußens werden auch 800000 Buchen und anderthalb Millionen Fichten gepflanzt. Die Setzlinge, dank derer ein neuer Wald entstehen wird, kommen aus Baumschulen der Staatlichen Forstwirtschaft. Zum gemeinsamen Anpflanzen wollen die Förster die Einwohner des südlichen Ostpreußen animieren. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. S7: Liebemühl [Milomlyn], Baustelle. Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Milomlyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode [Ostróda] – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Zalusken [Załuski] – Napierken [Napierki], Baustelle. Straße Nr. 7j: Zalusken [Załuski] – Neidenburg [Nidzica], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode [Ostróda] – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle, Nikoleiken [Mikołajki], Baustelle. Straße Nr. 22: Elbing [Elblag] – Fichthorst [Jegłownik], Baustelle. Straße Nr. 51: Heilsberg [Lidzbark Warminski], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. Straße Nr. 57: Ortelsburg [Szczytno] – Klein Schiemanen [Szymanki], Baustelle. Straße Nr. 58: Gedwangen [Jedwabno] – Ortelsburg [Szczytno], Baustelle. Straße Nr. 59: Moythienen [Mojtyny], Brückeumbau. Straße Nr. 63: Lötzen [Gizycko] – Sumken [Sumki], Baustelle; Arys [Orzysz] – Johannisburg [Pisz], Brückenbau. Straße Nr. 65: Goldap [Goldap] – Treuburg [Olecko], Brückenbau. *E.G.*

Viel Spaß bei ostpreußischen Tänzen

Die Volkstanzgruppen Hof und »Saga« aus Bartenstein trafen sich in Heilsberg – Hoffen auf Gegenbesuch

Während der Osterzeit veranstaltete die Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, Landesgruppe Bayern, in Heilsberg einen gemeinsamen Tanzworkshop der Volkstanzgruppe Hof und der Volkstanzgruppe „Saga" aus Bartenstein.

Die Hofer Volkstanzgruppe legte über 900 Kilometer zurück, um nach Heilsberg zu kommen. Hier trafen sie die Kinder und Jugendlichen aus der Volkstanzgruppe der Deutschen Minderheit in Bartenstein. Nach der Begrüßung und Vorstellung fanden verschiedene Integrationsspiele statt, die viel Spaß und Lachen brachten. Danach stellten die Gruppen wechselseitig ihr Repertoire vor, damit konnte auch das Einstudieren von ostpreußischen und deutschen Volkstänzen beginnen. Durch das gemeinsame Tanzen tauschten die Teilnehmer ihre Erfahrung aus und lernten neue Tänze kennen. Nach dem anstrengenden Seminartag entspannten sich alle in der Therme, die in unmittelbarer Nachbarschaft zum Hotel Górecki liegt, in dem das Volkstanzseminar stattfand.

Am zweiten Tag unternahmen die beiden Gruppen einen Tagesausflug, um Land und Leute besser kennenzulernen. Das erste Ziel war die Heimatstadt der Volkstanzgruppe „Saga" – Bartenstein. Die Leiterin der „Saga" Danuta Niewegłowska führte die Projektteilnehmer durch die Stadt, die sich im Norden des südlichen Ostpreußen am Ufer des Flusses Alle befindet. In der Schäferei wurde das masurische Museum besucht, und später ging es nach Nikolaiken, das an einem langen Arm des Spirdingsees, des größten der masurischen Seen, liegt. Der letzte Programmpunkt waren Bischofstein und der Granitfindling.





Harte Arbeit und wohlverdientes Vergnügen: Die jungen Teilnehmer des Tanzworkshops (o.) in Heilsberg konnten sich bei einem Ausflug nach Bartenstein (l.) und Nikolaiken von der Schönheit des südlichen Ostpreußen überzeugen Bilder: E.G.

Am letzten Tag wurde noch lange getanzt. Die beiden Volkstanzgruppen arbeiteten sehr hart um neue Tänze zu lernen.

Die größte Schwierigkeit entpuppte sich jedoch nicht beim Erlernen der neuen Volkstänze, sondern bei der Kommunikation. Die Sprachbarriere bei den Mitgliedern der Gruppe „Saga" war nicht zu überwinden. Das zeigt, dass solche Besuche für die Deutsche Minderheit in Ostpreußen notwendig sind. Besonders wichtig ist es für die junge Generation, die nicht unbedingt gerne mit Oma und Opa bei Kaffee und Kuchen auf Deutsch redet. Die deutsche Sprache wird auch nicht immer zu Hause gepflegt. Die Kinder lernen Deutsch zwar auch in den Schulen, aber offensichtlich ist das nicht ausreichend. Um eine Sprache gut zu beherrschen, muss man sie regelmäßig verwenden. Bei häufigen Treffen der Gleichaltrigen aus Deutschland hätten die Jugendlichen aus Ostpreußen die Möglichkeit, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. Leider finden diese zu selten statt. Deswegen hoffen die beiden Gruppen auf einen Gegenbesuch der Tanzgruppe „Saga" in Bayern.

Nach drei erlebnisreichen Tagen im südlichen Ostpreußen fuhren die bundesdeutschen Seminarteilnehmer über Allenstein und Thorn Richtung Oberfranken.

Veranstalter des Volkstanzseminars war die Landesgruppe Bayern der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen, doch bei der Organisation halfen die Kreisgruppe Hof, der Deutsche Verein in Bartenstein und das Verbindungsbüro der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein. Die Maßnahme wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familien und Frauen über das Haus der Deutschen Ostens München gefördert.

Edyta Gładkowska

Wein am Dom und Baumsterben in der Stadt

Königsberger Bürger sorgen sich wegen Rückschnitten – Behörden verteidigen die Maßnahmen

In Königsberg diskutieren Bürger darüber, ob der Wein, der sich am Gebäude des Doms hochrankt, entfernt werden sollte. Einige meinen, er verleihe dem Gebäude ein besonderes Kolorit und habe ästhetische Bedeutung. Laut der Vorsitzenden des Aufsichtsrats der staatlichen Einrichtung „Kathedrale" Irina Kusnezowa, sind diese Ranken nicht nur zur Dekoration an den Wänden, sondern als Notwendigkeit dort gepflanzt worden. Sie sagte, dass die Ranke eine wichtige Schutzfunktion habe, da sie die Temperatur des Gebäudes reguliere und die Mauern vor Feuchtigkeit schütze.

Da der Dom lange Zeit ohne Dach gestanden hat, haben die Wände mit den Jahren viel Feuchtigkeit aufgenommen. Nach der Wiederherstellung des Gebäudes sei die Frage aufgekommen, wie man den Trocknungsprozess des Mauerwerks beschleunigen könne. Baumspezialisten hätten damals geraten, Kletterreben zu pflanzen. Kusnezowa meinte, dass die Weinreben ihre Aufgaben erfolgreich erfüllt hätten und versteht nicht, warum der neue Domleiter Arkadij Feldman sie nun entfernen lassen will.

> Hunderte Bäume sind vertrocknet

Feldman dagegen behauptet, die Kletterpflanzen zerstörten die Mauern und schädigten darüber hinaus mit ihren Wurzeln das Fundament. Wie er sagt, wurde der Teil der Domwände, an denen zuvor Wein rankte, mit einer speziellen, Feuchtigkeit abhaltenden Lösung behandelt. Zugleich sei der Zustand der Mauern aber gefährdet. Das Gebäude habe Risse, und die Decke weise Feuchtigkeitsflecken auf. Eine umfängliche Überprüfung sei notwendig.

Allerdings ist die Diskussion über Weinranken am Dom nur ein Teil der Grundsatzdebatte um das Beschneiden und Fällen von Bäumen in Königsberg. Da die Bürger häufig beobachten, dass Pflanzen verstümmelt oder gleich ganz entfernt werden, reagieren sie inzwischen auf jede Veränderung an Grünflächen allergisch.

Für das Beschneiden der Bäume in der Stadt sind für das laufende Jahr umgerechnet 196000 Euro eingeplant, ein deutlich höherer Betrag als in den Vorjahren.



Umstritten: Weinranken am Königsberger Dom Bild: J.T.

2014 wurden 124000 Euro aus dem Haushalt der Stadt für Baumpflegearbeiten ausgegeben, 4500 Bäume wurden beschnitten. 2015 verringerte sich der Betrag auf rund 30000 Euro und nur zirka 650 Bäume wurden bearbeitet. Im Laufe des Jahres 2016 sollen 2600 Bäume auf vielen Straßen der Innenstadt zurückgeschnitten werden.

Laut dem stellvertretenden Leiter der Stadtverwaltung, Sergej Melnikow, sei ein solcher Rückschnitt erforderlich, um die Sicherheit der Bürger und des Verkehrs zu garantieren und um die Vorbereitung der Stadt auf die Fußballweltmeisterschaft 2018 sicherzustellen.

Der Rückschnitt erfolgt in zwei Etappen: im Frühjahr und im Herbst, wenn die Blätter gefallen sind. In West-Ponarth wurden bereits Bäume bearbeitet. Für die Zeit der Arbeiten war die rechte Fahrbahn der Hauptstraße stadtauswärts mit einem Zaun abgetrennt worden. Infolgedessen bildeten sich lange Staus.

Die Bürger zeigten sich wegen der großangelegten Baumarbeiten besorgt. Denn obwohl die Vertreter der Stadtverwaltung immer wieder betonen, die Maßnahmen dienten der Baumpflege, sterben viele Pflanzen nach dem Radikalbeschnitt ab. So sind in den vergangenen Jahren in Königsberg Hunderte von Bäumen vertrocknet. Viele Bürger sind überzeugt, dass sie wegen falscher Baumpflege abgestorben sind. So stehen in Mitteltragheim Dutzende toter Pappeln. In der Hafenstraße waren die Pappeln völlig gesund, bevor sie beschnitten wurden. Jetzt sind auch sie vertrocknet. Doch die Beamten und ihre Auftragnehmer finden viele andere Gründe, nur keine eigenen Fehler, weshalb die Bäume abgestorben sein sollen. Tatsache ist jedoch, dass die Bäume vor der fragwürdigen Behandlung gesund waren und Jahr für Jahr aufs Neue erblühten.

Jurij Tschernyschew



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

vor einem leeren Bildschirm sitze ich nicht lange und überlege, wie ich beginnen soll – schon in der Schule war ich für die Aufsätze mancher Klassenkameradinnen gut, „Ruth, bitte einen Anfang …“, kam es von allen Seiten! Und im späteren Leben, als ich das Schreiben zum Beruf gemacht hatte, waren einige gedachte Anfangszeilen oft der Auslöser für einen Beitrag. Aber selbst wenn ich heute damit Schwierigkeiten hätte, brauchte ich nur meine Leserpost hervorzuholen – und schon fände ich einen geradezu maßgeschneiderten Beginn für unsere Familienkolumne. So zum Beispiel einen von Herrn **Hans-Georg Balzer**, dessen Beiträge uns schon oft erfreut haben und der für mich zum Hundertsten ein Büchlein schrieb: „Samlandträume“. Seine Anfangsworte beziehen sich auf diesen Titel: „Unsere Träume sind oft Brücken, die uns Verlorenes in die Erinnerung zurück bringen können.“ Aber er belässt es nicht bei diesem einen Satz, sondern führt seine Überlegungen weiter aus: „Sie werden uns dann zu beglückenden Bildern aus lange zurückliegenden Tagen. Aus besonderen Anlässen rufen sie jedoch auch schmerzhaft Erlebtes zurück. Sie können sowohl der Bruder des Schlafes als auch der Begleiter stiller Momente des Tages sein.“ Und dafür legt er als Beispiel zwei Erinnerungen an Georgenswalde und Rauschen vor: ein Erlebnis, das er in den letzten noch friedlichen Samlandsommer hatte, mit allen Freuden, die einem Königsberger Kind geboten werden konnten – und ein Ereignis aus der Besatzungszeit, die er als Heranwachsender mit seiner schwerkranken Mutter in Rauschen erleben musste und in die sein 14. Geburtstag fiel. An dem bekam er das schönste Geburtstagsgeschenk seines Lebens, wie der heute 85-Jährige bekennt. Mich haben seine Aufzeichnungen zum Nachdenken angeregt, und das werden sie ebenfalls bei vielen Leserinnen und Lesern bewirken, auch wenn ich sie in Kurzform bringen muss.

Diese im Sommer 1945 stattgefundene Episode seines Lebens führt zurück nach Georgenswalde, wohin der Junge seine hoch fiebernde Mutter von ihrem Elendsquartier in Rauschen auf einem mit Stroh gefüllten Handwagen gekarrt hatte. Es bestand Typhusverdacht, und der Sohn hatte gehört, dass es in Georgenswalde eine Krankenstation für deutsche Frauen mit Infektionskrankheiten geben sollte. Er fand diese auch in einem ehemaligen Erholungsheim, wurde aber von der leitenden Ärztin wegen Überfüllung abgewiesen. Eine Weile saß der durch Hunger geschwächte Junge weinend neben der Karre auf der Straße, als eine deutsche Ärztin, Frau Dr. **Iwan**, ihm riet, bei der Kommandantur vorstellig zu werden. Dort lehnte ein Dolmetscher die Aufnahme ab –„Wenn Doktors sagen, nix Platz, dann zurück nach Chausse“ –, aber nachdem der verzweifelte Junge behauptete, neben seiner Mutter auf der Straße sterben zu müssen, erhielt er von einem russischen Offizier die Genehmigung zur Aufnahme der Schwerkranken in die Station. Die erfolgte dann auch und bewirkte, dass sich der Zustand seiner Mutter trotz mangelnder Medikamente langsam besserte. Ihr Sohn besuchte sie an jedem zweiten Tag, obgleich der Weg den ausgemergelten Körper des Jungen sehr belastete. Und nun beginnt die Geschichte, die Hans-Georg Balzer dem schmerzhaft Erlebten zuweist und die auch so viel Freude gebracht hat - aber die soll Hans-Georg Balzer selber erzählen:

„Auch an meinem 14. Geburtstag machte ich meinen Krankenbesuch. An eine Feier war überhaupt nicht zu denken, mein Tag hatte auch diesmal mit einer dünnen Wassersuppe begonnen. Im Krankenzimmer in Georgenswalde erwartete mich eine Überraschung. Mutter hatte den zehn anderen Frauen, die mit ihr in dem Raum lagen, von meinem Geburtstag erzählt. Alle hatten von ihrer knappen Ration etwas abgegeben. Man überreichte mir 14 Stückchen getrocknetes Brot und eine winzige Tüte mit Zucker. Nie zuvor hatte ich ein so wertvolles Geschenk erhalten. Die Mitteilung, dass Mutter demnächst entlassen werde, machte mein kleines Glück vollkommen. Es war das schönste Geburtstagsgeschenk meines Lebens.“

Diese Geschichte wird bei so manchem älteren Leser Erinnerungen an die eigene Jugend wecken, und besonders dürfte sie unseren Königsberger Landsmann vom Sackheim **Günter Wallat** erfreuen, denn er pflegt solche Beiträge aus unserer Kolumne an seine ehemaligen Schulkameraden weiter zu geben. Rund 50 sind es noch, die der Schulgemeinschaft ehemaliger Sackheimer Mittelschüler angehören, die noch zu Friedenszeiten in ihrer Heimatstadt gegründet wurde – vor 96 Jahren! Das hat Tradition, und die pflegt Günter Wallat mit seinen Rundbriefen, die er dreimal im Jahr verteilt. Sie enthalten vor allem Beiträge aus der Ostpreußischen Familie, und alles wird gern gelesen oder vorgelesen, auch auf dem gemeinsamen Jahrestreffen im Düsseldorfer Gerhard-Hauptmann-Haus mit der Vorsitzenden der kleinen Schulgemeinschaft, **Margot Pulst**. „Die Ostpreußische Familie ist und bleibt immer interessant“, schreibt der ehemalige „Sackheimer Bowke“, der für sich und seine Ehemaligen noch viele schöne Familiengeschichten wünscht, um die Erinnerung an die Heimat am Pregel wach zu halten.

„So lang der Pregel ans Bollwerk stoßt: Prost!“ Das war ein beliebter Königsberger Trinkspruch, dem alle, denen „die Kehle juckte“, nur allzu gerne folgten. Und die Auswahl an hochprozentigen Getränken war reichlich und sehr speziell, vor allem im ostpreußischen Winter, der ja sehr lange dauerte und sehr kalt war. Da mussten Leib und Seele gewärmt werden mit Bärenfang, Kosakenkaffee, Nikolaschka, Pillkaller und den Schnäpsen mit verwirrenden Namen wie Blutgeschwür, dem Lieblingstrank der Königsberger Sackträger, oder dem Elefantendups mit Setzei, eine Spezialität der bekannten Winklerstuben. (Für Unwissende: Dups ist im ostpreußischen Vokabularium die Bezeichnung für das Gesäß.)

Aber die baltische Küste bot noch weit mehr Sonderheiten auf diesem Gebiet auf, die selbst in Ostpreußen kaum bekannt waren, weil sie sich auf bestimmte Regionen beschränkten. Herr **Heinrich Lohmann**, langjähriger Vorsitzender der LO Bremen, hat einige dieser baltischen Spezialitäten im Visier, um sie eventuell wieder zu beleben, und wendet sich deshalb an uns, weil seine Suche bisher erfolglos war. Und wir geben seine Frage gerne an unsere Ostpreußische Familie weiter:

„Wer kennt sie noch, die besonders ostdeutschen oder deutschbaltischen Getränke-Spezialitäten wie Allasch, einen livländischen Kümmel, der aber nicht vergleichbar mit dem Leipziger Allasch ist, Rjabinowka, einen Ebereschenschnaps, Pomeranzen-Likör gelb und grün, Subrowka-Büffelkopf, Bocksbeere und Sapekanka?“ So abwegig erscheint die Frage trotz mancher rätselhaften Namen nicht, denn in den 60 Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden sie noch hergestellt und erschienen sogar in Anzeigen der Hersteller im *Ostpreußenblatt* und im „Memeler Dampfboot“. Die Firmen **Arnal** in Vilshofen und **Hans Osolin** in Hamburg fanden offenbar auf diesem Weg zu ihren Stammkunden. Es ist durchaus möglich, dass sich noch einige Leserinnen und Leser an diese Hochprozentigen erinnern. Das erhofft sich jedenfalls Herr Lohmann, wenn er meint, dass auch nach Kriegsende und Flucht nicht nur Bärenfang und Danziger Goldwasser, sondern auch diese „flüssigen Erinnerungen“ auf den Tisch mancher Familien aus dem östlichen Ostseeraum kamen. Deshalb fragt er weiter: „Wie wurden diese Spezialitäten und andere Besonderheiten hergestellt, und welche Geschichten waren mit ihnen verbunden? Könnte vielleicht das eine oder andere Rezept gefunden werden? Gibt es noch Nachfahren der genannten Getränkehersteller, bei denen das alte Wissen noch im Familienarchiv zu finden ist? Vielleicht ließe sich das eine oder andere wieder beleben? Ich hätte großes Interesse daran.“ (Heinrich Lohmann, Weizenweg 5 in 27283 Verden, Telefon: 04231/6262, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de)

Dass unser Landsmann aus Bremen sich recht hoffnungsvoll an unsere Ostpreußische Familie wendet, hat schon seinen Grund, denn wir haben ihm schon einmal helfen können, als er nach ehemaligen Bekannten der Gutsinspektorin **Margarethe von der Ropp** suchte und diese auch fand. Viele Anfragende knüpfen an alte Veröffentlichungen an, seit die ehemaligen Jahrgänge unserer Zeitung im Internet abrufbar sind, und dann ist es nicht immer einfach, die richtigen Antworten zu finden, wenn die betreffenden Vorgänge Jahrzehnte zurückliegen. So ergeht es mir bei einer telefonischen Anfrage, die sich auf ein Kartenspiel bezieht, nach dem wir vor vielen Jahren erfolgreich gesucht hatten. Nun muss ich erneut unsere Familie bemühen, allerdings dürfte der Kreis der möglichen Informanten inzwischen kleiner geworden sein. Es handelt sich um das einmal in Ostpreußen sehr beliebte Kartenspiel „Gottes Segen bei Cohn“. Auch in meinem Familienkreis wurde es hin und wieder gespielt, aber ich war in Bezug auf Kartenspiele eine absolute Niete und brachte es mühsam bis zu Mau-Mau, wurde aber wegen Unbegabtheit bald ausgeschlossen. Aber immerhin war es mir bekannt, und so konnten wir damals gezielt suchen und wurden mehrfach fündig, allerdings unterschieden sich die Spielregeln zum Teil erheblich. Dass „Gottes Segen bei Cohn“ (auch „Kohn“) nicht nur im ostdeutschen Raum gebräuchlich war, bewies ein in den 50er Jahren herausgegebenes Heft für deutsche Kartenspiele, das auch diese Regeln enthielt. Soweit die Vergangenheit, nun suchen wir es also erneut, denn der Anrufer, Herr **Christian Wagner** aus Lahntal, möchte damit seinem Onkel eine Freude machen. Der kommt aus Ostpreußen und erzählt immer von „Gottes Segen bei Cohn“, kann sich aber an die Regeln nicht mehr erinnern. Herr Wagner hat schon überall danach gesucht, nun stieß er auf unsere damalige Veröffentlichung und hofft auf unsere Mithilfe. Wer kennt also die früher in Ostpreußen gebräuchliche Version des Kartenspiels „Gottes Segen bei Cohn“ und weiß auch die Regeln? Herr Wagner möchte damit seinen Onkel zum Geburtstag überraschen. (Christian Wagner, Am Rossacker 5 in 35094 Lahntal, Telefon 06423/7220.)

Eure

Ruth Geede



Nach der russischen Okkupation als Krankenstation für schwerkranke deutsche Frauen genutzt: Das Samlandheim in Georgenswalde Bild: privat

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

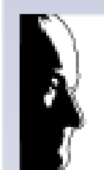




Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Östlich von Oder und Neisse

»Herkulesaufgabe«

Die Deutsche Bildungsgesellschaft in der Republik Polen hat ihren 20. Geburtstag gefeiert

Es gibt Kommunalpolitiker aus Gemeinden ohne deutsche Volksgruppe, die auf die Idee kommen, in ihrer örtlichen Schule ‚Deutsch als Minderheitensprache‘ anzubieten, um diese so in den Genuss von Subventionen zu versetzen oder gar den Bestand der Schule zu sichern“, stellt Waldemar Gielzok, der Vorsitzende der Deutschen Bildungsgesellschaft (DBG) in der Republik Polen nüchtern fest. Dies wäre soweit sicher auch kein Drama, sofern in Orten mit deutscher Einwohnerschaft nicht oft das Gegenteil der Fall wäre. In vielen Gemeinden rund um Oppeln rufen deutsche Bürgermeister entsprechende Subventionen oft ebenso ab, ohne jedoch entsprechende Bildungsangebote zu machen. Denn über die staatlichen Zuweisungen erfolgt keine Verwendungskontrolle. Faktisch landen entsprechende Mehreinnahmen allzu häufig im Straßenbau.

Solche Erfahrungen macht Gielzok fast täglich. Man kann den Mittvierziger als einen der wenigen Intellektuellen in den Reihen der Minderheit bezeichnen. Daheim drängen sich in engen Bücherregalen Werke wie Oskar Spenglers „Untergang des Abendlandes“ ebenso wie solche von Friedrich Hölderlin, Karl Marx oder Friedrich Nietzsche. Und seine Bücher stehen nicht zur Schau dort. Gielzok weiß auf viele Aussagen von Gesprächspartnern mit umfassenden und passenden Passagen aus seinem Bücherschatz zu kontern.

Seine Handschrift spürte man auch bei den Feierlichkeiten zum 20-jährigen Bestehen der Bildungsgesellschaft Anfang April. Gielzok versteht unter Bildungsarbeit weit mehr als die Vermittlung der deutschen Sprache unter der deutschen Volksgruppe in Oberschlesien und Masuren. So sprach Ewa Fiuk den Festvortrag zum Thema „Große Geschichte, kleine Politik, goldene Statuetten – die letzten 20 Jahre in der deutschen Filmgeschichte“, während für die musikalische Begleitung das Duo „Katie & Me Meet Marlene“ sorgte. Hinter Katie verbirgt sich die deutsche Rundfunk- und TV-Redakteurin aus Ratibor Katarzyna Gierszewska, die mit Klangcollagen Interpretationen von Liedern Marlene Dietrichs präsentierte.

An der Feier konnte Joachim Czernek, der die Gesellschaft als damaliger Sejmabgeordneter der Deutschen Minderheit ins Leben rief, aus gesundheitlichen Gründen nicht teilnehmen. „Unser Ziel war es damals, ein Lyzeum mit Deutsch als Unterrichtsprache zu gründen“, erinnert sich Czernek, der miterleben musste, dass sich der Kurs der Gesellschaft mehrmals fundamental änderte. In letzter Zeit sind Zuständigkeitsfragen gegenüber dem Dachverband der Minderheit, dem Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG), sogar offenkundig geworden, nachdem dort das Amt eines Bildungsbeauftragten als feste Stelle eingerichtet worden ist. Viel Zeit kosten zunehmend die Evaluationen. „Ich bin kein Indikatoren-Freak“, sagt Gielzok entschlossen, denn: „Kennzahlen führen uns in der Praxis doch oft in die Irre.“ Und als Bildungsbürger, der nicht vom Fach ist und sich das Thema Bildung erst erschließen muss, stellt er fest: „Wenn man beispielsweise zum 200. Geburtstag von Gustav Freytag am 16. Juli 200 Schulen mit Deutsch als Minderheitensprache postulieren wollte, dann würde das im PR-Slang als Erfolg verkauft werden. Man würde dann aber übersehen, dass in den Schulen in Wirklichkeit Deutsch als Fremdsprache meist ohne jede Förderung der Identität und von Fremdsprachenlehrern ohne Bezug zum Deutschtum unterrichtet wird. Diese unterrichten eben einfach einige Stunden mehr und verdienen dafür auch noch besser.“ Bildungsarbeit für die deutsche Volksgruppe bleibt also eine Herkulesaufgabe, in der in den vergangenen 20 Jahren keine stringente Strategie verfolgt wurde. Gielzok kann man zutrauen, zunächst einmal endlich die Zielvorgaben genau zu definieren.

Edmund Pander



Geht seine Arbeit mit viel Energie an: Waldemar Gielzok, der Vorsitzende der Deutschen Bildungsgesellschaft (DBG) in Oppeln Bild: Pander



ZUM 100. GEBURTSTAG

von Wallis, Lisbeth, geb. **Przykopanski**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 16. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Graef, Annelore, geb. **Glaser /von Terzi**, aus Lyck, am 18. April
Graumann, Anna, geb. **Steinat**, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 21. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Meiser, Herta, geb. **Broska**, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 18. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hermenau, Frieda, geb. **Will**, aus Wehlau, am 18. April
Reck, Paul, aus Kalthagen, Kreis Lyck, am 20. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Dormeyer, Lydia, aus Lyck, am 15. April
Herdam, Gerhard, aus Neidenburg, am 18. April
van der Venn, Hilde, geb. **Drazba**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, am 16. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Broschat, Herta, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 17. April
Glanert, Erna, geb. **Weinz**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 15. April
Ilg, Irmgard, geb. **Dorowski**, verw. **Palluck**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 20. April
Kaiser, Hildegard, geb. **Monetha**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 21. April
Kunowski, Herta, geb. **Dreier**, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, am 15. April
Liebert, Gerda, geb. **Gurgsdies**, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 20. April
Spendowski, Elisabeth, geb. **Aukthun**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 16. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Anton, Else, geb. **Harder**, aus Pillau, Kreis Samland, am 19. April
Behrendt, Gertrud, geb. **Audehm**, aus Alt Katzkeim, Kreis Samland, am 20. April
Hassio, Erna, geb. **Waschinski**, aus Lyck, Yorkstraße 20 a, am 15. April
Hoffmann, Horst, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 19. April
Nitsch, Irma, geb. **Kowalzik**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 15. April
Polenz, Else, geb. **Hausmann**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 16. April
Rapold, Gerda, geb. **Behring**, aus Bärwalde, Kreis Samland, am 16. April
Sarubin, Kurt, aus Treuburg, am 19. April
Ziemen, Walter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 21. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Czychi, Mathilde, geb. **Kowalzik**, aus Moschnen, Kreis Treuburg, am 20. April
Drubba, Otto, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 18. April
Fortak, Walter, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 18. April
Kraas, Anna, geb. **Perkampus**, aus Eichhagen, Kreis Ebenrode, am 15. April
Kürten, Liesbeth, geb. **Bombor**, aus Saiden, Kreis Treuburg, am 21. April
Riedel, Dr. Dietrich, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 16. April
Saloga, Herbert, aus Lahna, Kreis Neidenburg, am 21. April
Trappe, Gerhard, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 21. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Armstrong, Gerda, geb. **Mahrenholz**, aus Selsen, Kreis Elchniederung, am 21. April
Christiansen, Käthe H.R., geb. **Preuss**, aus Treuburg, am 16. April
Fiedrich, Karl, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 19. April
Gottschling, Lotte, geb. **Gielich**, aus Wenzbach, Kreis Ebenrode, am 16. April
Musche, Hedwig, geb. **Hoffmann**, aus Timber, Kreis Labiau, am 19. April
Röhmer, Ursula, geb. **Brausewetter**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 18. April
Seidler, Johann, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, am 19. April
Spath, Irmgard, geb. **Kulschewski**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 17. April
Vogtländer, Heinz, aus Polenzhof, Kreis Elchniederung, am 17. April
Wittkowski, Hans, aus Neidenburg, am 18. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Fandrich, Elsbeth, geb. **Gerundt**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 19. April
Frischmuth, Traute, geb. **Thiel**, aus Deschen, Kreis Elchniederung, am 18. April
Gers, Lydia, geb. **Marewsky**, aus Groß Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 19. April
Härtling, Christel, geb. **Schiller**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 17. April
Hoffmann, Erika, geb. **Mross**, aus Neidenburg, am 16. April
Renkewitz, Gertrud, geb. **Weykunat**, aus Treuburg, am 16. April
Schulz, Gerhard, aus Walden, Kreis Lyck, am 16. April
Schuss, Gerda, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 19. April
Stuhlert, Ilse, geb. **Jakobeit**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 17. April
Tiedemann, Jonny, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. April
Warnat, Gustav, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 20. April
Wieding, Heinz, aus Wehlau, am 15. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Andresen, Liesbeth, geb. **Pfeiffer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 20. April
Belusa, Kurt, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, am 18. April
Bessler, Elfriede, geb. **Langkau**, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 16. April
Bleier, Gertrud, geb. **Podlesch**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 21. April
Griwatz, Kurt, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 16. April
Kilanowski, Helga, geb. **Schulz**, aus Lyck, am 18. April
Kritzler, Jutta, geb. **Maiwald**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 18. April
Marquardt, Hedwig, aus Albrechtswalde, Kreis Mohrungen, am 18. April
Objartel, Ulrich, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 19. April
Pehmöller, Frieda, aus Scharpau, Kreis Marienburg, später Kalteherberge/Danzig, am 15. April
Posywio, Luzie, geb. **Karbaum**, aus Mücken, Kreis Heiligenbeil, am 20. April
Raeder, Wally, aus Gaistauden, Kreis Tilsit-Ragnit, am 16. April
Rudat, Margarete, aus Reiffenrode, Kreis Lyck, am 15. April
Schneider, Dorothea, aus Rohren, Kreis Ebenrode, am 21. April
Schöwe, Hildegard, geb. **Kattanek**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, am 17. April
Soldanski, Walter, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, am 18. April
Struckmann, Christel, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 20. April
Szech, Kurt, aus Milussen, Kreis Lyck, am 20. April
Wechsler, Gerda, geb. **Kalupke**, aus Rauschmünde, Kreis Ebenrode, am 17. April
Wegener, Charlotte, aus Alt Christburg, Kreis Mohrungen, am 17. April
Zapka, Werner, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 19. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Apel, Eliza, geb. **Kurras**, aus Groß Schollen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 18. April
Ballnus, Fritz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 16. April
Berg, Ruth, geb. **Lehrke**, aus Ortelsburg, am 19. April
Bodis, Ingrid, geb. **Manzau**, aus Hohenwiese, Kreis Elchniederung, am 16. April
Dietzek, Manfred, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 15. April
Fröhlich, Gertrud, geb. **Majewski**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 21. April
Froese, Horst, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 16. April
Garstka, Georg, aus Ortelsburg, am 20. April
Godau, Hans-Joachim, aus Pillau, Kreis Samland, am 20. April
Granitzki, Erich, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 17. April
Grunau, Karl-Heinz, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 19. April
Heisel, Gerd, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 17. April
Jenny, Gerda, geb. **Sdunnus**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, am 19. April
Jorde, Gerlinde, geb. **Spingies**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 16. April
Katzmarzik, Reinhold, aus Windau, Groß Dankheim, Kreis Neidenburg, am 15. April
Konoppa, Walter, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, am 16. April
Kottowski, Karl, aus Waldwerder, Kreis Lyck, am 17. April
Kronmiller, Waltraud, geb. **Zywietu**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 18. April
Müller, Friedel, aus Königsdorf/Dösenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 20. April
Paul, Heinz, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Petrat, Günter, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, und Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 18. April
Schwenke, Doris, geb. **Bickeleit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 15. April
Wessolowski, Ulrich, aus Treuburg, am 16. April
Winkler, Berta, geb. **Nitsch**, aus Groß Schönau, Kreis Gerdauen, am 20. April
Wojdyla, Irmgard, geb. **Gregel**, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 18. April
Zeglat, Otto, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 16. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Berg, Lisette, geb. **Kronenberger**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 16. April
Diebig, Helma, geb. **Kothe**, aus Ortelsburg, am 20. April
Flessner, Elfriede, geb. **Kuknat**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 19. April
Gerisch, Sieglinde, geb. **Jortzig**, aus Plohsen, Kreis Ortelsburg, am 18. April
Kaminski, Emma, geb. **Galka**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 20. April
Karwen, Werner, aus Rheinswein, Kreis Ortelsburg, am 21. April
Kendberg, Helga, geb. **Krüger**, aus Lyck, am 17. April
Kizina, Werner, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 19. April
Koyro, Irmgard, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 19. April
Kucken, Helene, geb. **Meutsch**, aus Wallenrode, Kreis Treuburg, am 17. April
Kuczewski, Ingrid, geb. **Denda**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 20. April
Lasar, Siegfried, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 15. April
Müller, Helga, geb. **Woike**, aus Lank, Kreis Heiligenbeil, am 19. April
Nowack, Walter, aus Eichhorn, Kreis Treuburg, am 20. April
Prüfert, Lieselotte, geb. **Scherwath**, aus Matten, Kreis Ebenrode, am 20. April
Quell, Ruth, geb. **Hinterthan**, aus Schloßbach, Kreis Ebenrode, am 19. April
Sakowski, Hubert, aus Rudau, Kreis Ortelsburg, am 20. April
Schirmacher, Rosemarie, geb. **Prehn**, aus Worschienen, Kreis Preußisch Eylau, am 15. April
Scholz, Edith, geb. **Unruh**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 19. April
Schreiber, Christel, geb. **Berger**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 18. April
Schulz, Dieter, aus Lyck, am 17. April
Schulz, Lore, geb. **Pest**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 15. April
Szengel, Arno, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, am 20. April
Thiel, Erfried, aus Eibenau, Kreis Treuburg, am 15. April
Wirsching, Maria, geb. **Waltereit**, aus Hohenschanz, Kreis Ebenrode, am 18. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Berg, Siegfried, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 17. April
Carsjens, Karl, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 20. April
Krause, Helga, geb. **Gawehn**, aus Eckwalde, Kreis Elchniederung, am 21. April
Lasarsch, Siegfried, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 20. April
Lux, Georg, aus Mülsen, Kreis Samland, am 18. April
Marxen, Harald, am 20. April
Neumann, Helmut, aus Imten, Kreis Wehlau, am 19. April
Richter, Eva, geb. **Kreuzmann**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 16. April
Sarge, Siegfried, aus Ortelsburg, am 20. April
Satzek, Herbert, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 15. April
Sekat, Lothar, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 20. April
Siebert, Lore, geb. **Gaensch**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 21. April
Suhr, Helmut, aus Kompehnen, Kreis Samland, am 15. April
Wiechert, Erich, aus Windkeim/Adlig Pehren, Kreis Heiligenbeil, am 16. April
Wieczorrek, Dieter, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 19. April
Zebrowski, Jürgen, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 16. April



Hampel, Reinhard, aus Keisterswalde/Schlesien, und Ehefrau Edith, geb. **Buttgereit**, aus Hochmühlen, am 21. April
Wysk, Willy, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, und Ehefrau Ruth, geb. **Hartkopf**, am 31. März

TERMINE DER LO

2016
15. bis 17. April: Seminar der Kulturreferenten in Helmstedt
18. bis 20. April: Arbeitstagung der Landesfrauen in Helmstedt
13. bis 16. Mai: Ostpreußisches Musikwochenende in Helmstedt
18. Juni: Sommerfest im ostpreußischen Allenstein
25. bis 26. Juni: IV. Sommerolympiade der ostpreußischen Jugend in Sensburg
2. bis 4. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. Oktober: Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 8. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ in Berlin (geschlossener Teilnehmerkreis)
4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
5. bis 6. November: OLV in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
11. bis 14. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt

2017
1. bis 2. April: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt

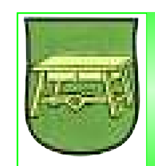
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 16. April, 12.15 Uhr, Phoenix: Milliarden für Millionäre – Wie der Staat unser Geld an Reiche verschenkt.
SONNABEND, 16. April, 15.45 Uhr, Phoenix: Frauen, die Geschichte machten (6): Katharina die Große. Dokumentation, D 2013.
SONNABEND, 16. April, 16.30 Uhr, Phoenix: Frauen, die Geschichte machten (2): Luise von Preußen. Dokumentation, D 2013.
SONNTAG, 17. April, 9.45 Uhr, Arte: Die Kelten. Dokumentation, D/GB 2016.
MONTAG, 18. April, 22.45 Uhr, Das Erste: Abgehört und abgenickt – Die etwas andere deutsch-amerikanische Freundschaft. Dokumentation, D 2016.
MONTAG, 18. April, 23.45 Uhr, Arte: Bulgarien – Das Fest geht weiter. Dokumentation, F 2011.
MONTAG, 18. April, 0.50 Uhr, HR: Hachiko – Eine wunderbare Freundschaft. Melodram nach einer wahren Begebenheit, USA 2009.
DIENSTAG, 19. April, 19.30 Uhr, Deutschlandradio Kultur: 500 Jahre Reinheitsgebot – Bier und seine Erfolgsgeschichte.
DIENSTAG, 19. April, 22.15 Uhr, Arte: Irland. Dokumentation über Irlands Unabhängigkeitskampf seit 1916, D 2016.
DIENSTAG, 19. April, 22.30 Uhr, BR: Töte zuerst – Der israelische Geheimdienst. Dokumentation, IL/F/D/B 2012.
DIENSTAG, 19. April, 22.45 Uhr, HR: Geheimnisvolle Orte (69): Die Potsdamer Garnisonkirche – Ein preußisches Wahrzeichen. Reportage, D 2015.
DIENSTAG, 19. April, 0.05 Uhr, Arte: Blutiger Sonntag. Dokumentation über die Aufarbeitung des Massakers britischer Soldaten an Demonstranten 1972 im nordirischen Derry, D/GB 2006.
MITTWOCH, 20. April, 9.05 Uhr, Deutschlandfunk: Kalenderblatt: Vor 50 Jahren: Im zweiten Mailänder Prozess werden die Urteile gegen Aktivisten des Befreiungsausschusses Südtirol verkündet.
MITTWOCH, 20. April, 21 Uhr, Phoenix: Wie deutsch ist die Queen? – Die Wurzeln des Hauses Windsor.
DONNERSTAG, 21. April, 1.25 Uhr, Arte: Die Bartholomäusnacht. Historientragödie, F/D/I 1994.
FREITAG, 22. April, 21.05 Uhr, Einsfestival: Neue Vahr Süd. Tragikomödie, D 2010.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Dr. Gerhard Kuebart, Schiefe Breite 12a, 632657 Lemgo, Telefon (05261) 8 81 39, E-Mail: gerhard.kuebart@googlemail.com.

Eydtkuhner

1. bis 8. Mai, Bad Staffelstein: 47. Eydtkuhner Treffen im Hotel Augustin, Schwabthal 3, 96231 Bad Staffelstein. Informationen bei Wolfgang und Gisela Raeder, Brunebeckerstraße 54, 58484 Witten, Telefon (2302) 800931.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Nachbarschafts-Treffen

Sonnabend, 23. April, Gera: Nachbarschafts-Treffen mit Tilsit-Stadt und Tilsit-Ragnit im Penta-Hotel, Gutenbergstraße 2.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Klaus A. Lunau, Bahnhofstraße 14, 30853 Langenhagen, Stellvertreterin: Marion Gehlhaar, Telefon (040) 476070. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, täglich erreichbar unter Telefon (04101) 22037, Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de.

Neukuhren

Sonnabend, 23. April, Timmendorfer Strand: 24. Ortstreffen Neukuhren im Hotel Gorch Fock, Strandallee 152, 23669 Timmendorfer Strand. Telefon (04503) 899111.



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Stadttreffen

Montag, 25., bis Freitag, 29. April, Bad Pyrmont: Stadttreffen Gerdauen im Gästehaus Maria Friedensthal, Im Friedensthal 46.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Donnerstag, 21. April, Berlin: Treffen der örtlichen Gruppen der Heimatkreise Angerburg, Darkehmen und Goldap im Restaurant „Amera“ Borussiastraße 62, 12103 Berlin. Thema: „Landleben in Ostpreußen“. Informationen: Marianne Becker, Charlottenstraße 41, 12247 Berlin, Telefon (030) 7712354, oder Gertrud Eilsberger, Straße der Jugend 2, 17268 Templin, Telefon (03987) 208082.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Den Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft“) ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen
Buchtstr. 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de

Nicht nur für Schweizertaler

Wie schon mehrfach in der Vergangenheit unternehmen auch in diesem Frühjahr wieder die früheren Einwohner von Schweizertal im Kreis Gumbinnen eine gemeinsame Reise in die Heimat. Sie findet vom 14. bis 22. Juni statt. Noch sind einige freie Plätze frei. Willkommen sind natürlich auch reiselustige Ostpreußenfans, die keine Wurzeln in Gumbinnen haben und die Region vielleicht zum ersten Mal kennenlernen wollen. Folgendes Programm ist vorgesehen:



Eine Ostpreußenfahrt mit den Schweizertalern? Hier eine Aufnahme von einer früheren Tour. Sie entstand an der Reichsstraße 124 zwischen Goldap und Gumbinnen Bild: privat

1. Tag, Anreise nach Marienburg: Fahrt ab Hannover mit Zustiegsmöglichkeiten nach Absprache entlang der Fahrtroute (zum Beispiel an Autobahnraststätten) und in Berlin. Am Abend erreichen Sie Marienburg zur Zwischenübernachtung.

2. Tag, Marienburg – Gumbinnen: Nach dem Frühstück unternehmen Sie eine Führung durch die imposante Marienburg. Die mächtige Burganlage, die zu den größten in Europa zählt, war im späten Mittelalter der Sitz des Hochmeisters des Deutschen Ordens. Noch heute beeindruckt sie die Besucher durch ihre Ausmaße und die Raffinesse ihrer Architektur. Anschließend Weiterfahrt vorbei an Elbing zur polnisch-russischen Grenze, wo Sie bereits von Ihrem russischen Reiseleiter erwartet werden, der Sie während Ihres gesamten Aufenthaltes im nördlichen Ostpreußen begleiten wird. Anschließend Weiterreise vorbei an Königsberg, Wehlau und Tapiau bis nach Gumbinnen, wo Sie Ihre Zimmer im Hotel „Kaiserhof“ beziehen.

3. Tag, Gumbinnen – Insterburg – Gestüt Georgenburg: Aufenthalt in Gumbinnen. Am Vormittag Stadtrundfahrt mit Besuch der wiedererrichteten Salzburger Kirche und der früheren Friedrichschule mit Besichtigung des historischen Freskos mit der Darstellung der Ankunft der Salzburger in Ostpreußen. Am Nachmittag Ausflug nach Insterburg und Georgenburg mit Besuch der restaurierten Gestütsanlage. Übernachtung in Gumbinnen.

4. Tag, Schweizertal: Fahrt nach Schweizertal. Hier bleibt der Tag zum Aufenthalt im Heimatort für individuelle Unternehmungen und Begegnungen zur Verfügung. Übernachtung in Gumbinnen.

5. Tag, Trakehnen und Rominter Heide: Heute unternehmen Sie einen Ausflug nach Trakehnen mit Besuch des ehemaligen weltbekannten Gestüts und eine Rundfahrt durch die Rominter Heide. Im früheren Forsthaus Warnen am Rande der Rominter Heide, in dem heute die russische Familie Sajac eine Landwirtschaft und ein kleines Gästehaus betreibt, werden Sie zum leckeren Mittagsimbiss erwartet. Der Borschtsch (ukrainische Kohlsuppe) und die gefüllten Pfannkuchen von Frau Sajac sind legendär. Für alle, die nicht an diesem Ausflug teilnehmen wollen, besteht die Möglichkeit für individuelle Unternehmungen. Am Abend erwartet Sie der Kantchor zum Konzert, ein weiterer Höhepunkt der Reise. Übernachtung in Gumbinnen.

6. Tag, Königsberg und Rauschen: Heute verlassen Sie Ihr Hotel in Gumbinnen und fahren zunächst nach Königsberg. Bei einer Stadtführung sehen Sie die historischen Sehenswürdigkeiten. Gleichzeitig erleben Sie eine Stadt, die in einem rasanten Wandel steht. Der Bauboom der letzten Jahre hat ihr Gesicht in kurzer Zeit nachhaltig verändert. Ein besonderer Höhepunkt erwartet Sie im Königsberger Dom: Sie erleben ein Anspiel auf der Orgel. Das in der Bundesrepublik gefertigte Instrument gehört zu den größten im ganzen Ostseeraum und entfaltet im Schiff des Königsberger Doms seine einzigartige Akustik. Am Nachmittag Weiterreise in das Samland nach Rauschen an der Steilküste. Einst mondänes Seebad in Ostpreußen ist Rauschen auch heute wieder ein hübscher Ferienort mit restaurierten alten Holzvillen, neuen Gästehäusern, kleinen Straßencafés und urigen Biergärten. Abendessen und Übernachtung in Rauschen.

7. Tag, Kurische Nehrung: Nach dem Frühstück Fahrt vorbei an Cranz auf die Kurische Nehrung. Die etwa 100 Kilometer lange Landzunge trennt das Kurische Haff von der Ostsee, und ihre einzigartige Naturlandschaft wird durch die höchsten Wanderdünen Europas geprägt. Während eines Spazierganges auf die Ephadüne sehen Sie die größte noch frei wandernde Sandfläche der Nehrung und bei Rossitten besuchen Sie die Vogelwarte, einst die erste ornithologische Beobachtungsstation der Welt. Übernachtung in Rauschen.

8. Tag, Oberländer Kanal: Nach dem Frühstück Rückreise über die russisch-polnische Grenze. Südlich von Elbing steht ein weiterer Höhepunkt auf Ihrem Reiseprogramm: Sie unternehmen eine Fahrt auf dem Oberländer Kanal, einer ingenieurtechnischen Meisterleistung des 19. Jahrhunderts. Hier überwinden die Schiffe auf der Strecke zwischen Buchwalde und Elbing den Höhenunterschied zwischen dem Ermland und dem Oberland durch das sogenannte Aufschleppen über Rollberge. In den letzten beiden Jahren wurden die technischen Anlagen komplett überholt. Anschließend Weiterreise zur letzten Übernachtung nach Schneidemühl.

9. Tag: Rückreise in die Bundesrepublik.

Der Preis für die Reise beträgt 845 Euro zuzüglich Visagebühren 75 Euro. Weitere Informationen bei Fritz Weller, Ortsvertreter von Schweizertal, Telefon 0157/84577818.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. E-Mail: ruhnke@kreis-gemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. E-Mail: Schmidt.ploessen@gmx.de. 2. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Sondertreffen Zinten-Land

Freitag, 15. bis Sonntag, 17. April, Altenau: 28. Sondertreffen Kirchspiel Zinten-Land in der Pension „Quellenhof“, An der Schwefelquelle 18, 38707 Altenau/Harz. Leitung: Irmgard Lenz, geborene Wengel.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

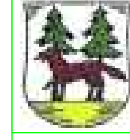
Treffen der Heimatgruppen

Heimatgruppe Teutonen/Osnabrück: Sonnabend, 16. April, 14 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu“, Blumenhaller Weg 43: Treffen zum gemütlichen Beisammensein. In diesem Jahr besteht die Heimatgruppe seit 40 Jahren. Gäste sind herzlich willkommen.

Heimatgruppe Schwerin: Mittwoch, 20. April, 12 Uhr, Gaststätte „Kaktus“, Dreescher Köpmarkt: Gemeinsames Treffen. Informationen: Helga Hartig, Telefon (0385) 3922633, E-Mail: hehartig@web.de

Heimatgruppe Köln: Mittwoch, 27. April, Restaurant Em Kappeseng, Aachener Straße 1332: Gemeinsames Treffen. Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de

Heimatgruppe Hamburg: Mittwoch, 4. Mai, 12 Uhr, Empore, Hotel Zeppelin, Frohmestraße 123-125, 22459 Hamburg: Monatstreffen mit buntem Programm. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Kreistreffen

1. Mai, Düsseldorf: Johannisburger Kreistreffen im Gasthof „Im goldenen Ring“, Burgplatz 21 (Altstadt, direkt am Rhein). Beginn: 12 Uhr (Einlass ab 11.15 Uhr). Anmeldung bei: Paul Sobotta, An der Wardtpumpe 22, 46562 Voerde, Telefon (0281) 45657.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



Die Johannisburger treffen sich im „Im goldenen Ring“ Bild: privat



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

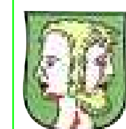
Des Kaisers Keramik

Neumünster – Sonnabend, 16. April, ab 10 Uhr, Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung): Um 15.30 Uhr beginnt der bebilderte Vortrag von Dr. Jörn Barfod, Lüneburg, über „Des Kaisers Keramik“. Cadiner Keramik (1902–1945) gehört zu den namhaften Besonderheiten der ostpreußischen Kulturgeschichte.

Auf seinem Gutsbetrieb Cadinen am Frischen Haff, nahe Elbing, ließ Kaiser Wilhelm II. in einer bestehenden Ziegelei 1902 bis 1904 eine Kunstkeramikmanufaktur einrichten. Er folgte damit einer gegen 1900 verbreiteten Modeliebhaberei für „Majolika“-Gefäße. Er ließ aber auch für den Architekturbereich kunstkeramische Bauzier herstellen nach Entwürfen bekannter Architekten und Künstler. In Repräsentationsbauten, Geschäftshäusern und Villen fanden die Baukeramiken um 1905 bis 1914 Eingang. In der Förderung dieser Keramiken nach historischem Stil sah Wilhelm II. eine pädagogische Aufgabe, zur Geschmacksbildung des Volkes beizutragen.

Die Verwendung der Cadiner Keramik war oft auch ein sichtbares Bekenntnis zum Kaiser und zur Monarchie. Nicht zufällig zeigt die Manufakturmarke Cadinens die Kaiserkrone. Dies blieb auch nach 1920 so. In den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts setzte sich die Produktion der Cadiner Keramik fort. Selbst vom Exil in den Niederlanden aus überwachte und genehmigte Wilhelm weiterhin die Entwürfe für die Produktion. Allerdings musste jetzt gewinnorientiert gearbeitet werden. Damit änderte sich der Stil der Stücke zum Aktuelleren, auch zum expressiven Figurenstil der 1920er Jahre. Allerdings vermied man allzu experimentelle Richtungen. Zeitlos wirkt daneben der Verkaufserfolg der späten Produktionsperiode, die Tierplastik ab Anfang der 1930er Jahre. Mit Kriegsende 1945 endete auch die Cadiner Keramikproduktion.

Der Eintritt für den Vortrag „Des Kaisers Keramik“ ist – wie immer – frei. Das Heimatmuseum Lötzen selbst ist ab 10 Uhr geöffnet, und bietet auch die Gelegenheit, die Sonderausstellung „Masuren – Weite und Heimlichkeit. Die Landschaft in Werken ostpreußischer Künstler“ zu besuchen.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Regionaltreffen Nord

24. April, Lübeck: Regionaltreffen-Nord im Restaurant Zum Tucher, Am Burgfeld 1. Beginn: 11 Uhr. Kontakt: Heidi Mader, Telefon (0421) 67329026 oder per E-Mail: heidi-mader@gmx.de.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Terminänderung

Das Sommerfest der Deutschen Bevölkerungsgruppe „Herder“ findet am 28. Mai in Simnau mit Gottesdienst um 11 Uhr in der Kirche statt und nicht wie bereits angekündigt am 17. Juni statt.

Kreistreffen in Bad Nenndorf

Das diesjährige Heimatkreistreffen findet am 17. und 18. September in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade L' Orangerie, Bahnhofsstraße 8, statt.

Am 17. September tagt der Kreistag. Einladungen werden fristgemäß verschickt. Der Programmablauf für das Heimatkreistreffen wird noch bekanntgegeben. Feierstunde und Mitgliederversammlung erfolgen am 18. September. Wir laden Sie herzlich dazu ein und würden uns sehr freuen, viele Landsleute, die „Jungen Liebstädter“ und Heimatfreunde in Bad Nenndorf begrüßen zu dürfen.

Was inzwischen passiert ist

Am 26. Februar fand die Kassenprüfung für das Geschäftsjahr 2015 in unserem Archiv in der Patenstadt Gießen statt. Die Kassenprüfer, E. Kornitzki und L. Gräf berichteten über eine Kassenprüfung ohne Beanstandung und eine hervorragende Buchführung des Schatzmeisters, Frank Panke.

Die Kreisausschuss-Sitzung fand am 27. Februar, ebenfalls im Archiv in Gießen, statt. Es war eine umfangreiche Sitzung mit vielen Anträgen, Diskussionen und Abstimmungen. Der Schatzmeister berichtete über Einnahmen- und Ausgaben in 2015. Es ist gelungen, durch die beschlossenen Sparmaßnahmen den Vermögensrückgang zum Ende des Jahres 2015 wieder auszugleichen und sogar einen kleinen Überschuss zu erzielen. Unser Dank gilt den Spendern!

Aus Kostengründen wurde beschlossen, dass weiterhin nur zwei Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten pro Jahr gedruckt werden und zwar die Ausgaben Frühjahr/Sommer und Herbst /Winter. Auch die Zuschüsse der Patenstadt Gießen werden kontinuierlich gekürzt.

Im Anschluss an die Kreisausschuss-Sitzung beschäftigten sich eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern des Kreisausschusses sowie Frau Lansdorf und Herr Keuchel mit der Entsorgung von überflüssigen Unterlagen aus dem Archiv und Sortierarbeiten. Es waren notwendige und umfangreiche Arbeiten. Vielen Dank für die ehrenamtliche Mithilfe.

Allen Landsleuten und Lesern wünsche ich eine unbeschwerte Zeit und verbleibe mit heimatlichen Grüßen bis zum baldigen Wiedersehen im September in Bad Nenndorf.

Servus, Hubertus Moeller

Ein Königsberger verabschiedet sich von Schloss Schleißheim

Viele hunderte Gäste haben in den gut zehn zurück liegenden Jahren den Vorträgen von Hubertus Moeller über das Leben und die Kulturen in seiner ostpreußischen Heimat im Alten Schloss Schleißheim bei München gelauscht und dabei viel Wissenswertes und hoch Interessantes dazu gelernt. Nun soll damit leider der Schluss sein. Sehr schade einerseits. Andererseits aber auch verständlich.

Der geborene Königsberger Hubertus Moeller wird am 20. Mai sein 88. Lebensjahr vollenden. Wer sein Wirken in den zurück liegenden Jahren im Auftrag des Bayerischen Nationalmuseums erleben durfte, mag ihm sein gesegnetes Alter nicht ansehen. Dennoch, einmal muss es genug sein, meint nun der mit Freundlichkeit, Charme, Heimatliebe und einem profunden Wissensschatz aus seiner Heimat beseelte honorige weißhaarige Herr mit seiner nach wie vor kräftig durchdringenden Stimme. Nach seinem bewegten und aufregenden Leben als erfolgreicher Regisseur und Schauspieler an zahlreichen Theatern wandte sich Moeller im wohlverdienten „Ruhestand“ seinem Geschichtsstudium und der persönlichen Aufarbeitung der Geschichte Ost- Und Westpreußens zu.

Vor zehn Jahren begann Moeller seine Führungen und seine Vorträge im Alten Schloss Schleißheim rund um die dortige 400 Objekte umfassende Sammlung zur Landeskunde Ost- und Westpreußens. Mittlerweile sind rund 45 Vortragsthemen zusammen gekommen. Seine Geburtsstadt Königsberg, – in der er aufwuchs und das Abitur ablegte –, die von ihr ausgegangenen kulturellen, wissenschaftlichen und allgemein gesellschaftlichen Impulse bis hin zum dramatischen Niedergang in den letzten Tagen um 1945 und danach liegen Hubertus Moeller besonders eng am Herzen. Eine besondere emotionale Bindung spürten die Zuhörer auch bei seinen Vorträgen über die Landwirtschaft in seiner Heimat. Die ostpreußische Pferdezucht und deren große Bedeutung hat Moeller als Heranwachsender auf dem in der Nähe von Trakehnen gelegenen Familiengut Kaschuben hautnah erlebt.

Gestüt Trakehnen liegt ihm am Herzen

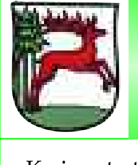
Seinem letzten öffentlichen Vortrag im Alten Schloss am 6. März widmete Hubertus Moeller dem Markgrafen und späteren Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Am Ende der Veranstaltung bedankte sich die Hausherrin des Alten Schlosses Schleißheim, Marianne Stößl, Oberkonservatorin der zum Bayerischen Nationalmuseum gehörenden Museen im Alten Schloss, mit herzlichen Worten bei Moeller für die Jahre der erfolgreichen Zusammenarbeit.

In seinen abschließenden Worten erhellte Moeller die aufgekommene Abschiedsstimmung mit seiner Absicht, auch weiterhin Führungen im Alten Schloss Schleißheim anzubieten. Auch wolle er wie bisher künftig auf Anfrage Gäste durch die Museumsausstellung „Ost- und Westpreußen“ in den Räumen der Ost- und Westpreußenstiftung am Schleißheimer Flugplatz führen. Dennoch, die in langer Serie angebotenen Vortragssonntage im Alten Schloss werden nun künftig nicht mehr stattfinden. Es dürft sehr schwierig sein, einen adäquaten Nachfolger vom Kaliber des Hubertus Moeller zu finden.

Reinhard Krohn



Regisseur, Schauspieler, Historiker: Hubertus Moeller. Hier mit Oberkonservatorin Marianne Stößl Bild: privat



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, Fax (02552) 996905, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Geschäftsführer: Hans Napierski, Heinrichstraße 52, 45701 Herten, Telefon (0209) 357931, Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Treffen der Landbezirke

Sonntag, 17. April, Kulturzentrum, Willi-Pohlmann-Platz 1, 44623 Herne: Treffen der Landbezirke 10 (Lehmanen, Groß Schöndamerau, Rohmanen).

Sonntag, 24 April, Kulturzentrum Herne: Treffen der Landbezirke 01 (Altkirchen, Klein Jeruttén), 02 (Deutschheide, Wilhelmsthal), 03 (Erben, Rheinswein, Wildenau), 04 (Farienen, Friedrichshof), 05 (Fürstenwalde, Lindenort/Liebenberg).



RÖSSEL

Kreisvertreter (komm.): Paul Thiel, Haydnstraße 23, 66333 Völklingen, Telefon (06898) 25327. Redaktion Rößeler Heimatbote: Gisela Heese-Greve, 23562 Lübeck, Tel. (0451) 58249090.

Seeburger Kaffeeklatsch

Sonnabend, 16. April, Maternushaus, Kardinal-Frings-Straße 1, 50668 Köln: „Seeburger Kaffeeklatsch“,

Tag der offenen Tür

28. April, Neuss: Ab 15 Uhr Tag der offenen Tür in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17, 41460 Neuss.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Beiträge für den Heimatbrief

Liebe Mitglieder und Freunde der Kreisgemeinschaft Schlossberg, über Zusendungen von Beiträgen oder Leserbriefen für unseren diesjährigen Heimatbrief würden wir uns sehr freuen. Sollten Sie einen interessanten Beitrag für uns haben, dann sollte der Eingang der Zulieferung bis spätestens zum 1. September erfolgen. Bitte schicken sie ihn per E-Mail an: heimatbrief-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

schlossberg@web.de oder d-wiemer@versanet.de

Beiträge, die noch mit dem Computer abgeschrieben werden müssen, sollten spätestens bis Mitte August in der Geschäftsstelle in Winsen eingehen. Die Adresse lautet: Kreisgemeinschaft Schloßberg (Ostpreußen), Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen/Luhe.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Warpuhnen

Sonnabend, 23. April, Bad Sassendorf: Treffen des Kirchspiels Warpuhnen im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer“, Wilhelmstraße 1, 69505 Bad Sassendorf ab 9.30 Uhr. Vom ursprünglichen Zweijahresturnus des Treffens wird abgesehen und der Termin dem jährlichen Treffen des Kirchspiels Sorquitten angepasst. Aus organisatorischen Gründen wird um rechtzeitige schriftliche oder telefonische Ankündigung der Teilnahme gebeten. Anmeldungen: Alfred Thiel, Halstenbeker Straße 91, 22457 Hamburg, Telefon (040) 5503181 oder Manfred Buchholz, Falkenweg 11, 99706 Sondershausen, Telefon (03632) 603634.

Alle Seiten »Heimatarbeit« auch im Internet

Sorquitten

Sonnabend, 23. April, Bad Sassendorf: 21. Treffen des Kirchspiels Sorquitten ab 9.30 Uhr im Hotel „Haus Rasche-Neugebauer“, Wilhelmstraße 1. Damit während der Feierstunde keine Unruhe aufkommt, wird dringend um pünktliches Erscheinen gebeten. Die Meldung der Teilnahme ist unbedingt erforderlich. Weitere Informationen: Manfred Buchholz, Falkenweg 11, 99706 Sondershausen, Telefon (03632) 60363. Herzlich eingeladen sind alle Landsleute aus dem Sorquitter Kirchspiel und deren Angehörige. Auch neue Gäste sind willkommen.

Oberschule Sensburg

Dienstag, 26. April, Willingen: 64. Treffen der Schülergemeinschaft Oberschule Sensburg im Hotel „Waldecker Hof“, Korbacher Straße 24, 34508 Willingen, Telefon (05632) 79880. Weitere Informationen: Renate Pasternak, In den Birken 50, 42113 Wuppertal, Telefon (0202) 722846.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Regionaltreffen

23. April, Gera: Regionaltreffen zusammen mit der Stadtgemeinschaft Tilsit und der Elchniederung im Penta-Hotel. Beginn ist um 10 Uhr (Einlass ab 9 Uhr), Ende gegen 17 Uhr. Die Teilnehmer erwartet ein vielfältiges Programm.

Nachbarschaftsgespräche

Seit einigen Jahren treffen sich die Vorstände der Kreisgemeinschaften Elchniederung, Tilsit-Ragnit und der Stadtgemeinschaft Tilsit regelmäßig zu Nachbarschaftsgesprächen. In diesem Jahr fand dieses auf Einladung der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit im stilvollen Hotel „Haus Hainstein“ in Eisenach im Schutze der Wartburg statt.

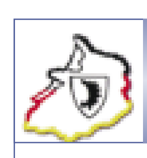
Wie in jedem Jahr wurden Themen diskutiert, die alle drei Gemeinschaften betreffen. Ganz oben auf der Liste steht hier der seit Jahren deutliche Rückgang der Mitgliederzahlen. Ein Grund ist die ungünstige Altersstruktur der Gemeinschaften. Bei der Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit sind zum Beispiel nur etwa zehn Prozent der Mitglieder unter 70 Jahre alt. Erfreulich ist dagegen, dass es trotz Schwierigkeiten immer wieder gelingt, Funktionsstellen zu besetzen, auch wenn dabei Aufgabenbereiche neu zugeschnitten werden müssen.

Positiv bewertet wurden auch die Regionaltreffen, die von den drei Gemeinschaften in wechselnder Zuständigkeit durchgeführt werden. Das Programm des letzten in Bad Nenndorf fand allgemeine Zustimmung, auch die Beteiligung war gut. Wobei erfahrungsgemäß Veranstaltungen im Gebiet der ehemaligen DDR stärker besucht werden, als in den alten Bundesländern, da landsmannschaftliche Veranstaltungen in der DDR nicht erlaubt waren. Hier besteht nach wie vor ein Nachholbedarf. Von den Vertretern der Gemeinschaften wurde die Zusammenarbeit in den jeweiligen Vorständen als sehr vertrauensvoll bezeichnet, wobei die Stadtgemeinschaft Tilsit Probleme bei der Nachwuchswerbung einräumte. Für die Zukunftssicherung bestand Einigkeit darüber, dass eine enge Zusammenarbeit der drei Vorstände unerlässlich sei. Das nächste Nachbarschaftsgespräch wird die Kreisgemeinschaft Elchniederung ausrichten. Es wird am 22. April 2017 in Würselen bei Aachen stattfinden. *Winfried Knocks*



Nachbarschaftliche Gespräche in Eisenach führten (v.l.): Manfred Gesien, Winfried Knocks, Dieter Neukamm, Fritz Klingsporn, James-Herbert Lundszien, Erwin Feige, Barbara Dawideit, Helmut Subroweit, Manfred Urbschat und Manfred Rimeike Bild: Kreisgemeinschaft Tilsit Ragnit

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT
LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Marius Jungk, Gst.: Buchtstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Post: kontakt@junge-ostpreussen.de,

Sonntag, 19. Juni: Auch in diesem Jahr nimmt der BJO am kleinen Ostpreußen- und Schlesiertreffen auf Schloss Burg bei Solingen mit einem Infostand teil. Beginn der Veranstaltung: 11 Uhr, Kundgebung: 14 Uhr.

Montag, 8., bis Sonntag, 21. August: BJO-Sommerfahrt ins Memelland. Weitere Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Freitag, 30. September, bis Montag, 3. Oktober: BJO-Herbstseminar und BJO-Bundestreffen. Informationen: www.facebook.com/events/1032910313418878/

Sonnabend, 8. Oktober: 21. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern in Neubrandenburg. Informationen: www.facebook.com/events/875847179173086/

Donnerstag, 24., bis Sonntag, 27. November: Adventstreffen im ostpreußischen Osterode. Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html

Donnerstag, 29. Dezember, bis Dienstag, 3. Januar: Silvesterfahrt nach Ostpreußen: Informationen: www.junge-ostpreussen.de/47-0-Aktivitaeten.html



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

– Terminänderung –

Frauengruppe – Die Landesfrauentagung findet nicht, wie angekündigt, am Sonnabend, 23. April, statt, sondern am Sonnabend, 28. Mai. Von 10 bis 17 Uhr treffen sich die Teilnehmer im Hotel Wartburg.. Ab 14 Uhr findet der kulturelle Teil der Tagung statt, zu dem die Mitglieder der Kreisgruppe der Ostpreußen und der Westpreußen sowie Gäste herzlich eingeladen sind.

Am Sonnabend, 23. April, wird im Haus der Heimat der Landesverbandstag des Bundes der Vertriebenen (BdV) stattfinden. BdV-Präsident Bernd Fabritius wird zu den Festredner gehören.

Buchen – Sonntag, 24. April, 15 Uhr, Gasthaus Reichsadler: „Meine Kindheit in Masuren“ – Helene Staffeldt aus Osterburken erzählt aus ihren Kindertagen in einem Dorf in Masuren.

Göppingen – *Vera Pallas berichtet über die Arbeit der Göppinger Frauengruppe:*

Unsere Gruppe umfasst 27 Frauen und einen Mann. Wir treffen uns regelmäßig, immer am ersten Mittwoch im Monat, das ganze Jahr hindurch. Diese Termine werden in der örtlichen Presse angekündigt. Zu diesen Kulturnachmittagen erscheinen doch immer 15 bis 20 sehr interessierte Teilnehmer. Der Inhalt dieser Nachmittage sind allgemeine Berichte, Stuhlgymnastik, Heimatgedichte, gemeinsames Volksliedersingen sowie Erzählungen über das Leben von ostpreußischen Künstlern und Schriftsteller.

Drei unserer Teilnehmerinnen durften ihren 90. Geburtstag feiern, dies waren Frau Scheuing, Frau Scholz und Frau Rudat. Verstorben sind im letzten Jahr die Mitglieder Frau Karas, Frau Mayer und Frau Reißmüller.

Traditionell besuchen uns einmal im Jahr unsere Landesvorsitzende der Frauengruppen, Uta Lüttich aus Stuttgart, und die Landeskulturreferentin, Ulla Gehm aus Schwäbisch Hall. Sie brachten uns hochwertige Beiträge über ostpreußische Kultur und Berichte über sehr alte Urkunden mit.

Ein gern gesehener Gast ist auch in jedem Jahr Herr Krawolitzki, der Bruder unseres Mitgliedes Eva Nagel. Er ist in Sprache und Ausdrucksweise noch ein richtig waschechter Ostpreuße. Er reist noch viel nach Masuren und kann davon sehr ausführlich und aufheiternd erzählen.

Diese Heimat-Arbeit auf Kreis-, Landes- und Bundesebene ist für uns sehr wichtig. Sie ist allerdings auch mit häufigem Verreisen verbunden. Es gilt präsent zu sein mit Tracht und Handarbeiten, und offen zu sein für Informationen und Gespräche, wie zum Beispiel am Ostermarkt, bei der Landesfrauentagung, der Delegiertentagung und dem Tag der Heimat in Stuttgart, aber auch am Tag der Heimat in Berlin. Werkwochen und Kulturseminare in Bad Pyrmont und der Herbstmarkt in Ellingen zählen ebenfalls dazu.

Beim Schülerferienprogramm vermittle ich das Bandweben. Die 12 bis 16 teilnehmenden Kinder können dann auch gleich ihre Freundschaftsbänder anfertigen. Bundesweit sind meine ostpreußischen Handarbeiten sehr gefragt, denn ich präsentiere diese bei allen Veranstaltungen, und somit erhalte ich damit auch unsere Handarbeitskultur. Auch im Dachverband der Landsmannschaften, im BdV, spielt die Göppinger Gruppe eine große Rolle. Bei deren Tagungen auf Kreis- und Landesebene vertrete ich unsere ostdeutschen Frauen.

Im letzten Oktober schwächelte ich etwas, mein Gesundheitszustand ließ mich kürzer treten, denn ich hatte auch mein 80. Lebensjahr erreicht. Herzlichen Dank an dieser Stelle für die vielen Glück- und Genesungswünsche.

An den Frühlings-, Herbst- und Adventsfeiern der Kreisgruppe nehmen auch wir Frauen regelmäßig teil. Ebenso an dem vom Vorstand der Kreisgruppe geplanten Jahresausflug. Bei Frau Meister möchte ich mich für ihre Vertretung während meines Krankenhausaufenthaltes bedanken. Ich erfuhr dann, dass sie Goldene Hochzeit hatte, und bei unserer Vorstandssitzung zur Planung der Weihnachtsfeier überreichte ich Ihr im Namen der Frauengruppe ein Blumengesteck.

Am 16. Dezember hatten wir Frauen dann unsere Weihnachtsfeier, welche einen schönen Jahresabschluss bildete. Wir durften viele Erinnerungen an die Heimat auffrischen und fühlten uns wieder alle sehr miteinander verbunden. Herzlichen Dank an unsere Gastwirtsfamilie, Frau und Herr Kapasalos, denen wir immer willkommen sind. Vera Pallas, Frauengruppenleiterin

Ludwigsburg – Donnerstag, 21. April, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

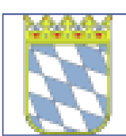
Stuttgart – Sonnabend, 30. April, 14.30 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat: Kulturnachmittag der Landsmannschaft Westpreußen. Die Mitglieder der ostpreußischen Kreisgruppe sind herzlich eingeladen.

Ulm/Neu Ulm – Sonnabend, 16. April, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Treffen der Frauengruppe. – Sonntag, 24. April, 14.30 Uhr, Ulmer Stuben: Jahreshauptversammlung. Da Beschlüsse über die Fortführung oder Beendigung der Arbeit der Kreisgruppe Ulm/Alb-Donau gefasst werden müssen, wird um zahlreiche Teilnahme und um gute Diskussionsbeiträge gebeten. Der Vorstand

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 18

dankt allen Mitgliedern und Freunden für die Teilnahme an unseren Veranstaltungen und für die Treue zu unserer Landsmannschaft. Unseren Kranken wünschen wir baldige Genesung. Wir wünschen Ihnen allen eine schöne Frühlings- und Sommerzeit und hoffen, Sie bei unseren Veranstaltungen zahlreich begrüßen zu können.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Altmühlfranken – Freitag, 29. April, 19 Uhr, Gasthof Krone, Gunzenhausen: Heimatliches Essen mit Lachs aus der Ostsee. Anschließend Vortrag zum Thema „Knigge – was wir schon immer wussten" von Barbara Danowski, Trainerin für Business-Etikette.

Ansbach – Sonnabend, 16. April, 16 Uhr, Orangerie: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl. Dazu heimatliches Essen.

Bamberg – Mittwoch, 20. April, 15 Uhr, Monatstreffen, Hotel Wilde Rose, Keßlerstraße: Vortrag zum Thema „Der Charakter der Ostpreußen".

Landshut – Dienstag, 19. April, 14 Uhr, Gasthof Zur Insel, Badstraße 16, 84028 Landshut: Infos zu den geplanten Ausflügen. – Dienstag, 3. Mai: Ausflug mit privaten Pkw.

Nürnberg – Dienstag, 26. April, 15 Uhr, Haus der Heimat, Imbuschstraße 1 (gegenüber Endstation der U1): Heimat Ostpreußen mit anschließender Jahreshauptversammlung. Der Vorstand bittet um zahlreiches Erscheinen.

Weiden – Zum Heimatnachmittag unter dem Motto „Frühling bei den Ost- und Westpreußen" konnte der Erste Vorsitzende Norbert Uschald zahlreiche Mitglieder und Gäste im Cafe Mitte willkommen heißen. Gemeinsam wurden die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder" und „Westpreußen, mein lieb Heimatland" gesungen.

Die Kassiererin Ingrid Uschald gratulierte danach den Geburtstagskindern des Monats April. Im Anschluss daran lud der Vorsitzende zum traditionellen Maibaumaufbau am 1. Mai um 14 Uhr vor dem Alten Eichamt ein. Auch in diesem Jahr beteiligt sich die Kreisgruppe am Maibaumfestzug. Die Moderation übernimmt wieder Norbert Uschald.

Zu den Themen Frühling und Vertreibung trugen Ingrid Uschald, Ilse Stark, Norbert Uschald und Andreas Uschald verschiedene Gedichte und Geschichten vor. Anita und Norbert Uschald stimmten mit Flöte und Melodika viele bekannte Frühlingslieder an und sorgten so für die entsprechende Frühlingsstimmung. Mit dem Lied „Kein schöner Land" verabschiedete man sich bis zur Muttertagsfeier am Sonntag, dem 8. Mai, um 14.30 Uhr im Cafe Mitte.

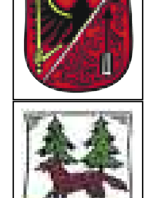


BERLIN

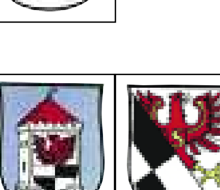
Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon 4944404.



Gumbinnen, Johannisburg, Lötzen, Sensburg – Dienstag, 19. April, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin: Frühlingsfest mit gemeinsamem Essen. Anfragen Gumbinnen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681, Johannisburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.

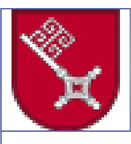




Angerburg, Darkehmen, Goldap – Donnerstag, 21. April, 14 Uhr, Restaurant „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12102 Berlin: Vortrag zum Thema „Landleben in Ostpreußen". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



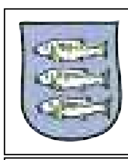
Königsberg – 29. April, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Anfragen: Elfi Fortange, Telefon 4944404.

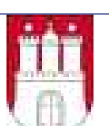


BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Stellvertretende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176. Landesgeschäftsführer: Jörg Schulz, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede, Telefon (04296) 74 77 01.

Bremerhaven – Freitag, 29. April, 14.30 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8: Kulturnachmittag. Die Vorsitzende betont aus diesem Anlass, dass die Vereinsarbeit trotz eines reduzierten Vorstandes weitergehen wird.





HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69 b, 22459 Hamburg, Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.

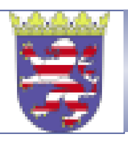
KREISKRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellem Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de



Osterode – Sonnabend, 16. April, 14 Uhr, Magnolienzimmer, Restaurant Ribling, Fuhlsbüttler Straße 755, 22337 Hamburg: Frühlingsfest. Ein gemütlicher Nachmittag mit gemeinsamer Kaffeetafel sowie Liedern und Erzählungen, um den herannahenden Frühling zu begrüßen.

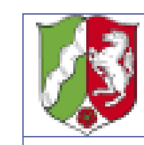


HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk (kommissarisch), Voltastraße 41, 60486 Frankfurt/M., Telefon (069) 77039652, E-Mail: bonk.ulrich@gmail.com

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 16. April, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus am See, Grundstraße 10, Kranichstein: Gemütliches Beisammensein. Das Thema an diesem Tag lautet „Gemeinsam als Mitarbeiter in der Diakonie". Es wird vom Ehepaar Karl und Ruth Lask vorgetragen. Auch Nichtmitglieder und Gäste sind immer gerne gesehen. Die Veranstalter freuen sich auf ein Wiedersehen mit allen Mitgliedern und Freunden der Ortsgruppe.

Wiesbaden – Donnerstag, 21. April, 8.30 Uhr, Hessischer Landtag, Besuchereingang Grabeneingang: Besuch des Landtags. Die Programmpunkte: Miterleben der Plenarsitzung von der Besuchergalerie aus, Gespräch mit der Landtagsabgeordneten Astrid Wallmann, Besichtigung des Stadtschlosses. Weitere Inforamtionen bei Frau Steffen, Telefon (0611) 844938.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Donnerstag, 21. April, 15 Uhr, Kreisvereinigung der ostdeutschen Landsmannschaften, Wilhelmstraße 1B, 33602 Bielefeld: Literaturkreis.

Dortmund – Montag, 18. April, 14.30 Uhr, Heimatstube, Landgrafenschule (Eingang Märkische Straße): Gemeinsames Treffen.

Düsseldorf – Jeden Mittwoch, 18.30 Uhr, Eichendorffsaal, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90: Probe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft Ostpreußen-Westpreußen-Sudetenland unter der Leitung von Radostina Hristova. – Dienstag, 19. April, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Der müde Lord" – Lesung mit Dieter Roth in Kooperation mit der Landsmannschaft Siebenbürger Sachsen. – Sonnabend, 23. April, 14 Uhr, Konferenzraum im Parterre, GHH: Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Düsseldorf. Zum Abschluss wird der Ostpreußenfilm „Land, Leute und ihre Verhältnisse 1913 bis 1945" gezeigt. – Mittwoch, 27, April, 19 Uhr, Raum 412, GHH: „Polen in NRW – Projekt Porta Polonica" – Vortrag von Jacek Barski. – Donnerstag, 28, April, 19 Uhr, Konferenzraum, GHH: „Ein deutsches Tagesbuch" – Lesung mit Stefan Chwin.

Gütersloh – Sonnabend, 30. April, 21 Uhr (Einlass ab 20 Uhr), Haus Heitmann, Güterslohｅr Straße 63, Herzebrock-Clarholz (Pixel): Tanz in dem Mai. Es gibt Livemusik mit dem Duo „Robertos Musikexpress".

Neuss – Sonntag 17. April, 15 Uhr (Einlass ab 14 Uhr), Marienhaus, Kapitelstraße 36: „Frühlingsfest" mit Tanz und Vorträgen. Informationen: Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon, (02131) 3843400.

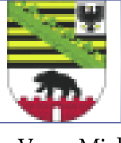
Witten – Montag, 18. April, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreisgemeinde, Lutherstraße 6–10: Film über das Oberland und den Oberlandkanal.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – 7. Mai, 14 Uhr, Eschemuseum, Sachsenstraße 3: Flucht, Vertreibung und Integration stehen im Mittelpunkt dieses Nachmittages. Dazu werden Landsleute über ihre persönlichen Erlebnisse sprechen.

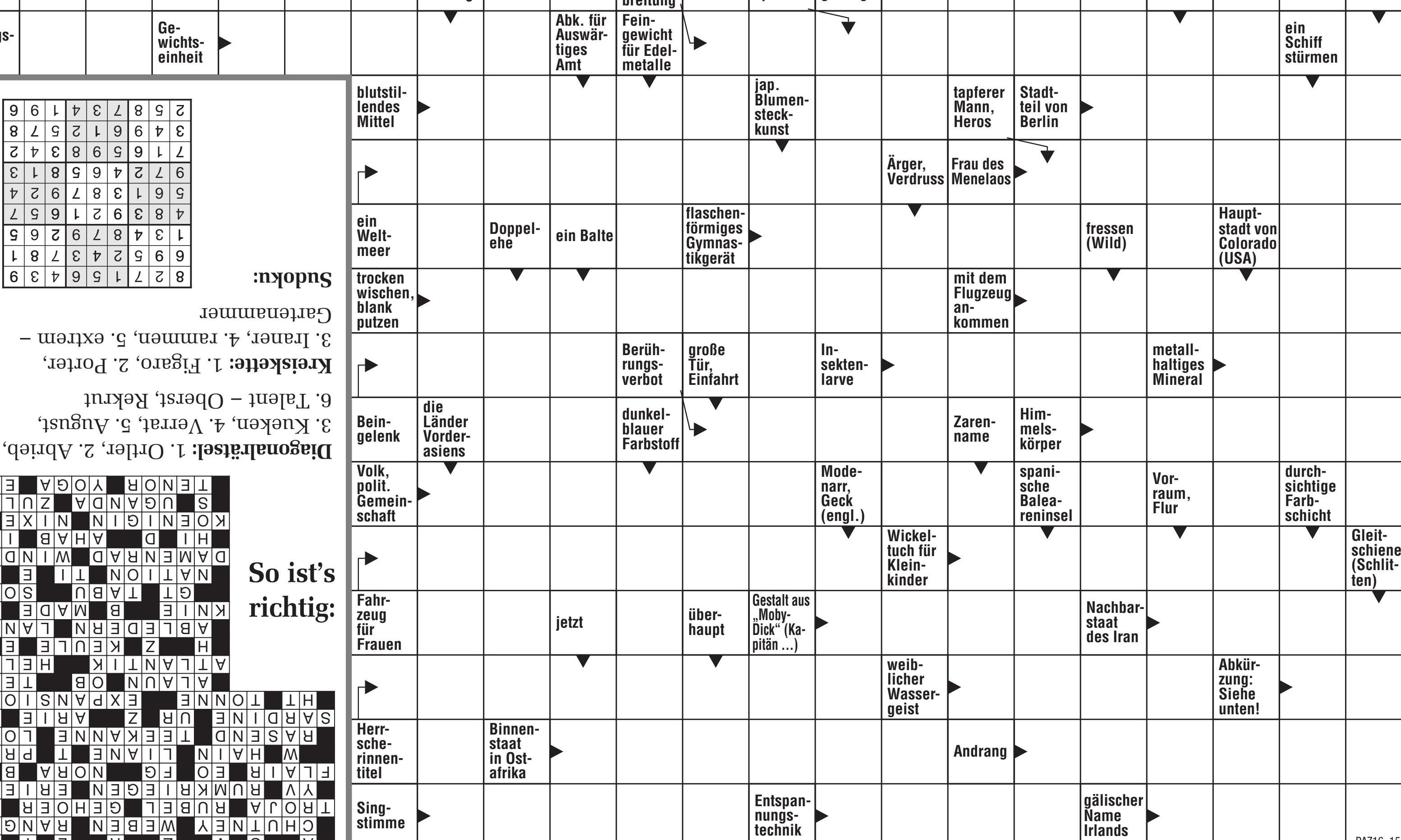


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Magdeburg – Freitag, 22. April, 16 Uhr, TuS Zielitzer Straße: Treffen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 20



Sudoku

8								9
6	9			4			8	1
1		4				2		5
		3	9		1	6		
			3		7			
		2	4		5	8		
7		6				3		2
3	4			1			7	8
2								6

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

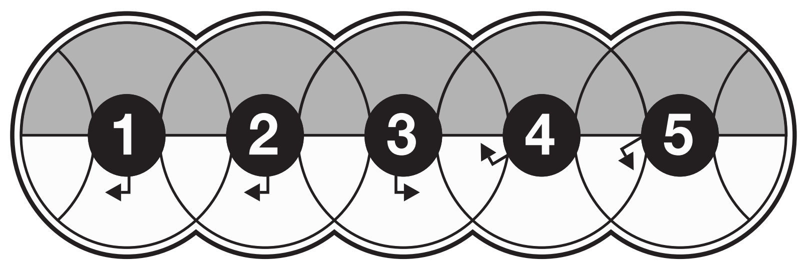
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei militärische Dienstgrade.

1 Alpengipfel in Südtirol
2 Verschleiß, Abnutzung
3 Junges der Henne
4 schwerer Vertrauensbruch
5 Monatsname
6 Begabung

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen Singvogel, Ortolan.

1 Opernfigur bei Mozart, **2** dunkles englisches Bier, **3** Vorderasiat, Perser, **4** tief eintreiben (Pfahl), **5** übertrieben, äußerst



So ist's richtig:



Diagonalrätsel: 1. Ortler, 2. Abrieb, 3. Kueken, 4. Verrat, 5. August, 6. Talent – Oberst, Rekrut

Kreiskette: 1. Figaro, 2. Porter, 3. Iraner, 4. rammen, 5. extrem – Gartenammer

Sudoku:

8	2	7	1	5	6	4	3	9
6	9	5	2	4	3	7	8	1
1	3	4	8	7	9	2	6	5
4	8	3	9	2	1	6	5	7
5	6	1	3	8	7	9	2	4
9	7	2	4	6	5	8	1	3
7	1	6	5	9	8	3	4	2
3	4	9	6	1	2	5	7	8
2	5	8	7	3	4	1	9	6

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 19

fen des Singekreises. – Dienstag, 26. April, 13 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.

Gardelegen – Freitag, 29. April, 14 Uhr, Begegnungsstätte des VS Gardelegen: Neuwahl des Vorstandes. Außerdem der Diavortrag „Eine Reise durch Ostpreußen“.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Schwartau – Donnerstag, 21. April, 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte, Auguststraße 34a, 23611 Bad Schwartau: Monatstreffen mit Dr. Gie Vanderhult. und Alfred Klindwort. Unter dem Motto „Helfen, wo der Pfeffer wächst“ sprechen die Fachärztin für Plastische Chirurgie und der Orthopädietechniker-Meister über ihr ehrenamtliches Engagement auf Madagaskar. Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft Ostpreußen sind herzlich eingeladen.

Flensburg – Freitag 22. April, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé: Kaffeetafel mit einem Vortrag von Gorm Casper, dem Geschäftsführer der Tourismus Agentur Flensburger Förde (TAFF).

Pinneberg – Sonnabend, 7. Mai, 8 Uhr: Tagesausflug mit dem Bus in die nahe Umgebung zusammen mit den Senioren der „Kirche am Fahlt“.

Schönwalde – Freitag, 22. April, 19 Uhr, Waldschänke auf dem Bungsberg: Jahreshauptversammlung mit Königsberger-Klopse-Essen und einer Trachtengruppe. Anmeldungen bis zum 18. April bei Hans-Allfred Plöttner, Telefon (04528) 495 oder bei Ulrich Schrank, Telefon (04528) 9901.

Uetersen – Freitag, 6. Mai, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Auf dem Programm stehen Frühlingslieder; Sabine Mennerich begleitet am Flügel.



Lorenz Grimonis Unterschrift besiegelte die Fusion: Das Anfang 2016 geschlossene Museum Stadt Königsberg, dessen Leiter Grimoni war, wird mit seinen Beständen im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg aufgehen. Der Vertrag wurde am 8. April in einer feierlichen Zeremonie unterzeichnet. Mehr darüber, lesen Sie in der nächsten *PAZ*.

Zwei Tage Platt

Ostpreußisch »schabbern«

Wollen die bisherige Arbeit fortsetzen: Bruno Romeiks, Hans Georg Ippig, Marlies Raudschus und Burghard Lehmann Bild: privat

Ostpreußisch Platt“ ist eine bundesweite Arbeitsgemeinschaft, die dazu beizutragen möchte, die ostpreußische Sprache zu erhalten. In über 60 Arbeitssitzungen bislang wurden wertvolle Dokumentationen erstellt. Dazu zählen Sammlungen von Liedern, Kochrezepten, Alltagsgeschichten, Berichte über die Flucht und die Heimreise. Festgehalten wurde dies in Heften, Büchern, CD's und DVD's. Da sie jeweils in Platt und Hochdeutsch verfasst sind, bieten sie eine wertvolle Hilfe zum Erlernen des ostpreußischen Dialektes. Darüber hinaus haben die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft an dem Buch „Eck vertäll miene Jeschichte – Plattdeutsche Alltagserzählungen aus Ostpreußen“, einer Schriftenreihe der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde, aktiv mitgearbeitet.

Dieses alles war nur möglich, durch den begeisterten Einsatz aller Mitglieder unter den damaligen Vorsitzenden Dietrich Goldbeck, Siegfried Grawitter und Dieter Mau. „Ihnen gilt ein herzliches Dankeschön“, betont der heutige Vorsitzende Burghard Lehman. Die Arbeitsgemeinschaft Ostpreußisch Platt besteht nunmehr seit über 30 Jahren. Die jetzigen Mitglieder wollen diese Arbeit fortsetzen. Lehmann konnte beim ersten Treffen in diesem Jahr 15 Teilnehmer und zwei Gäste begrüßen. Diejenigen, die den Dialekt noch aus ihrer Kindheit kannten, sprachen während der zwei Tage nur Platt. Die anderen versuchten, meist mit Erfolg, das Gesagte zu verstehen. Wolfgang Rothe hat in akribischer Arbeit mehrere hundert Worte in ostpreußisch Platt gefunden, die aus anderen Sprachen, wie Litauisch, Prußisch oder Jiddisch übernommen worden sind. Sie zeigen, wie eng Ostpreußen schon immer mit den umliegenden Ländern verbunden war. Dies hat er in seinem Vortrag „Mundart in Preußisch Litthauen“ sehr interessant und lebendig vorgetragen.

Die weitere Arbeit in diesem Jahr widmet sich dem ostpreußischen Liedgut. Es soll weiter vervollständigt werden. Denn singend kann die Sprache leichter an Lernwillige weitergegeben werden. Worte und Aussprache prägen sich besser ein. Eine Sonderstellung nimmt das erste Ostpreußenlied „Sie sagen all, du bist nicht schön“ ein. Dieses Lied wurde als Gedicht ohne Melodie verbreitet. Die meist musikalischen ostpreußischen Dorfschullehrer haben dann jeder für sich eine Melodie für dieses Gedicht geschrieben. Vielleicht gibt es aber auch eine andere Erklärung für dieses Lied mit den vielen Melodien. Weiß jemand etwas?

Für die Vervollständigung der Liedersammlung können auch die Leser dieser Zeitung mithelfen. Wenn sie Lieder auf Ostpreußisch Platt kennen, schicken Sie diese bitte an: Burghard Lehmann, Dibberser Straße 54, 28277 Bremen, oder per eMail an: burghardlehmann@t-online.de. Dies kann schriftlich, gesprochen oder auch gesungen geschehen. Das nächste Arbeitstreffen findet vom 29. bis 30. Oktober statt. Wer mehr über die Arbeitsgemeinschaft wissen möchte, kann sich ebenfalls bei Burghard Lehmann melden. *Gerhard Raßner*

Immer mehr »Freunde Masurens«

Schon 252 Mitglieder zählt der Verein – Jetzt traf man sich zur Jahreshauptversammlung

Am 1. April fand im niedersächsischen Scharnebeck im Hotel Europa die gut besuchte Mitgliederversammlung der „Freunde Masurens“ statt. Der Verein, der vor sechs Jahren gegründet wurde, möchte unter anderem die friedliche und gutnachbarschaftliche Partnerschaft zur Region von Ermland und Masuren in Polen und dem Königsberger Gebiet in Russland fördern, sowie besonders die dortige deutsche Volksgruppe unterstützen.

Zur Mitgliederversammlung begrüßte die Erste Vorsitzende, Kerstin Harms aus Grünhagen, alle Anwesenden sehr herzlich. Sie begann ihren Bericht mit der Nachricht, dass der Verein seit der letzten Sitzung im März 2015 einen Zuwachs von 25 Prozent verzeichnen könne. Er hat jetzt 252 Mitglieder, die aus Deutschland, Polen, Russland, USA, Portugal und sogar Brasilien kommen.

Die Vorsitzende berichtete von den Aktionen des letzten Jahres, insbesondere über die große und erfolgreiche Jubiläumsfeier „Fünf Jahre Freunde Masurens“, zu der über 700 Gäste und Interessierte in das Glockenhaus kamen. Auch die Fahrradsammelaktion – es



Ein Blumenstrauß für Adelgunde Marxen: Kerstin Harms und Pastor Fryderyk Tegler ehrten die ehemalige Schatzmeisterin des Vereins Bild: privat

wurden mittlerweile über 200 Fahrräder gespendet – war eine gute Sache. Im September wurden die Räder im Lkw nach Masuren gebracht, dort repariert und an sozial Schwache verschenkt oder verkauft. Viele benötigen ein Fahrrad, um zur Arbeit oder zum Einkaufen zu kommen, und manche zahlen es mit 2,50 Euro in monatlichen Raten ab. Die Aktion „Pakete der Liebe“ zu Weihnachten war auch wieder ein großer Erfolg. Mit einem 7,5-Tonnen-Lkw wurden die Geschenke, Reha-Hilfsmittel und warme Wintersachen nach Masuren gebracht. Es geht hierbei um die Unterstützung von bedürftigen und alten Menschen und kinderreichen Familien, aber auch um lebendige Partnerschaft mit Schulen und Kindergärten, um das Lernen der deutschen Sprache zu fördern und Vorurteile abzubauen.

> 62000 Euro für die Kirche in Warpuhnen

Eins der wichtigsten Vorhaben für das laufende Jahr findet schon im April statt. Am Freitag, 22. April, fliegen zehn Mitglieder nach Masuren, um die Kirche in Warpuhnen, an der die Idee zur Gründung dieses Vereins entstand und die zu verwahrlosen droht, zu säubern und mit der evangelischen Kirchengemeinde des Nachbarortes ihr 150-jähriges Jubiläum zu feiern. Seit 25 Jahren fanden dort in der Kirche keine Gottesdienste mehr statt. Im Oktober 2014 wurde die Kirche für 62000 Euro mit Hilfe einer privaten Spende vor dem Verfall gesichert. Am 24. April findet dort nun ein festlicher ökumenischer Dankgottesdienst statt, der vom Verein „Freunde Masurens“ organisiert wird.

Die Schatzmeisterin des Vereins, Adelgunde Marxen, legte ihr Amt wegen Umzug nieder, bleibt aber weiter im Vorstand. Zur neuen Schatzmeisterin wurde einstimmig die Scharnebeckerin Gisela Runte gewählt. Weitere Informationen unter www.freunde.masurens.de

In Adebars Reich

Zurück aus den Winterquartieren Afrikas – In Kroatiens »Storchenhauptstadt« Cigoc leben mehr Störche als Menschen

In diesen Wochen kehren die Störche in ihre Sommerquartiere zurück. Nicht nur Ostpreußen ist beliebtes Reiseziel der Vögel, auch Kroatien. Dessen „Storchenhauptstadt“ ist das 124-Einwohner-Dorf Cigoc in den Save-Auen.

Das frühmorgendliche Bild von Cigoc ist stets das gleiche: Der alte Bauer mit der blauen Baseballkappe und seine Frau treiben ihre zwei Kühe über die Dorfstraße in die Allmende. Die Frau trägt Kopftuch und geht am Stock. Der Bauer sitzt o-beinig auf seinem vorsintflutlichen Rad und schwingt die Gerte. Ohne das Geklapper der Störche, die in den Horsten den Kopf in den Nacken werfen, und ihr katzenartiges Gefauche wäre es friedhofsstill im Ort. Am Himmel kreisen 17 Störche, durch die Auen hüpfen die Frösche. Willkommen in Adebars Reich in Kroatiens Save-Auen!

Die Hauptstadt der europäischen Störche ist ein 124-Seelen-Dorf in Westslawoniens Posavina, dem Flachland beidseits der Save, eine Bahnstunde südöstlich von Zagreb. 1994 bekam das Dorf von der Umweltstiftung Euronatur den Titel „Europäisches Storchendorf“ zuerkannt.

Jedes Jahr im April kommen die Störche aus Afrika zurück. Auf fast jedem Dach der Holzhäuser und Scheunen thront ein Nest. 45 Nester, auf die sich an die 200 Störche verteilen – mehr als das Dorf Einwohner hat. Vorigen Sommer waren 34 Nester besetzt, in den meisten hockten zwei Junge. Die Ansammlung hat zwei Gründe: Das große Nahrungsangebot in den Auen und die Weite der Allmendeweiden – überreich ist der Tisch mit Fischen, Fröschen und Mäusen gedeckt.

In der Besucherinfo berichtet Davor Anzil vom Storchenleben. Den Winter verbringen die Störche von Cigoc in Afrika. Der 46-Jährige zählt die Etappen auf: „Save, Donau, Istanbul, Jordanien, Ägypten, den Nil aufwärts.“ Um den globalen Bestand der Schreitvögel ist es nicht schlecht bestellt – schießwütigen Vogeljägern im Mittelmeerraum zum Trotz. In Westeuropa steigt ihre Zahl wieder, in Mittel- und Osteuropa ist der Storch aus dem Bild der Dörfer nie verschwunden.

Die Störche takten das Jahr in den Save-Dörfern durch wie die katholischen Feiertage. Am 19. März, dem Tag des Heiligen Josef, wird die Ankunft Adebars gefeiert, Ende Juni das Fest Štrokovo, der Storchen-Tag. Mitte August heben die Zugvögel für die große Reise ab.

Seit 1998 ist Lonjsko Polje, die Gegend um die Save-Auen-Dörfer, ein Naturpark. 243 Vogelarten wurden schon gezählt, 135 davon brüten hier. Im Park gibt es zirka 550 Pflanzenarten, 41 Fisch-, 16 Amphibien-, zehn Reptilien- und 58 Säugetierspezies, darunter Fischotter, Biber und Goldschakal, eine Hundeart.

Die Save hat in Lonjsko Polje viel Raum: 506 Quadratkilometer, eines der größten Feuchtbiotope Europas, drei Viertel Auenwald, der Rest Weideland. Jedes Jahr im Frühjahr und Herbst tritt die Save über die Ufer. Das Schwemmgebiet schützt als Rückhaltebecken Städte und Dörfer flussabwärts vor Hochwasser.

„Wildnis – das ist heute eine Phrase“, sagt Željko Vasilik, ein Hobby-Ornithologe, der im nahen Budaševo aufgewachsen ist und in den Dörfern Oberleitungen isoliert, damit die Störche in den auf Strommasten gebauten Horsten keine Kurzschlüsse auslösen. Seit 200 Jahren greife der Mensch hier in die Natur ein, baue Deiche, schaffe Grasland, sagt Vasilik. Noch als Kind, als Budaševo ohne Deich war, erlebte er, wie das Wasser direkt hinter dem Haus die Eichenwälder überschwemmt hat. Die Eingriffe in die Landschaft haben die Weidewirtschaft erst möglich gemacht. Die alten Haustierrassen werden in Lonjsko Polje noch heute gehalten, so das Turopolje-Schwein, das Posavina-Pferd und das slawonische Steppenrind. Im 19. Jahrhundert, zählt Vasilik auf, habe es eine halbe Million Turopolje-Schweine in der Region gegeben, dazu 40 000 Pferde. Heute seien es noch 40 000 Schweine und 5000 Pferde. Das genüge, um die Landschaft offen zu halten.



Klepetan & Malena – Bild: Ivo Biočina/CNTB

Klepetan & Malena beschreiben die Liebesgeschichte zweier Störche, deren Liebe alljährlich über die Wintermonate hinweg auf eine harte Probe gestellt wird. Denn diese verbringen sie getrennt voneinander. Jeden August fliegt Klepetan 13 000 Kilometer von Kroatien aus in den Süden nach Afrika, während Malena – die verletzungsbedingt leider nicht länger zu fliegen vermag – allein zurückbleibt und in der Obhut von Pflegern am Stadtrand der kroatischen Stadt Slavonski Brod auf die Rückkehr ihrer großen Liebe wartet. Jedes Jahr kehrt Klepetan im März zu Malena zurück. Auch diesmal wieder.

In diesem Jahr bot die Kroatische Zentrale für Tourismus seinen Fans die Möglichkeit, der Ankunft von Klepetan entgegenzufiebern und zugleich an dieser ewigwährenden Liebesgeschichte teilzuhaben. Die Netzwerk-Kampagne „Say hello to someone you love“/„Grüße jemanden, den du liebst“ startete im März und rief dazu auf, über Twitter, Facebook oder Instagram jemanden zu grüßen, den man liebt. So konnte man beispielsweise eine geliebte Person in dem romantischen „Klepetan & Malena“-Video auf Facebook markieren oder ihr eine digitale Liebes-Postkarte zusenden.

Über die alte Asphaltstraße des Dorfes tänzeln Zitronenfalter, in den Höfen scharren die Hühner und watscheln Entenfamilien im Geleitzug. Einige der Posavinahäuser sind über 200 Jahre alt. Schornsteine sucht man bei vielen vergebens. Der Rauch dringt durch das Dach. Die Konstruktion wird so konserviert, Schinken und Wurst geräuchert. Eine Reihe Häuser bewirbt Fremdenzimmer. Viele Bauernhäuser sind verwaist. So ist es in allen Dörfern der Save-Auen, die entlang der Straße von Sisak nach Jasenovac wie Perlen einer Kette aufgereiht sind.

Cigocs Einwohnerschaft ist überaltert. „Die jungen Leute ziehen in die Städte und ins Ausland“, bedauert Vasilik, „Cigoc und die anderen Dörfer sterben aus.“ Gegenüber der Agrarindustrie sei die traditionelle Landwirtschaft unprofitabel. „Es braucht ein Logo, um höhere Preise zu erzielen“, so der 51-Jährige. In der Summe können Landwirtschaft, Tourismus und ökologische Subventionen tragfähig sein.

Vasilik startet seinen alten Fiat. Es geht ins Nachbardorf Mužilovcica. Im Grasland hinterm Dorf haben Imker ihre Kästen abgestellt. Im Schatten des Eichenwaldes dösen schwarzgefleckte Turopolje-Schweine. Die robusten Tiere sind das ganze Jahr über draußen. „Die Leute wissen oft nicht mehr, wie viele Schweine ihnen gehören“, sagt Vasilik. Aber jedes Schwein erkenne seinen Besitzer am Ruf, wenn der ein süßes Extra bringe. Mensch und Tier wissen hier noch, was sie aneinander haben. Auch das ein Grund, weshalb sich die Störche hier wohlfühlen. *Kai Althoetmar*

Gang zum Welterbe

Wandern in der »Toskana des Nordens«

Saale-Unstrut wartet zwar noch auf den offiziellen Ritterschlag durch die Unesco, Welterbe ist es trotzdem. Einmal im Jahr lädt der Förderverein Welterbe an Saale und Unstrut zum Wandern in der „Toskana des Nordens“ ein. Nächster Termin ist der 16. April. Beim 3. Welterbe-Wandertag stehen mehr als zehn Wander- und Radtouren in allen Schwierigkeitsgraden zur Wahl. Zahlreiche Museen und Ausstellungen sind an diesem Tag für die Welterbewanderer kostenfrei zugänglich.

Saale-Unstrut ist das Kernland des frühen deutschen Königtums. Die Region zwischen Leipzig und Weimar beeindruckt mit imposanten Burgen und Schlössern, Domen, Klöstern und Kirchen. Die ehemaligen Herzogtümer Sachsen-Weißenfels, Sachsen-Merseburg und Sachsen-Zeitz zeugen mit majestätischen Barockschlössern von einer prunkvollen Vergangenheit. Der Welterbewandertag ist eine Gelegenheit, in diese facettenreiche Historie einzutauchen.



Bild: Ch. Buchheim

Start und Ziel: Kloster Pforta

Start und Ziel des Wandertages ist das ehemalige Zisterzienserkloster Schulpforte zwischen Bad Kösen und Naumburg. Der 1137 gegründete Konvent spielte in der Geschichte der Region eine wesentliche Rolle. Es entwickelte sich schnell zu einem der reichsten Klöster Ostthüringens. Heute liegt es in Sachsen-Anhalt.

Zum Welterbewandertag starten regelmäßig Führungen über das Klostergelände. Alle Wanderungen und Radtouren sind geführt. Die Touren sind so konzipiert, dass möglichst alle Interessierten ein passendes Angebot finden. Es reicht vom gemütlichen Spaziergang für Senioren und Familien mit Kindern bis zur sportlich-anspruchsvollen Exkursion für Geübte. Die Teilnahme am Welterbewandertag ist kostenlos. Es wird jedoch um Voranmeldung über den Saale-Unstrut-Tourismus e.V. gebeten.

Informationen zum Welterbewandertag gibt es im Internet: www.saale-unstrut-tourismus.de/welterbe-wandertag-2016 *PAZ*

Ein »Vampir« zum Verlieben

Im Frühling schwirren Fledermäuse aus – Die Tiere sind gefährdet

Nach ihrem Winterschlaf, der mehr eine Lethargie ist, schwirren Fledermäuse im Frühjahr wieder massenweise aus. Früher gruselten sich die Menschen vor diesen Blutsaugern, und auch heute ist es uns unheimlich, wenn wir sie nachts fliegen sehen. „Dracula“-Filme haben ein Übriges dazu beigetragen, dass alle Fledermäuse als gierige Vampire gesehen werden, die nachts über uns herfallen.

Doch das ist Unsinn. Nur amerikanische Vampirfledermäuse lecken Blut. Generell sind Fledermäuse harmlos und benötigen Schutz, denn sie sind stark vom Aussterben bedroht. In der ganzen Welt gibt es ungefähr 900 verschiedene Arten. Die in Deutschland lebenden 22 Arten sind ebenfalls vom Aussterben bedroht. Grund dafür ist, dass man den Tieren ihre Quartiere genommen hat. Früher hausten sie in Dachböden, Höhlen, Bunkern und alten Bäumen. Jetzt sind Einfluglöcher vieler Gemäuer zugemauert und altes Holz ist gefällt. So gibt es wenige Orte, wo sie Unterschlupf finden, die Jungen aufziehen und den Winter überdauern können. Fledermäuse fressen Insekten, können uns von lästigen Mücken und anderen Plagegeistern befreien. Durch die Verwendung von Insektengiften und Versiegelung insektenreicher Wiesen bleibt kaum noch Beute übrig.

Mit Mäusen haben sie indes wenig zu tun. Vielmehr gehören sie zu einer eigenen Ordnung, der Fledertiere. Als nachtaktive Tiere krallen sie sich in ihren Höhlen mit den Füßen an der Decke fest und schlafen mit dem Kopf hängend nach unten, weil ihre Hinterbeine zu schwach sind, um aufrecht darauf sitzen zu können. Klein sind die Beine, weil fliegende Tiere so leicht wie möglich sein müssen. Sie sind die einzigen Säugetiere, die aktiv fliegen können und verfügen über eine dünne Flughaut, die sich vom Hals und Handgelenk über die verlängerten Finger bis hin zum Fußknöchel und zum Schwanz hin spannt. Aufgefaltet ist der Flügel aerodynamisch geformt, sie müssen beim Fliegen nur wenig Luftwiderstand überwinden.



Bild: Eberhard Menz/Nabu

Nachtaktiv: Mausohrfledermaus im Anflug

Die Fledermäuse haben ein beeindruckendes Verfahren entwickelt, um sich zu orientieren. Sie finden ihre Beute im Dunkeln, indem sie schrille Schreie ausstoßen. Diese sind in sehr hoher Tonlage, sodass kein Mensch sie hören kann. Der von der Fledermaus ausgesandte Schall trifft auf Insekten, Bäume und vieles andere. Die Echos, die von den Dingen zurückgeworfen werden, fängt die Fledermaus mit den Ohren auf und erkennt so ganz genau deren Größe, die Entfernung und die Position. Sie verfügen also über eine Ultraschall-Echopeilung. Hilfreich sind dabei die großen, nach vorne gerichteten Ohren des Tieres. So könnte man sagen, dass Fledermäuse mit den Ohren „sehen“ können. Die Echopeilung ermöglicht ihnen auch, in völliger Dunkelheit zu fliegen.

Auf der Internetseite www.fledermausschutz.de des Deutschen Naturschutzbundes findet man viele Hinweise für Hilfen für diese bedrohte Tierart, die in einem Mann im Fledermauskostüm ihren eifrigsten Fürsprecher haben: dem Comic-Helden Batman. „Bat“ – so heißen die Fledertiere im Englischen. *Silvia Friedrich*

Lebens-Lust mit »LebensArt«

Mit einem umfassenden Angebot, präsentiert von über 130 Ausstellern, gastiert die „LebensArt“ vom 15. bis 17. April im Schlosspark von Schloss Kartzow bei Potsdam. Die führende Messe für Garten, Wohnen und Lebensstil bietet eine üppige Auswahl interessanter Wohnideen. Ein umfangreiches kulinarisches und musikalisches Angebot verspricht einen abwechslungsreichen Ausflug ins Grüne.

Projektleiter Kevin Holstein, der den Veranstalter „Das AgenturHaus GmbH“ (Lübeck) vertritt, zeigt sich begeistert von der Vielfalt der Messe: „Wir bieten für jeden das Passende. Von Dekorationen für kleine Stadtbalkone bis hin zu Wintergärten und Pavillons für imposante Gärten ist bei uns alles zu haben, was das heimische Ambiente verschönert.“ Die Aussteller sind für jeden Geschmack und jede gewünschte Funktion gerüstet: Pavillons im gregorianischen oder viktorianischen Stil sind ebenso zu haben wie modern-futuristische Varianten.

Die „LebensArt“ im Schlosspark von Schloss Kartzow ist vom 15. bis 17. April jeweils von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Der Eintritt für Erwachsene beträgt acht Euro. Kinder bis 15 Jahre erhalten in Begleitung Erwachsener freien Eintritt. Weitere Informationen unter Telefon (0451) 89906456, per E-Mail an holstein@das-agenturhaus.de oder im Internet unter www.lebensart-messe.de *PAZ*



Vorzeit-Nostalgie

Autorin verklärt Vergangenes

Inge Friedl, 1959 in Graz geborene Germanistin und Historikerin, verfasste bislang 14 Bücher. Oder hat sie ein und dasselbe Buch 14-mal geschrieben? Die monotone Titelwahl („Wie's früher einmal war", „So war's der Brauch", „Wie's amol wor" undsoweiter) suggeriert so etwas. Sie will deutschsprachigen Lesern unbedingt einreden, dass Leben in „Bescheidenheit" und Beschränkung höheres Leben sei – allseitiger, ökologischer, menschlicher, anregender. Wer glaubt das? Bestimmt keiner, der (wie der Rezensent) seine Kindheit im Nachkriegsdeutschland erlebte. Davon verblieb vorwiegend hässliche Erinnerung an Hunger und Ärmlichkeit. „Bewährt" hat sich da nichts, allem Schönfabulieren zum Trotz.

Die Autorin verklärt Vergangenes und verdächtigt Heutiges, und das in grotesker Radikalität. Ihr Idol ist ein gewisser Paul Horn, der tagtäglich fünf Stunden verplempert, um sein Brot zu backen, während die Leute gegenteilig verfahren: „Jedes fünfte Brot landet in Österreich auf dem Müll. (...) Die Menge an Brot, die täglich in Wien weggeworfen wird, entspricht dem Tagesbedarf von Graz." Und wer soll das glauben? Wovon, wenn nicht von einem Riesenvermögen, lebt der Fünfstundenbäcker? Und gibt es in Wien oder Graz keine „Secondbäck"-Läden, keine „Tafeln" für Bedürftige oder wo unverkäufliches Brot sonst noch Abnehmer findet? Geschäfte, die Tag für Tag Waren wegwerfen, sollten ihre Einkaufsplanung überdenken.

Manchmal liest man Friedl als unfreiwillig komisches Elaborat. Anders ist zum Beispiel ihr Lob des Wochenendbads „im Holzschaff in der Küche" nicht zu ertragen, das wohl nur noch in sächsischen Uraltwitzen lebt: „Warum gibt es in Dresden keine Premieren am Sonnabend? Weil keiner kommt, alle baden." Gemeinschaftliches Essen aus einer Suppenschüssel steht ihr für „Gemeinschaft" und „Grundpfeiler der alten Tischkultur", wo es eher zu Wilhelm Buschs Karikaturen passt. Ihre Hymnen auf Fressorgien beim „Schlachtfest" sollten Psychoanalytiker deuten, während Ästheten Uhlands heiteres „Metzelsuppenlied" vorziehen. Aber der war kein Österreicher, zählt also nicht für die Autorin, die Erzherzog Johann 1816 als Promotor der Kartoffel feiert, da sie offenkundig nicht die „Kartoffelbefehle" Friedrichs des Großen von 1746 kennt. Was Frau Friedl sonst noch preist, ist groteske Museumsstaub: „Frühjahrsputz", „Brautkästen", „Anschaffungen fürs Leben". Schuhe, Kleidung, Geräte immer wieder zu flicken, zeugt nicht von Nachhaltigkeit, sondern steht für primitive Mangelwirtschaft wie in der DDR, wo der Autor noch 1989 Geschäfte für Laufmaschenaufnahme und Nachfüllung von Kuli-Minen filmte.

Guter Tipp: Lasst Kinder lesen

Bevor der Leser Frau Friedl völlig als wirre Vorzeit-Nostalgikerin abtut, wird er angenehm überrascht von den Schlusskapiteln, in denen sie gute Vorschläge kundig begründet: Erzählt Kindern gute Stories, wie weiland „Ilias" oder „Nibelungen", die über Jahrhunderte nur mündlich verbreitet wurden. Lasst Kinder in alten Büchern blättern, die wohl jeder Haushalt hat. Singt mit Kindern, Gesang steigert schulische Lernfähigkeit. Nicht nur schulische: Der Autor hat als junger Slawist viele Sommerschulen für Sprache und Literatur in ganz Osteuropa besucht und weiß, wie viel Sprachpraxis er durchgesungenen Nächten im Vielvölker-Kollegenkreis verdankt.

Wolf Oschlies

***Inge Friedl: „Was sich bewährt hat. Begegnung mit alter Lebensweisheit"**, Verlagsgruppe Styria Wien-Graz-Klagenfurt 2015, gebunden, 176 Seiten, 19,90 Euro*

Wie Politiker tricksen

Dushan Wegner deckt auf, wie Mächtige »gemacht« werden



Politiker lassen sich ihre Reden von medial geschulten Profis schreiben, das ist bekannt. Weniger bekannt ist, dass Spitzenpolitiker sich darüber hinaus für ihre Auftritte trainieren und ein bestimmtes Image verpassen lassen. Wie genau das funktioniert, welche psychologisch wirksamen Methoden eingesetzt werden, entzieht sich meist der Wahrnehmung des Zuhörers. Der 1974 in Tschechien geborene Germanist und Medienwissenschaftler Dushan Wegner hat die politische Sprache von Spitzenpolitikern jahrelang beobachtet und analysiert.

Zurzeit arbeitet er selbst als Textschreiber und Politikberater. Das hat ihn nicht daran gehindert, eine Art Enthüllungsbuch über sein Metier zu schreiben. „Talking Points oder Die Sprache der Macht" lautet der Titel seines Buches. Der englische Begriff „Talking Points" entstammt dem politischen Jargon und meint Sprachtricks, mit denen Politiker uns Bürgern ihre Meinung verkaufen, damit wir sie wählen. Oder mit den Worten des Autors: Sinn und Aufgabe eines „Talking Points" ist es, Menschen fühlen zu lassen, dass es „gut" sei, dem Redner in seinen Auffassungen zu folgen. Wegner stellt die nicht so leicht durchschaubaren Auslöser („Trigger") vor, mit denen dieser Eindruck erzeugt wird. Mit dem Erfolg, dass diesen Spitzenpolitikern bestimmte Eigenschaften und Fähigkeiten zugeschrieben werden, die sie in den Augen der Menschen als Führungspersönlichkeiten qualifizieren. Diese Eigenschaften werden in den Kapitelüberschriften genannt, die wichtigsten sind Güte, Weisheit, Echtheit, Kompetenz, Alte Werte, Kümmern.

Das Buch glänzt mit denkwürdigen Sätzen wie diesem: „Es ist für das Weiterbestehen der Menschheit wichtig, dass ihre Häuptlinge glaubhaft eine gewisse ‚Güte' ausstrahlen, deshalb folgen wir den ‚Gütigen' so viel lieber." Wer ganz oben ankommen und bleiben will, nehme also beizeiten eine Haltung der Güte an, „wecke" die Güte in sich, bis sie möglichst „Teil der genuinen Persönlichkeit wird". Wegner bezieht sich auf gelungene und misslungene Politikerauftritte und verrät Tipps und Tricks an diejenigen, die in der Politik Karriere machen möchten. Er räumt übrigens ein, dass manche Politiker Naturtalente sind, die unbewusst all das einsetzen, was andere sich mühsam aneignen. Vermutlich sind es eher die anderen, denen das Missgeschick passiert, aus der Rolle zu fallen und dann auch prompt ihr Ziel zu verfehlen, etwa Bundeskanzler zu werden.

Gleiche Methode wie bei Produktwerbung

Von Anfang an hat man den Eindruck, dass wir Bürger als Wahlvolk im Prinzip mit denselben Methoden beeinflusst werden, die auch die Produktwerbung anwendet, um potenzielle Konsumenten zu korrumpieren. Neben der Vereinfachung sei nicht zufällig das „emotionale Bombardement" eine Erfolgsmethode, meint Wegner. So nehme Angela Merkel „im mütterlichen Ton" oft die Rolle eines unparteiischen Beobachters ein und verbünde sich zugleich perspektivisch mit den Zuhörern. Das Mittel seien kurze Sätze, mitunter scheinbar holperig, unbeholfen. Doch „der Rhythmus ist gesetzt, die Zuhörer schwingen mit".

Wegner hat sämtliche Methoden der Imagepflege von Politikern aufs Korn genommen, wobei nicht nur die Sprache eine wichtige Funktion hat, sondern beispielsweise auch die richtige Handlung zur richtigen Zeit. Weiterhin nennt er: den Appell an Urinstinkte, den Tabubruch, den gerechten Zorn. Zitate und Ereignisse aus der deutschen Geschichte und Gegenwart werden angeführt und darüber hinaus aus den USA, aus China und Indien. Wegner zitiert auch Philosophen und immer wieder Jesus Christus, dessen Aussagen er als im eigentlichen Sinne des Wortes radikale Positionen zum Vergleich heranzieht.

Nichts von Bedeutung ist jedoch dem Kapitel „Effekt: Politische Korrektheit" zu entnehmen. Nach dem markigen Kernsatz „Wer die Tabus kontrolliert, kontrolliert das Denken der Gesellschaft" hat Wegner sein Pulver schon fast verschossen. Das reicht natürlich nicht. Vor allem fehlt die Erklärung dafür, warum sich Politiker überhaupt an das ungeschriebene Gesetz der politischen Korrektheit halten „müssen". Dieses Thema hat ihm offenbar wenig Spaß gemacht.

Manche Hinweise richten sich an alle, die vor Publikum sprechen: „‚Kompetenz' entsteht, wenn die Menschen Ihnen glauben, dass Sie wirklich wissen, wovon Sie reden." Aber: „Bekanntlich sind die meisten Menschen ja schlechte Zuhörer." Es komme also vor allem auf das Auftreten an sowie auf das Geschick, Wissenslücken zu verbergen. Auch der Sport könne helfen, das Bild des kompetenten und mitfühlenden „Anführers" zu komplettieren. Wenn sich Politikerinnen und Politiker als Fußballfans outen, gäben sie Volksnähe zu erkennen. Das werde honoriert.

Das Buch ist mit Quellenhinweisen ausgestattet. Es ist allen wärmstens zu empfehlen, die sich für Politik interessieren.

D. Jestrzemski

***Dushan Wegner: „Talking Points oder Die Sprache der Macht. Mit welchen Tricks Politiker die öffentliche Meinung steuern. Ein PR-Profi verrät, was Politiker wirklich sagen"**. Westend Verlag, Frankfurt/Main 2015, broschiert, 240 Seiten, 16,99 Euro*

99 Mythen beiseite geräumt

Englischer Experte gibt Tipps zur einfachen Gartenpflege

Schon der Titel „Gelassen gärtnern" beglückt. Endlich fordert da mal jemand dazu auf, gelassen zu sein. Wem die Gartenarbeit bisher zu anstrengend erschien, sollte sich diesem kleinen Werk zuwenden und es sich genüsslich zu Gemüte führen.

Das Büchlein ist rein optisch so frisch und knackig wie ein eben gepflückter Salat. Sogar die Schnecke fehlt nicht auf dem Schutzumschlag. Ein wenig erinnert der Einband an alte Zeichnungen aus Lehrbüchern der Botanik. Beim Aufklappen tritt man optisch in den Garten, den es zu besprechen gilt. So hellgrün und saftig leuchtet es einem entgegen, dass es Spaß macht, weiterzublättern.

Das aus dem Englischen übersetzte Buch von Charles Dowding überrascht mit einer Einführung über den Begriff der Mythen. Der seit 30 Jahren Bio-Gärten betreibende Autor gilt in Großbritannien als Experte für organisches Gärtnern und will in diesem Werk mit 99 Mythen aufräumen. Vieles, was man von seinen Vorfahren bezüglich des Gartenanbaus gelernt hat, entspricht seiner Meinung nach nicht den Tatsachen. Jeder kennt sie, diese weisen Sätze, wie „Pflanzen nicht in der prallen Sonne gießen" oder „Gurken und Tomaten darf man nicht zusammen anbauen" oder „Umgraben erhöht die Fruchtbarkeit". Diese Sätze sind allesamt falsch laut Autor, und es ist interessant, seine Erläuterungen dazu zu lesen.

Dowding gräbt Glaubenssätze rund um das Säen, Pflanzen, Gießen, Kompostieren und Düngen, der Gartenplanung, sowie die Schädlingsbekämpfung und Bodenbearbeitung um. Mit überraschenden Ergebnissen. Kein Forscher habe bislang durch Gießen geschädigte Blätter feststellen können. Was daran läge, dass Wassertropfen sich auflösten und verdunsteten, bevor sie etwas anrichteten.

Am Ende folgen Tipps gegen Schädlinge, Krankheiten und Unkraut. Der Autor hat sich schon früh alternativen Anbaumethoden zugewandt und möchte sie seinen gärtnernden Lesern vermitteln. Das Buch unterscheidet sich nicht nur dadurch von anderen Ratgebern, dass es Neues bringt, sondern auch durch die „klimaneutrale" Herstellung. Es ist ein wunderbares Mitbringsel und Geschenk für alle Gartenfreunde.

Silvia Friedrich

***Charles Dowding: „Gelassen gärtnern. 99 Gartenmythen und was von ihnen zu halten ist"**, oekom Verlag München 2016, gebunden, 14,95 Euro*

Klimaveränderung als Chance

Botanikprofessor Peter Poschlod beleuchtet die Geschichte menschlicher Eingriffe in die Natur und deren Folgen



Der Wissenschaftler Peter Poschlod begnügt sich in seinem Buch „Geschichte der Kulturlandschaft" nicht damit, die Verhältnisse zu beschreiben. Er will sie nach seinen Einsichten gestalten. Darum beschäftigt sich der Botanikprofessor der Universität Regensburg gegenwärtig mit einem praktischen Projekt, das die urwüchsige Artenvielfalt des heimischen Grünlandes bewahren helfen soll. Auch als Publizist wirkt er über den fachwissenschaftlichen Rahmen hinaus.

Zehn Jahre lang hat er vorwiegend in langen Nächten und an den Wochenenden an seiner „Geschichte der Kulturlandschaft" geschrieben, die nun im Ulmer Verlag vorliegt. Schon der Einband lässt deutlich werden, worum es geht. Nach der Art eines Vorher-Nachher-Vergleichs ist die farbige Ansicht eines zuwachsenden Wiesengrunds auf der Schwäbischen Alb dem früheren Zustand der gleichen Stelle als einer offenen Weidetrift gegenübergestellt. Auf dem schwarz-weißen Foto ragen inmitten einer Schafherde einzelne Büsche aus dem mageren Rasen hervor. Der Bach mäandert glitzernd über die Talsohle.

Die romantische Vorstellung von bewahrenswerter Umwelt und den Reizen der Landschaft hat sich für die meisten Menschen losgelöst von der Vorstellung landwirtschaftlicher Nutzung. Was Generationen vorsorglich nutzten und pflegten, wird heute bestenfalls abstrakt geliebt und genossen. Doch die Artenvielfalt einzelner Landschaftstypen ist nicht ursprünglich gegeben, sondern das Ergebnis vielfältiger Wirtschaftsweisen. Wie notwendig sie an Pflege, das heißt Kultur im Doppelsinne, gebunden ist, rückt das Buch wieder ins Bewusstsein. Viele Fotografien, Reproduktionen, Karten, Listen und grafische Darstellungen dienen der Veranschaulichung. Wie bei einem Lehrbuch werden in grau unterlegten Kästen einzelne Beispiele verständlich zusammengefasst.

Im Vorwort zitiert der Autor eine Feststellung des Geografen Josef Schmithüsen von 1961, in der Landschaft finde sich „die Psyche der Bevölkerung ausgedrückt, ... ihr Raumgefühl, ihr Schönheitssinn, der Gemeinschaftsgeist, die Traditionstreue, ...". Die Steinrücken, die Fischerei, die Köhler und Holzfäller, der Eisenbahnverkehr, Flurbereinigungen, Eindeichungen und Entwässerungen haben die Landschaft erst geprägt, dann aber auch ihre Signatur verwischt. Poschlod vergleicht die gegenwärtige anthropogene Klimaveränderung mit dem natürlichen Wechsel von Klimaoptimum und -pessima in Antike und Mittelalter. Am Beispiel der friderizianischen Gründungen nach der Eindämmung der Oder schildert er Auswirkungen und Reaktionen. Einem Preislied über den königlichen Helden, der den Fluss „in Fesseln schlug" steht Theodor Fontanes nahezu radikal-ökologische Beschreibung der Eindeichung als eines Vernichtungsfeldzugs wider die Natur in seinen „Wanderungen durch die Mark Brandenburg" gegenüber. Frühere Maßnahmen werden erläutert, wie die Ödlandgesetze und die Dampfpflugkultur, die ihren Höhepunkt erst in den 60er Jahren hatte. Bis zu zwei Meter tief wurde der Boden umgebrochen von einem Monstrum mit hohen Rädern, welches zwei Dampfmaschinen mit je 480 Pferdestärken zogen. Die Pflanzengemeinschaften und Tierarten der Durchströmungsmoore sind mit der Entwässerung der mitteldeutschen Großlandwirtschaft geschwunden. Wüsten aus Quecke und Brennnessel sind an ihre Stelle getreten. Der Stickstoffeintrag hat die Heidelandschaften vergrasen lassen. Freiwillige Flächenstilllegungen seit Ende der 80er Jahre schufen Rückzugsräume und werteten damit ganze Landstriche wieder auf. Jedoch nach 20 Jahren kamen diese Programme zum Erliegen und die großflächige Monokultur von Mais und Raps ist wieder eingezogen.

Dem Ausgang des Buches ist Skepsis an der Entwicklung anzuhören. Viele Beschlüsse seien nur auf dem Papier wegweisend. Aber auch Hoffnung macht der Autor geltend: Ausgerechnet in der Klimaveränderung sieht er eine Chance, die „Kulturlandschaft wieder vielfältiger und nachhaltiger zu entwickeln und zu gestalten".

Sebastian Hennig

***Peter Poschlod: „Geschichte der Kulturlandschaft. Entstehungsursachen und Steuerungsfaktoren der Entwicklung der Kulturlandschaft, Lebensraum- und Artenvielfalt in Mitteleuropa"**, Ulmer Verlag, Stuttgart 2015, 320 Seiten, gebunden, 39,90 Euro*

MELDUNGEN

Bizarre Mahnwache

Bingen am Rhein – In Bingen am Rhein haben rund 600 Personen an einer „Mahnwache gegen Rechts“ teilgenommen, nachdem ein Syrer eine dortige Asylunterkunft angezündet hatte. Obwohl bereits bekannt war, dass die Tat keinen rechtsextremen Hintergrund hatte, blieben die Stadt und linke Gruppen wie Gewerkschaften, Kirchen und andere dabei, die Mahnwache durchzuführen, weil die Täterschaft des Syrers „Wasser auf die Mühlen“ der Falschen leiten könne. *H.H.*

Handschlag verweigert

Basel – Für Empörung hat die Entscheidung eines Schweizer Schulleiters gesorgt, der es zwei muslimischen Schülern erlaubt hat, ihrer Lehrerin den auf der Schule üblichen Handschlag zu verweigern. Die Jungen hatten die Weigerung mit ihrem Glauben begründet. Nach heftigen Protesten gegen diese Ausnahme will die Kantonsbehörde von Baselland nun eine generelle Lösung für solche Fälle erarbeiten. *H.H.*

ZUR PERSON

Umstrittener Nachfolger

Nach den Querelen ist vor den Querelen. So stellt sich zumindest die Lage in der Ukraine dar, nachdem Premierminister Arsenij Jazenjuk seinen Rücktritt bekannt gegeben hat. Als Nachfolger wird der erst 38-jährige **Wladimir Groisman**, ein enger Vertrauter und loyaler Weggefährte des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, gehandelt.

Zum Streit kam es bereits, kurz nachdem der Name Groismans als Nachfolger gefallen war. Der designierte Ministerpräsident wollte nämlich das Kabinett mit Leuten seines Vertrauens besetzen und Vorgaben aus der Kanzlei des Präsidenten nicht akzeptieren. Die Opposition hatte zudem Neuwahlen gefordert. Als Poroschenko daraufhin drohte, den Fraktionsvorsitzenden seiner Partei, Jurij Luzenko, zum Regierungschef zu erklären, lenkte Groisman schließlich ein.

Groisman gilt als zupackend und loyal. Er kündigte an, als Regierungschef an der Spitze einer neuen Koalition die Reformen endlich vorantreiben zu wollen und den Kurs der europäischen Integration seines Landes fortzusetzen. Dass er allerdings die grassierende Korruption bekämpfen werde, bezweifeln kritische Beobachter. Denn Groisman haftet der Ruf an, als Bürgermeister der Stadt Winniza, aus der auch Poroschenko stammt und in der dessen Süßwarenkonzern Roshen seinen Sitz hat, Firmen aus dem Familienumfeld bevorzugt zu haben. Groisman, der mit 28 Jahren das Bürgermeisteramt antrat, führte schon mit 16 ein kleines Gewerbe, studierte Jura und besuchte verschiedene Verwaltungsakademien. Trotz der Korruptionsvorwürfe bestätigten ihn vier Jahre nach seiner ersten Wahl die Bürger mit knapp 80 Prozent der Stimmen. Groisman als Ministerpräsident an der Seite Poroschenkos, dessen Lage kritisch ist, könnte die Position des Präsidenten stabilisieren. *MRK*





Schöner Wohnen

Europäischer Frühling

Warum Islamgegner in Frieden leben, wie gemein die Holländer sind, und wie die Völker die Demokratie in ihre eigenen Hände nehmen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Es gibt schlichte Fragen, mit denen Sie jede gepflegte Talkshow in einen tosenden Orkan verwandeln können. Mit einer solchen konfrontierte mich neulich ein Bekannter, der wissen wollte: Wieso erleiden nur die Länder, die den Moslems freundlich ihre Tore geöffnet haben, islamischen Terror, während die anderen, welche ihre Grenzen für muslimische Einwanderung verschlossen halten, in Frieden leben dürfen?

Eine wirklich bösartige Frage, die wir hier deshalb nicht weiter verfolgen wollen. Wo kämen wir denn da hin? Selbstverständlich hat man in der Brüsseler U-Bahn Angst vor Anschlägen, während man in Budapest – wo Orbán der Schreckliche regiert, der die Grenzen gegen muslimische Einwanderer verrammelt hat – völlig gelassen unterwegs sein kann. Da Terror aber immer nur soziale Ursachen haben darf und niemals religiöse, kann das nur daran liegen, dass die Ungarn so märchenhaft reich sind, während in Belgien Not und Elend herrschen.

Diesen schrägen Vergleich hauen uns die politisch korrekten „Migrations-Experten“ natürlich um die Ohren. Die jungen Orientalen gleiten nämlich in den Terror ab, weil sie als Minderheit diskriminiert werden, nicht weil das Wirtsland arm ist.

Minderheit? Na ja, ein junger Orientale, der in Berlin-Neukölln, Hamburg-Billstedt, Duisburg-Marxloh, in Brüssel-Molenbeek oder den Pariser Banlieues lebt, der muss schon eine ganz schöne Strecke zurücklegen, um eine diskriminierende Minderheiten-Erfahrung zu erhaschen. Denn da, wo er wohnt, bildet Seinesgleichen in weitem Umkreis die satte Mehrheit. Ob auf der Straße, im Kindergarten, in der Schule oder sonst wo hat er Deutsche, Flamen, Wallonen oder „Bio-Franzosen“ nur als exotisches Rest-Völkchen erlebt. Und welche „Diskriminierungs-Erfahrungen“ haben eigentlich die deutschen Konvertiten erlitten, die, wie der Anführer der „Sauerland-Gruppe“, in den islamischen Terrorismus abgetaucht sind? Ich sehe schon, wir kommen hier nicht weiter.

Die Europäische Union übrigens auch nicht. Daher hat sich die Zuwanderungsfrage zum Spaltpilz entwickelt, der die taumelnde Union sprengen könnte. Polen, Ungarn oder Tschechen wollen ums Verrecken nicht einsehen, dass ihre Großstädte mit einem eigenen Neukölln oder Molenbeek viel lebenswerter würden, vor allem nachts. Auf EU-Ebene wurde laut darüber nachgedacht, ob und wie man die uneinsichtigen Mittelosteuropäer zum Einlenken zwingen kann – etwa durch die Kürzung von Subventionen.

Diese Überlegungen kamen unten bei den Völkern leider nicht so gut an wie erhofft. Dort komplettierten sie nur das Bild einer herrischen EU-Führungsgarde, die meint, Europa sei ihr Besitz, den sie nach Belieben umkrempeln darf wie ein Barockfürst sein Reich.

> Die Bürger darf man nur mitbestimmen lassen, wenn sie auch »fortschrittlich« entscheiden

Am Ende sollte sich erweisen, dass der Graben durch die EU gar nicht zwischen West und Ost verläuft, sondern zwischen oben und unten. So kam es zur Katastrophe: Im naiven Vertrauen auf die Folgsamkeit ihrer Untertanen hatte die niederländische Politik im Juli 2015 ein Gesetz über Volksabstimmungen beschlossen, das ihr und der EU nun auf die Füße fiel.

Die Holländer haben dieses Gesetz genutzt, um das EU-Abkommen mit der Ukraine zu stoppen. Das ist schon an sich eine Gemeinheit sondergleichen. Man hat sich so viel Mühe gemacht mit dem Projekt: Gemeinsam mit den Soros-Stiftungen und wem nicht alles sowie unter milliardenschwerem Geldeinsatz hatte der Westen die Ukraine in ein Pulverfass mit angeschlossenem Kriegsschauplatz verwandelt, um das Land endlich von Russland loszueisen und in die eigenen Hände zu bekommen. Jetzt, wo man fast am Ziel war, kommen diese verfluchten Holländer und schubsen alles um – Dolchstoß aus Den Haag statt „Tulpen aus Amsterdam“!

Dabei ging es unseren aufmüpfigen Nachbarn gar nicht um die Ukraine. Die Vorreiter der Volksabstimmung geben selber zu, dass ihnen das Abkommen mit dem Wackelstaat schnurzpiepe war. Sie wollten einer EU in die Speichen greifen, die sich ihrer Meinung nach in einen machtgierigen, realitätsfernen Kraken verwandelt hat, der die Freiheit der Völker und ihrer Bürger erstickt.

Am Brüsseler Hof ist man empört. Die Chefin der EU-Fraktion der Grünen, Rebecca Harms, empfiehlt die Abschaffung von Referenden zu EU-Beschlüssen. „Spiegel“-Erbe Jakob Augstein bringt die Sache auf den Punkt, indem er schreibt: „Beim Volk, das ist die paradoxe Wahrheit, ist die Demokratie nicht gut aufgehoben. Volkes Stimme und Fortschritt – das geht nicht gut zusammen. Die Schweizer wollten keine Minarette, die Hamburger keine Gemeinschaftsschulen und die Niederländer jetzt keinen Vertrag mit der Ukraine.“

In dankenswerter Freimütigkeit hat uns Augstein in eine Gedankenwelt eingeführt, in der nicht bloß er, sondern ein Großteil der sogenannten „Elite“ in Politik und Medien zu Hause zu sein scheint. Uns steigt der muffige Duft von weißen Perücken und Seidenstrümpfen in die Nase. Denn was Augstein hier offenbart, das ist exakt die Denkweise jener eben genannten Barockfürsten.

Dem Volk ernsthaft Macht überlassen? Unverantwortlich! Die Meute würde sich bloß schaden. Wie das Kleinkind, dem man ja auch nicht die spitze Gabel zum selber essen ins Händchen drückt, es würde sich nur verletzen. Stattdessen wird der Hosenmatz fürsorglich gefüttert, was den Vorteil hat, dass der Fütterer entscheidet, was der Kleine vom Teller bekommt und was nicht.

Wäre der Pöbel „fortschrittlicher“, könnte man ihn ja schon beteiligen. So aber sperrten sich die Schweizer ganz unfortschrittlich gegen jene Minarette, die der fromme Erdogan als „unsere Bajonette“ bezeichnet hat, mit denen die Muslime das Abendland erobern. Die Hamburger stellten sich der weiteren Verflachung ihrer Schullandschaft in den Weg. Immer frecher nehmen sich die Bürger in Europa „Rechte“ heraus. Die Schweizer haben das ja immer schon so gemacht; am Zustand ihres Landes kann man sehen, wohin das führt.

Diese Aufmüpfigkeit hat die „Eliten“ alarmiert! Es müssen Gegenmaßnahmen her. Ist die Einwanderungspolitik vielleicht schon eine solche? Die einwandernden Orientalen sind es seit Jahrtausenden gewöhnt, unter Herrschern zu leben, die sich einen Furz für die Meinung ihrer Völker interessierten. Daran haben auch arabische Frühlingsgefühle nichts geändert. Masseneinwanderung aus solchen Kulturkreisen könnte das Regieren möglicherweise viel leichter machen.

Innenminister Thomas de Maizière und Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm senden daher Locksignale an die Welt, dass Deutschland seine Grenzen offen halte oder bald wieder öffne. Grünen-Chefin Simone Peter will die Asylsucher gleich direkt aus Idomeni abholen, damit wieder Schwung in die Sache kommt. Sie weiß: Für jedes Tausend, das von dort direkt nach Deutschland gelotst wird, werden zwei, drei oder zehntausend Menschen nachdrängen, die auf eine Wiederholung der Maßnahme hoffen.

Linke „Aktivisten“ und „freiwillige Flüchtlingshelfer“ kochen derweil die Situation mediengerecht hoch. Nach griechischen Informationen stacheln sie die Leute bei Idomeni massiv auf, die Grenze zu stürmen. Die Bilder sind in der Tat beeindruckend, die immer wieder zu sehenden Kinder gehen zu Herzen.

Es läuft also ganz gut. Die Herrscher in Brüssel, Berlin und anderswo sollten sich allerdings sputen. Mag die arabische Erhebung auch verpufft sein. Der „Europäische Frühling“ gewinnt, wie man bei deutschen Landtagswahlen oder dem holländischen Abstimmungsverhalten jüngst wieder sehen konnte, immer mehr an Kraft. Am Ende nehmen die Völker tatsächlich die Demokratie in ihre eigenen Hände. Dann dürfte es noch mehr „nicht fortschrittliche“ Entscheidungen hageln, bis plötzlich die ganze Richtung nicht mehr stimmt.

MEINUNGEN

*Kurzgeschichten-Autor **Wolfram Ackner** beklagt im Portal „Achse des Guten“ (7. April), wie die **Freiheit** in Deutschland **unter die Räder** kommt:*

„Ich bin nicht im Herbst 89 auf die Straße gegangen, um mir heute wieder von der Obrigkeit und ihren Sprachrohren verkünden zu lassen, was ich zu denken und zu fühlen habe, damit heute schon wieder alleine die linkesten der Linken entscheiden, welche Meinungen legitim sind und welche nicht, wer sein Recht zu demonstrieren wahrnehmen darf und wer nicht.“

***Roland Tichy** geht in seinem Blog „Tichys Einblick“ (8. April) die **desaströse Euro-Währungspolitik** an:*

„Offensichtlich haben wir eine Währungspolitik, deren Ziel die Verarmung der Menschen zu sein scheint oder die zumindest nur um diesen Preis ihre Stabilitätsillusion noch aufrecht erhalten kann. Europa ist, was die Menschen wollen, die Politik aber gerade versemmelt. Das alles will man nun (!) dem Wähler besser erklären. Der Souverän ist der Trottel.“

*Der österreichische Autor **Andreas Unterberger** fordert in seinem Blog „andreas-unterberger.at“ (5. April), dass sich die europäische **Politik** in der **Asylfrage endlich entscheidet**:*

„Es wird dort in den nächsten Monaten wohl immer schlimmer werden, bis Europa eines Tages draufkommen muss, dass es nur zwei Möglichkeiten hat: Entweder die völlige Kapitulation vor der Völkerwanderung und die Öffnung aller Tore … Oder die rasche Umsetzung des australischen Beispiels. Das kann im Falle Italiens nur die Errichtung großer geschützter Lager in Nordafrika und die – auch gewaltsame – Rückführung aller illegalen Migranten dorthin bedeuten. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht.“

*Der Direktor der Stasi-Opfer-Gedenkstätte in Berlin-Hohenschönhausen, **Hubertus Knabe**, kritisiert **Kanzlerin Merkel** gegenüber dem „Handelsblatt“ (8. April) scharf dafür, dass sie sich von einem **Erdogan-kritischen Gedicht** des Satirikers Jan Böhmermann distanziert hat:*

„Ich kenne den Text des Gedichtes nicht. Aber ich finde es höchst problematisch, wenn die Bundesregierung strafrechtliche Ermittlungen gegen einen Satiriker befördert oder gar initiiert. Das gibt es sonst nur in Diktaturen oder in Staaten, die auf dem Weg dorthin sind.“

*Das Magazin „Eigentümlich frei“ (11. April) zitiert den Buchautor und Ex-Banker **Ramin Peymani**, der die Ursache der **holländischen Abstimmungs-Ohrfeige** für die EU beim Namen nennt:*

„Die Kaste der Realitätsleugner in Brüssel, Paris und Berlin, die nur noch um sich selbst kreist, hat in den zweieinhalb Jahrzehnten seit den Schengener Verträgen fast alles falsch gemacht. Schon die Einführung der Gemeinschaftswährung war ein historischer Fehler. Die aggressive EU-Erweiterung und die massive Entwertung nationalstaatlicher Souveränität haben darüber hinaus nicht nur europäische Partner zu Gegnern werden lassen, sondern manche Krise der letzten Jahre erst herbeigeführt.“